

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

65. Jahrgang · 46/2015 · 9. November 2015



1980er Jahre

Angela Siebold

So nah und doch so fern?

Lutz Raphael

Typische Jahre „nach dem Boom“

Detlef Siegfried

Das Subversive retten. Eine Denkfigur der 1980er

Axel Schildt

Die Renaissance der Nationalen Frage

Magdalena Beljan

Aids-Geschichte als Gefühlsgeschichte

Sebastian Berg

Multiethnische Gesellschaften und das Erbe der 1980er

David E. Barclay

Das letzte Jahrzehnt West-Berlins

Patricia M. Clough

Ära Kohl?

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Die 1980er Jahre sind zuletzt verstärkt in den Fokus geschichtswissenschaftlicher Betrachtungen gerückt. Das liegt zum einen daran, dass die übliche 30-jährige Sperrfrist für viele Archivalien inzwischen ausgelaufen ist, zum anderen daran, dass dieses Jahrzehnt bislang häufig „übergangen“ wurde, da vor allem die Ereignisse unmittelbar vor und nach der Zäsur 1989/90 größeres Interesse auf sich zogen. Insbesondere der westliche Teil Deutschlands erschien lange Zeit geradezu als „untererforscht“, etwa im Vergleich zur DDR, die seit ihrem Untergang einen dankbaren, weil „abgeschlossenen“ Forschungsgegenstand darstellt.

Was machte die Jahre 1980 bis 1989 aus? Es war das letzte Jahrzehnt der deutschen Teilung, das letzte Jahrzehnt des Kalten Krieges, das letzte Jahrzehnt mithin auch jener bunten „Insel West-Berlin“. In den 1980er Jahren erlebten die Neuen Sozialen Bewegungen eine Blütezeit, hervorgerufen und befördert durch Krisensymptome, die unter anderem mit den Stichworten NATO-Doppelbeschluss, Waldsterben, Brokdorf, Tschernobyl, Volkszählung oder Aids verbunden sind. Zugleich wurden Entwicklungen angelegt, die erst später Wirkung entfalteten und bis heute relevant sind – etwa die Digitalisierung des Alltags, der Finanzmarktkapitalismus oder die Öffnung der europäischen Binnengrenzen.

Bereits diese kurze Skizze zeigt, dass der Versuch, historische Prozesse in handlichen Zehnjahresschritten denken zu wollen, zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist. Sie zeigt aber auch, dass die vermeintlich so langweiligen „Kohl-Jahre“, die heute mancher „Westalgiker“ zurückzusehnen scheint, bei genauerer Betrachtung historisch weitaus spannender sind als gemeinhin angenommen.

Johannes Piepenbrink

Angela Siebold

So nah und doch so fern? Die 1980er Jahre historisch erforschen

Essay

Mit Verweis auf den Bestseller „Generation Golf“ (2000) von Florian Illies stellte der Historiker Axel Schildt fest, die 1980er Jahre

Angela Siebold

Dr. phil., geb. 1981; akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und der Professur für Angewandte Geschichtswissenschaft – Public History des Historischen Seminars der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg. angela.siebold@zegk.uni-heidelberg.de

galten gemeinhin als „langweilig (und geschmacklos)“.¹ In der Tat können dem Leser zu den „80ern“ etwa Aerobic, Schulterpolster oder die Schwarzwaldklinik einfallen. Auch die historische Forschung verleiht den 1980er Jahren eine bisher eher konturlose Position zwischen Krise und Revolution. Dies

wird sich, folgt man dem momentanen Trend, in den nächsten Jahren ändern, denn sowohl methodisch als auch thematisch sind die 1980er Jahre verstärkt ins Blickfeld der Geschichtswissenschaft geraten. Doch welche Deutungen dominieren bereits, und was kann eine Geschichte der 1980er Jahre prägen?

Entdeckung der 1980er Jahre als Forschungsfeld

Die 1980er sind aus heutiger Sicht ein ambivalentes Jahrzehnt: Einerseits liegen sie in der vergangenen, alten Welt des Kalten Krieges. Andererseits fragen Kritiker einer gegenwartsnahen historischen Forschung wie auch Zeitzeugen: Sind die 1980er Jahre überhaupt schon Geschichte? Nach und nach erfährt diese Zeit allerdings nun mehr Aufmerksamkeit in der historischen Forschung. Ein Grund hierfür liegt schlicht in der neuen Zugänglichkeit vieler Quellen: Es ist eine vo-

raussagbare Konjunktur der zeithistorischen Forschung, dass Zeiten dann in den Blick genommen werden, wenn die 30-jährige Sperrfrist der Archive fällt.

Bislang existieren zu den 1980er Jahren vorwiegend drei verschiedene Gruppen historischer Darstellungen: *Erstens* gibt es Arbeiten, welche vor allem veröffentlichte Quellen zur Grundlage haben und damit nicht von Sperrfristen betroffen sind.² *Zweitens* trifft die Einschränkung durch die Archive nicht für die DDR-Forschung zu, deren Akten bereits seit den frühen 1990er Jahren offen stehen. Letzteres erklärt die Diskussion um die Frage, ob die DDR-Geschichte im Vergleich zum westdeutschen Pendant bereits „ausgeforscht“ sei.³ *Drittens* existieren mittlerweile zeithistorische Überblicksdarstellungen, welche die 1980er Jahre einbeziehen, sich dafür aber auch sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse bedienen.⁴

Zusätzlich stellen die 1980er historiografisch ein „nachholendes“ Jahrzehnt dar: Zuletzt waren die 1970er Jahre häufiger Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschungen.⁵ Parallel hierzu entstanden jedoch bereits Forschungen zur Zeit ab 1989 – auch im Takt politischer Gedenk- und Jubiläumskonjunkturu-

¹ Vgl. Axel Schildt, Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Meik Woyke (Hrsg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre (Einzelveröffentlichungen aus dem Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 3), Bonn 2013, S. 25–50, hier: S. 25.

² Zahlreiche Beispiele hierfür hat das Archiv für Sozialgeschichte zusammengetragen: Vgl. M. Woyke (Anm. 1).

³ Vgl. hierzu jüngst Thomas Lindenberger, Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: APuZ, (2014) 24–26, S. 27–32.

⁴ Zum Verhältnis der Zeitgeschichte zu sozialwissenschaftlichen Forschungen vgl. Kim Priemel/Rüdiger Graf, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011) 4, S. 479–495.

⁵ Zu nennen sind hierbei vor allem die als Zäsuren diskutierten Jahre 1973 und 1979. Vgl. Lutz Raphael/Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Frank Bösch, Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 9 (2012) 1, S. 8–32, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id=4421 (5.10.2015).

ren.⁶ Die dazwischen liegende Dekade trat dabei in den Hintergrund. Nun gilt es, die Forschungsergebnisse unter Beachtung dieser Zwischenzeit für eine Zeitgeschichte der langen Übergänge gewinnbringend zu diskutieren. Eine nachholende Erforschung der 1980er Jahre kann auch neue Deutungen der Zeit davor und danach bewirken. Es lohnt sich also, eine zeitliche und thematische Kontextualisierung der 1980er Jahre anzugehen und sie hinsichtlich ihres Potenzials für eine „Problemgeschichte der Gegenwart“⁷ zu diskutieren.

Ergebnisoffenes Scharnierjahrzehnt

Eine Historisierung der 1980er Jahre sollte mit einer zeitlichen Einordnung beginnen. Dominierend ist hierbei bisher der Blick auf die Dekade als abschließendes Jahrzehnt, denn die 1980er Jahre läuteten das Ende des sogenannten Ostblocks ein, freilich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten: So begann der Anfang vom Ende in Polen schon 1981 mit der Gründung der Gewerkschaft *Solidarność*, in der Sowjetunion 1985 mit der Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär des Zentralen Komitees der KPdSU. Während der Reformprozess dort Jahre dauerte, waren die Zeiträume in der DDR oder der Tschechoslowakei, in denen die alten Ordnungen wirkungsvoll infrage gestellt wurden, wesentlich kürzer. Aber auch für die Bundesrepublik stehen die 1980er Jahre häufig am Ende einer Geschichte, etwa als „das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik“⁸ oder als „Abschied vom Provisorium“.⁹

Die 1980er Jahre können also als das langsame Ende alter Ordnungen gelten. Diese Sicht ist nachvollziehbar, gleichzeitig jedoch auch nicht unproblematisch, stärkt sie doch retro-

spektiv das Jahr 1989, in dem sich alles änderte – und übersieht dabei, dass die Zeitgenossen wohl kaum etwas von den bevorstehenden Umbrüchen wissen konnten.¹⁰ Die zentrale Herausforderung besteht daher unbestritten darin, die 1980er Jahre mit der aus Sicht der Zeitgenossen ergebnisoffenen Zukunftsperspektive zu historisieren. Es war keineswegs offenkundig, wohin die damaligen Proteste führen sollten, und so dürfen die 1980er nicht als bloße Vorgeschichte des Umbruchs gedeutet werden. Dennoch kann der Wandel im Vordergrund stehen: Mit ihren Reformprozessen ließe sich die Dekade als Sprungbrett in eine Transformationszeit oder als „Schlüsselperiode“¹¹ betrachten, besonders für Ostmitteleuropa.

Dort, aber auch im Westen, vollzogen sich ökonomische, kulturelle, mediale und soziale Umbrüche. Viele von ihnen begannen bereits in den 1970er Jahren. Statt als Vorgeschichte der Zäsur 1989 werden die 1980er Jahre daher auch im Fortsatz einer Zeitgeschichte „nach dem Boom“ gedeutet, da hier die Herausforderung fort dauerte, mit den Folgen der Krisen von 1973 und 1979 umzugehen.¹² Die Deutung der 1980er als Nachgeschichte der 1970er Jahre geschieht ebenfalls mit Blick auf die Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen, beispielsweise in der Gründung der Partei Die Grünen im Januar 1980.¹³

Eine solche Perspektive kann aber ebenfalls problematisch sein. Das Jahrzehnt war wohl mehr als die Zeit zwischen dem Aufbegehren der jungen Generation in der alten Bundesrepublik und dem Ende der DDR. Die 1980er Jahre waren auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ vielmehr eine Dekade der Gleich-

⁶ Vgl. u. a. die Forschungsförderungen der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und damit verbundene Publikationen, etwa: Marcus Böick/Anja Hertel/Franziska Kuschel (Hrsg.), *Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte*, Berlin 2012.

⁷ L. Raphael/A. Doering-Manteuffel (Anm. 5), S. 25, mit Bezug auf Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland*, in: *Historisches Jahrbuch*, 113 (1993) 1, S. 98–127, hier: S. 124.

⁸ A. Schildt, (Anm. 1).

⁹ Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1989/90*, München 2006.

¹⁰ Vgl. u. a. Christoph Lorke/Alexander Kraus, *Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr*, in: *APuZ*, (2014) 24–26, S. 40–46.

¹¹ Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, S. 74. Zu dieser Konzeption vgl. auch Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

¹² Vgl. L. Raphael/A. Doering-Manteuffel (Anm. 5). Auch Tony Judt fasst die 1970er und 1980er Jahre in einem Kapitel zusammen: Vgl. Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München–Wien 2006. Siehe hierzu auch den Beitrag von Lutz Raphael in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹³ Zum Übergang der neuen sozialen Bewegungen in die 1980er Jahre vgl. Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.

zeitigkeit alter und neuer Ordnungen, ein Scharnierjahrzehnt, in dem scheinbare Selbstverständlichkeiten gelebt und zugleich infrage gestellt wurden, in dem eingeübte Erfahrungen mit unvorhergesehenen Erlebnissen in Konflikt gerieten. Eine solche historisierende Perspektive sollte gegenüber den bisher dominierenden Deutungen der 1980er als Nachgeschichte von Protest und Krise oder als Vorgeschichte der Transformation gestärkt werden, um neue Forschungsfragen zu entwickeln. Betrachtet man die 1980er Jahre mit offenem Ausgang, dann finden sich zudem zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Gegenwart. Die 1980er Jahre können so in vielerlei Hinsicht als „unmittelbare Vorgeschichte unserer Gegenwart“¹⁴ diskutiert werden.

Geschichte im Spannungsfeld zwischen Alt und Neu

Für die 1980er Jahre lassen sich verschiedene Spannungsfelder benennen, welche die Wahrnehmungen der Zeit prägten: etwa das zwischen Dynamisierung und Kontinuität, zwischen Modernisierung und Krise oder zwischen Privatem und Öffentlichem. Solche Spannungen entstanden nicht erst in den 1980er Jahren, entwickelten sich jedoch in dieser Zeit zu ineinander verwobenen oder beschleunigten Prozessen. Diese sollten im Transformationsjahrzehnt der langen 1990er Jahre neue Dimensionen einnehmen und sind bis heute wirkungsvoll. Gemeinsam ist diesen Spannungsfeldern, dass sie von den 1980er Jahren wie von einem zeitlichen Scharnier zwischen alt und neu zusammengehalten werden.

Die 1980er Jahre lassen sich daher durchaus als Zeitraum betrachten, der von Kontinuitäten geprägt war. Nirgendwo wurde das deutlicher als auf dem politischen Parkett: Hohe Amtsträger wie etwa Helmut Kohl, François Mitterrand, Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Erich Honecker, aber auch Papst Johannes Paul II. prägten das Jahrzehnt durch ihre beständige Polit- und Medienpräsenz. Die 1980er Jahre waren zweifellos eine Zeit der machtpolitischen Stabilität. Gestützt wird dieses Bild durch eine vor allem in Überblickswerken tendenziell politik- und personengeschichtlich

¹⁴ Dietmar Süß/Meik Woyke, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: M. Woyke (Anm. 1), S. 7–24, hier: S. 7.

dominierte deutsche Zeitgeschichtsforschung. Sie allein wird aber der Geschichte nicht gerecht, denn neben solchen personellen Kontinuitäten zeigten sich die 1980er Jahre als Zeit des beschleunigten Wandels, etwa in der Pluralisierung und Popularisierung technischer Neuerungen, aber auch in der Formulierung modernitätskritischer Positionen.

So ließ das Bundesverfassungsgericht 1981 die Einführung des dualen Rundfunks zu, was 1984 die Gründung von Sat.1 und RTL (damals noch PKS und RTLplus) nach sich zog. Die Zunahme der Fernsehsender beförderte mediale Konkurrenzen und im Kontext transkultureller Prozesse beispielsweise die Ausstrahlung US-amerikanischer Serien wie „Dallas“ oder „Knight Rider“, die ganze Alterskohorten – im Westen und auch im Osten – medial und kulturell beeinflussten. Zugleich war das Programm der privaten Anstalten auch Anlass zu moralischen Mahnungen und kulturpessimistischen Prognosen.

Neben der Pluralisierung und Ausdifferenzierung des Angebots fand in den 1980er Jahren eine weitere Synchronisierung kollektiver Erlebnisse statt: Weltweit verfolgten Menschen auf den Mattscheiben den Absturz der Challenger-Raumfähre 1986, der zu einem transnationalen Medienereignis avancierte.¹⁵ Aber auch medial vermittelte Gesellschafts- und Sportereignisse ließen sich *live* verfolgen, etwa die im Fernsehen übertragene Hochzeit des britischen Thronfolgers Charles mit Diana Frances Spencer 1981, die Rennen der Formel 1 sowie die Tennisturniere in Wimbledon mit den Jugendikonen Boris Becker und Steffi Graf, wodurch Tennis in der Bundesrepublik für einige Jahre zu einem regelrechten Volkssport wurde. Das Erleben von Großereignissen in Echtzeit, seien sie politischer, gesellschaftlicher oder sportlicher Art, veränderte die Wahrnehmung auch über die Ländergrenzen hinweg und demonstrierte einen „Wandel der Mediengesellschaft“, wie ihn der Historiker Frank Bösch am Ende der 1970er Jahre verortet hat.¹⁶ Bezüge zur Gegenwart sind in einer Zeit nach den medialen Ereignissen des Mauerfalls

¹⁵ Zur Definition von Medienereignissen in der Geschichtswissenschaft vgl. Frank Bösch, Europäische Medienereignisse, in: Europäische Geschichte online, 3.12.2010, <http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-medien/europaeische-medienereignisse> (5.10.2015).

¹⁶ F. Bösch (Anm. 5), S. 13.

und der Anschläge auf das World Trade Center offensichtlich. Mittlerweile haben Bilder und Videos durch die Verbreitung in sozialen Netzwerken eine neue Form medialer Authentizität entwickelt, die auf die Realität selbst rückwirken und diese verändern können.¹⁷

Doch nicht nur für das Fernsehen, auch für die Computertechnologie waren die 1980er Jahre ein wichtiges Jahrzehnt – wieder nicht bezüglich ihrer Erfindung, aber bei der gesellschaftlichen Verbreitung der Computer, welche in den 1980er Jahren den Sprung von der technischen Innovation zum massen- und alltags-tauglichen Konsumprodukt schafften. Denn auch wenn die Anfänge der heimischen Digitalisierung bereits in den 1970er Jahren lagen, so erhielt sie für die alltägliche Erfahrungswelt vor allem mit der Einführung des MS-DOS-Betriebssystems von Microsoft und dem Personal Computer von IBM 1981 eine neue Dimension. Der Aufbruch ins Informationszeitalter und die damit verbundene Digitalisierung der Welt wurde aber auch schon früh mit möglichen Gefahren des Fortschritts in Verbindung gebracht: Gestützt durch das Bewusstsein der in den 1970er Jahren entstandenen Initiativen gegen Überwachung und staatliche Kontrolle kam es 1983 und 1987 zum Boykott gegen die Volkszählung – ein Thema, das angesichts heutiger Diskussionen um Datensicherheit und -speicherung ebenfalls hochaktuell ist.

Zeit der Krisen und Risiken

Mit dem Wandel ging auch eine Popularisierung des Protests einher: Gerade im Bereich der Umwelt- und Friedensbewegungen, deren Legitimität durch Krisen, Katastrophen und Konflikte in den 1980ern zunahm, entstanden Bürgerinitiativen, Institutionen und Unternehmen. Besonders in der Bundesrepublik kam es zu einem „Aufschwung des Ökologischen“.¹⁸ Das war kein Wunder, waren die 1980er Jahre auch die Zeit der großen öko-

nomischen, militärischen oder ökologischen Bedrohungen, welche häufig diffus und zugleich unentrinnbar erschienen und dadurch erst recht Ängste schürten. So prägt ein endzeitliches Krisennarrativ das Bild der 1980er Jahre – auch in der Historiografie. Es trägt ein weites Spektrum in sich, von den Nachwirkungen der Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre bis hin zum Kalten Krieg, in dessen Kontext militärische Maßnahmen wie Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluss neue bedrohliche Dimensionen erlangten. Begreift man das Modell der bipolaren Weltordnung als Krise, so wirkte diese jedoch weit über die 1980er Jahre fort: Es wäre eine Überschätzung historischer Zäsuren, anzunehmen, dass das Ende des Kalten Krieges auch das Ende von Konflikten zwischen West und Ost bedeutete. Die heutige Krise in der Ukraine und die Positionierung der Mächte im syrischen Bürgerkrieg zeigen, wie Konflikte der bipolaren Weltordnung weiter andauern.

Das ausgeprägte Krisenbewusstsein der 1980er Jahre ist jedoch nicht bloß am Ost-West-Konflikt festzumachen: Hinzu kamen ökologische Katastrophen wie das befürchtete Waldsterben oder die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986, die Verbreitung von Aids¹⁹ sowie das zunehmende Bewusstsein der Folgewirkungen des Drogenkonsums, das sich in der Bundesrepublik unter anderem im kommerziellen Erfolg des Films „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ (1981) niederschlug. Vor diesem Hintergrund überrascht der zeitgenössische Erfolg von Ulrich Becks Buch über die „Risikogesellschaft“ nicht, welches just im Katastrophenjahr 1986 erschien.²⁰ Themen wie die Friedens- und Umweltbewegung, aber auch Protestkulturen wie etwa die Punkbewegung waren im Übrigen keine ausschließlich westlichen Phänomene, sondern existierten auch in den staatssozialistischen Gesellschaften.

Im Sozialen und Ökonomischen forderten Massenarbeitslosigkeit und Rezession die Zeitgenossen hinaus. Hier standen in den 1980er Jahren die Zeichen auf Reform: Vor allem die Privatisierungen im wirtschaftlichen Bereich, ausgehend von Großbritannien und den USA, wiesen auf die Durchsetzung des sogenannten

¹⁷ Vgl. hierzu als eindrückliches Beispiel die Verbreitung des Facebook-Fotos von Neda Soltani als Ikone des Widerstands in Iran 2009 anstelle des Bildes von Neda Agha-Soltan durch westliche Medien: Neda Soltani, Mein gestohlenen Gesicht. Geschichte einer dramatischen Verwechslung, München 2012.

¹⁸ Frank Uekötter/Claas Kirchhelle, Wie Seveso nach Deutschland kam. Umweltskandale und ökologische Debatte von 1976 bis 1986, in: M. Woyke (Anm. 1), S. 321–338, hier: S. 321.

¹⁹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Magdalena Beljan in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

²⁰ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

Neoliberalismus. Überschuldung und Implosion des Ostblocks prägten zudem unser Bild, wonach sich das westliche Modell in Europa durchgesetzt habe. Durch die internationale Bedeutungszunahme der Globalisierung gewann der Kapitalismus zunehmend den Charakter eines alternativlosen Ordnungsmodells.^{f²¹} Heute wird deutlich, wie wichtig es ist, hier über die 1980er Jahre hinauszugehen und die Folgen der Reformen in West- wie in Osteuropa langfristig zu betrachten.^{f²²}

Es erklärt sich von selbst, dass eine Suche nach den Ursachen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise eine kritische Historisierung auch der 1980er Jahre nach sich ziehen muss. Geht man über Europa hinaus, so fänden sich in den 1980er Jahren noch weitere Anknüpfungspunkte an eine gegenwartsorientierte Zeitgeschichtsforschung – so etwa in der heutigen Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens, die fast über die gesamten 1980er Jahre hinweg vom Krieg zwischen Iran und Irak, aber auch der sowjetischen Präsenz in Afghanistan geprägt war.

(West)europäische Bewältigungsversuche

In den 1980er Jahren wurde auch verstärkt versucht, politische Strategien zur kollektiven Bewältigung transkultureller Herausforderungen zu entwickeln. Die aus heutiger Sicht bedeutendste Strategie war zweifellos die europäische Integration, die zu Beginn des Jahrzehnts in der „Eurosklerose“ feststeckte. Nach den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 folgten in den 1980er Jahren weitere Maßnahmen zur Revitalisierung des europäischen Gedankens, darunter zwei zentrale Entscheidungen, die bis heute von großer Bedeutung sind: die Abschaffung der Grenzkontrollen sowie die Einführung einer gemeinsamen Währung. Die Schengener Abkommen (1985 und 1990), die Einheitliche Europäische Akte (1986) sowie der Delors-Bericht von 1988 stellten wichtige Weichen für das heutige Europa.

Sowohl die Währungsunion als auch die heutige Flüchtlings- und Grenzpolitik der EU wurden somit in den 1980er Jahren auf

den Weg gebracht, ihre Umsetzung erfolgte dann nach der Zäsur 1989/90. Ursachen für die heutige Flüchtlingsdiskussion sowie für die finanzpolitischen Probleme sind also auch in dieser Zeit zu suchen. Ebenso sind die „Entdeckung der Einwanderung“^{f²³} als gesellschaftliche Herausforderung und die ersten verschärften Debatten um Flucht und Asyl in den 1980ern zu finden. Wichtig ist dabei zu beachten, dass alle diese Beschlüsse unter den Voraussetzungen des „alten Europas“ gefasst wurden. Sie gestalteten jedoch das Europa nach dem Ende des Kalten Krieges grundlegend – und mit ihm auch heutige Probleme und Konflikte.

Gegenwärtige Vergangenheit

Ein weiteres Beispiel für die Spannung von alt und neu, von Vergangenheit und Zukunft, ist der Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe. Die in den 1980er Jahren häufiger zu beobachtenden Bewegungen „von unten“ betrafen auch den Blick zurück. Er erfuhr beispielsweise durch Geschichtswerkstätten Impulse, wenn es darum ging, der nationalsozialistischen Vergangenheit Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die unter anderem durch die 1979 ausgestrahlte US-amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ in der breiten Bevölkerung geweckte Sensibilität für das Thema wurde medial, zivilgesellschaftlich und politisch gefördert: Auch die 1985 gehaltene Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1945 als ein Tag der Befreiung ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

1986 brachte der „Historikerstreit“ die Frage nach der deutschen Schuld endgültig auf die Bühnen von Wissenschaft und Publizistik. Die nationale Identität der Deutschen wurde so nicht erst nach dem Ende der deutschen Teilung diskutiert: Schlagworte wie der Verfassungspatriotismus boten in den 1980er Jahren Anlass zu kontroversen intellektuellen Debatten. Gleichzeitig erfuhren in der Ära Kohl auch die Vertriebenenverbände eine politische Renaissance, nachdem diese unter den vorausgegangenen sozialdemokratischen Kanzlern eher als „Ewiggestrige“ politisch gemieden worden waren.

^{f²¹} Vgl. Ivan T. Berend, *Europe Since 1980*, Cambridge 2010, S. 3.

^{f²²} Vgl. P. Ther (Anm. 11).

^{f²³} Marcel Berlinghoff, *Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970–1974*, Paderborn 2013, S. 17 ff.

Erbe der 1980er Jahre

Die 1980er Jahre waren ein spannungsgeladenes Jahrzehnt, in dem viele Veränderungen zwar nicht initiiert, aber für die breite Gesellschaft allmählich relevant wurden. Diese mussten lernen, mit ökologischen Risiken, globalen Verwicklungen und militärischen Bedrohungsszenarien umzugehen. Die großen Themen der 1980er Jahre machten weder an den Grenzen der Nationalstaaten noch an denen des „Eisernen Vorhangs“ halt. Das Jahrzehnt zwischen der alten und der neuen Ordnung ist daher prädestiniert für eine transnationale und transkulturelle Zeitgeschichte, die auch Verflechtungen, gegenseitige Wahrnehmungen und grenzüberschreitenden Austausch erforschen will.

In den 1980er Jahren wurden erlernte Normalitäten infrage gestellt; gleichzeitig blieb zunächst ungewiss, inwiefern diese Erlebnisse die Zukunft prägen würden. Umso erstaunlicher ist es, dass die 1980er Jahre rückblickend auch als Zeit der stabilen Ordnungen gesehen werden.¹⁴ Das liegt wohl in erster Linie an der ordnenden Kraft des Kalten Krieges, der bis zum Ende des Jahrzehnts auf politischer Ebene ein prägendes Kontinuum blieb und die 1980er Jahre in der alten Weltordnung verortete. Die Dekade stand also für eine weitere Polarisierung der Mächte, aber auch für eine Popularisierung der Medien- und Erlebniskultur. Nicht selten zeigte sich in diesen Spannungsfeldern eine Verunsicherung der Zeitzeugen, wie mit den ungewissen Veränderungen umzugehen sei.

Das geschichtswissenschaftliche Potenzial der 1980er Jahre ist derweil noch längst nicht ausgeschöpft. Wenn es gelingt, den schweren Schleier der Zäsur 1989/90 weiter zu lüften, so kann sich die große Gegenwartsnähe des Jahrzehnts zeigen, der es mit einer reflektierten Historisierung zu begegnen lohnt. Zweifellos ist hierfür eine Deutung als „langes Jahrzehnt“, das seine Vorläufer und Folgen einbezieht, sinnvoll, ohne die 1980er Jahre zur Vor- oder Nachgeschichte zu degradieren. Die methodische Überwindung der starren Zäsuren und Grenzen des Kalten Krieges fordert zudem eine größere Offenheit, damit die 1980er Jahre langfristig historisiert werden können.

¹⁴ So z. B. Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts*, München–Wien 2002, S. 13.

Lutz Raphael

1980er: Typische Jahre „nach dem Boom“

Das Denken in Jahrzehnten hat sich so fest in unseren Gewohnheiten verankert, dass das Reden über die 1950er, 60er, 70er oder 80er Jahre, inzwischen

sogar über die „Null-er“-Jahre, gar nicht mehr hinterfragt wird. Chronisten aller möglichen Dinge und Ereignisse nutzen diese gängige Zeiteinteilung,

um ihrer Zusammenstellung und Kommentierung vermeintlich relevanter Sachverhalte, zeitgenössischer Texte, Musikstücke, Fotografien oder Kunstwerke plausible Grenzen zu setzen.¹ Der Sound der 1980er ist genauso plausibel wie die Mode, die Kunst, der Lebensstil oder die Philosophie dieser Dekade. All dies ist Anlass genug, über Folgen und Nebenwirkungen dieser Gewohnheit nachzudenken.

Lutz Raphael

Dr. phil., geb. 1955; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier, Fachbereich III, 54286 Trier. raphael@uni-trier.de

Zeitgeschichte und Dekadenkult

Zeithistoriker sind nicht ganz unschuldig an diesem Zustand unserer Geschichtskultur, haben sie doch frühzeitig die Chancen erkannt, die das Zehnersystem unserer Zeitrechnung ihnen bietet. Angesichts der Unsicherheit, im Fluss der jüngsten Vergangenheit überhaupt Halt zu finden, sinnvolle Abschnitte oder gar Zäsuren bestimmen zu können, bietet die Mechanik der Zehnjahresschritte vermeintlich Sicherheit, so auch im Fall der 1980er Jahre.² Natürlich weiß jeder Historiker, dass diese formale Zeitordnung inhaltsleer ist und für sich keinerlei analytischen Gewinn verspricht. Die historische Zeit schreitet nicht in Dekaden voran, die regelmäßigen Wahlzyklen der meisten Demokratien geben andere Taktungen vor; auch die Konjunkturzyklen des Kapitalismus halten sich nicht an die kul-

turelle Konvention der Dekaden – und politische, soziale oder ideelle Umbrüche schon gar nicht. 1517, 1776, 1789, 1815, 1848, 1905, 1914, 1917, 1933, 1945 – wer sich nur kurz einige wichtige Jahreszahlen der neueren und neuesten Geschichte durch den Kopf gehen lässt, findet bestätigt, was eigentlich allen klar sein sollte: Ein Jahrzehnt als sinnvolle Einheit der zeithistorischen Erörterung zu betrachten, ist mit hohem Risiko verbunden, denn leicht kann man sich dabei lächerlich machen und jeden wissenschaftlichen Kredit verspielen. Man stelle sich Beiträge zur deutschen Geschichte vor, welche schlicht die 1930er oder nur die 1940er Jahre in den Mittelpunkt rücken wollten. Auch die für Historiker naheliegende Option, dann eben kurze oder lange Jahrzehnte zu konstruieren, also die „Dekade“ auf sieben, acht Jahre zurechtzustutzen oder auf 13, gar 15 oder 16 Jahre anschwellen zu lassen, ist intellektuell nicht ohne Risiko: Niemand wird die zwölf Jahre des NS-Regimes als „lange Dreißiger“ verkaufen wollen.

Das sicherste Gegengift gegen den Biss der Dekadenkobra waren bisher politische Großereignisse: Regimewechsel, Kriegsbeginne und -enden oder internationale Verträge. Für die 1980er Jahre bietet das Doppeljahr der ost- und mitteleuropäischen Revolutionen 1989/1990 eine solche vermeintlich sichere Grenzlinie. Für die politische Geschichte der Bundesrepublik markieren der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung ohne Zweifel eine sinnvolle Zäsur. Dann muss nur noch ein passender Anfang gefunden werden, und schon haben wir unsere 1980er Jahre ordnungsgemäß bestimmt. Der Regierungswechsel 1982 von der sozialliberalen zur christlich-sozialen Koalition bietet sich dafür an, und so könnte man die kurzen 1980er einer westdeutschen Politikgeschichte von den langen 1970er Jahren (die auch bereits das Etikett des „sozialdemokratische Jahrzehnt“[†] angehängt bekamen) abtrennen. Diese kurzen 1980er Jahre wären aber – sicherlich ein kleiner Schönheitsfehler – nur der erste Teil der Ära Kohl, deren zweiter Teil

[†] Vgl. Alexandra Sgro, *Die bunten 80er Jahre – Vokuhila und Tennissocken*, Berlin 2012; Dieter Rehen, *Die sagenhaften Achtziger*, Düsseldorf 1999.

[†] Vgl. Werner Faulstich (Hrsg.), *Die Kultur der 80er Jahre*, München 2005; Meik Woyke (Hrsg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Bonn 2013.

[†] Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, Bonn 2011.

ab 1990 müsste dann wiederum als die kurzen 1990er Jahre etikettiert werden und würde dann mit dem Antritt der rot-grünen Koalitionsregierung Schröder vorzeitig 1998 enden.

Hat man diese Gedankenoperation einmal vollzogen, purzeln einem auch schon die passenden Ereignisse und Zusammenhänge in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur entgegen, die eine solche Einteilung in kurze oder lange Jahrzehnte plausibel machen könnten: das Ende der großen Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, die konjunkturelle Erholung nach der zweiten Ölpreiskrise, der konservative Schwenk des in Feuilleton und Kulturbetrieb sich artikulierenden „Zeitgeists“; all diese Phänomene ließen sich anführen, um das Jahr 1982 als Startjahr stark zu machen – und so könnte man auch jenseits einer ganz eng definierten politischen Ereignisgeschichte dem so selbstverständlichen und pünktlichen Dekadeneinde einen etwas verspäteten Anfang gegenüberstellen.[†] Wir sehen an diesem Gedankenexperiment: Unweigerlich geraten wir in eine kurzatmige Taktung, die selbst die zehn Jahre einer Dekade zu lang werden ließe. Spätestens mit dem Regierungswechsel 2005 wären wir dann ganz aus dem Takt.

Pluralität historischer Zeiten

Jenseits aller ironischen Reflexion über die kulturellen Stereotype und professionellen Arbeitszwänge, die unserem Reden von „den 1980ern“ eingeschrieben sind, bleibt die Frage, wie man diese Jahre eventuell besser in die zeitgeschichtlichen Kontexte einordnen könnte. Die radikalste Antwort lautet: indem man auf die Fiktion verzichtet, es gäbe überhaupt so etwas wie eine gemeinsame Zeiteinheit für die vielen, ganz unterschiedlichen Prozesse, Ereignisketten und Trends dieses Jahrzehnts. Ganz so, wie Flüssigkeiten unterschiedlicher Viskosität andere Fließgeschwindigkeiten haben, so sind auch den verschiedenen historischen Phänomenen ganz unterschiedliche Rhythmen und Zeiteinheiten zu eigen. Unsere Zeitgeschichte bestünde dann aus einem bunten Strauß lose miteinander verflochtener Bindestrich-Geschichten (Wirtschafts-, Kunst-,

[†] Als überzeugendes Beispiel für eine solche Einteilung vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006.

Sport- und andere Geschichten mehr) mit ihren eigenen Anfängen, Zäsuren und Krisenjahren. Eine solche Pluralisierung der Zeitläufe zerstört am Ende unsere Vorstellung von der *einen* Zeit, der *einen* Geschichte: Man hat dann nur noch Fragmente unterschiedlichster zeitlicher Länge und räumlicher Ausdehnung vor Augen. Damit können Spezialisten für Detailfragen – etwa: Wann wurden die Finanzmärkte dereguliert? Wann geriet die soziale Altersversorgung „in die Krise“? – und Bindestrichhistoriker bestens leben, aber der Preis ist hoch. Denn wir verlieren jeden Halt bei dem Versuch, Zusammenhänge zwischen den Phänomenen und Trends zu verstehen und die Einsicht in solche Rückkoppelungen und Wechselwirkungen auch in ein Gesamtbild zeitlicher Abläufe einzubringen.

Es gibt eine zweite Option: Die Dekaden der Zeitgeschichte können in größere Zusammenhänge eingeordnet werden. Was wir für ältere Epochen selbstverständlich machen, muss auch die jüngste Zeitgeschichte leisten, so risikoreich das Unternehmen ist, weil viele der zu beachtenden Trends noch gar nicht vergangen, sondern Teil unserer Gegenwart sind. Die 1980er Jahre sind, so die hier vertretene These, besser zu verstehen, wenn man sie in den größeren epochalen Zusammenhang der Veränderungen einordnet, welche ihren Ausgangspunkt in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren haben. Man könnte deshalb die Jahre 1968 und 1973 mit ihren jeweiligen Schlüsselereignissen (studentische Protestbewegung und Ölkrise) als symbolische Ausgangspunkte für eine neue Phase der jüngsten Zeitgeschichte Westeuropas und der Bundesrepublik wählen. Der Zeitbogen reicht also von den späten 1960er Jahren bis an den Beginn unseres Jahrhunderts, vielleicht sogar bis in unsere Gegenwart. „Nach dem Boom“ ist ein bewusst offener Namensvorschlag, den ich gemeinsam mit Anselm Doering-Manteuffel für diese Zeitspanne vorgeschlagen habe. Die Leitideen, die einem solchen Periodisierungsvorschlag zugrunde liegen, sollen hier nur kurz zusammengefasst werden, um die anschließenden Überlegungen zur Bedeutung der 1980er Jahre verständlicher zu machen.[¶]

¶ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2013; Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014.

In einer Betrachtungsweise, wie sie hier vertreten wird, sind Veränderungen auf der Ebene der politischen Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft für das Verständnis der Dynamik und der Richtung der vielfältigen Veränderungen in Gesellschaft und Politik zentral. Dabei ist es weniger das schlichte Wachstum grenzüberschreitender Waren- und Kapitalströme, sondern der Wandel in den Regeln und Größenordnungen dieser Austauschprozesse. Größte Bedeutung kommt dabei den Veränderungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat zu, mit dem Ergebnis, dass sich überall die nationalspezifischen institutionellen Rahmungen des Kapitalismus wandelten.[¶]

Ausgangspunkt ist das langsame Ende des Systems von Bretton Woods, das den Rahmen für den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsjahre bildete. Die 1944 vereinbarte internationale Währungsordnung mit den Eckpunkten fester Wechselkurse und der Goldbindung des US-Dollars erodierte in den späten 1960er Jahren und wurde Anfang der 1970er Jahre endgültig aufgegeben. Damit begann in der internationalen Währungspolitik eine Phase der Experimente und Unsicherheit. Sie eröffnete in den meisten Ländern der westlichen Welt eine Periode der „großen Inflation“ und führte zur Rückkehr tief greifender Rezessionen. Unter anderem die Ölkrise eröffneten eine Phase ökonomischer Umstrukturierungen und Umbrüche, die zugleich eine weltweite Neuorientierung nationaler Wirtschaftspolitiken einleiteten. Die Liste der Änderungen ist lang: Abkehr von keynesianischen Konzepten der Globalsteuerung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung, Stabilisierung der Währungen durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik der Zentralbanken, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und Börsenplätze, fiskalische Entlastung von Unternehmen und Kapitalanlegern. Diese wirtschaftspolitischen Prinzipien verdichteten sich zu einem Expertenkonsens, dessen ideologische Rechtfertigung in einem ebenso diffusen wie medial breitenwirksamen „Neoliberalismus“ seinen Niederschlag gefunden hat.[¶]

¶ Vgl. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit*, Berlin 2013.

¶ Vgl. David Harvey, *A Short History of Neoliberalism*, Oxford 2005; Philip Plickert, *Wandlungen des Neoliberalismus*, Stuttgart 2008.

Begleitet waren diese Veränderungen von der wachsenden Verschuldung öffentlicher Haushalte, nicht zuletzt wegen hoher Sozialausgaben und sinkender Steuerquoten.

Diese Veränderungen der Regelwerke vollzogen sich im Rahmen eines beständig wachsenden Welthandels und gingen mit gravierenden Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung für industrielle Produkte und Dienstleistungen einher (etwa mit der Verlagerung großer Teile der Produktion aus den USA und Europa nach Asien). Parallel veränderten sich die Beziehungen zwischen Kapitalanlegern, Unternehmen und Banken. Im Bereich der Großunternehmen entstand ein neues Modell der Unternehmenskontrolle durch die Kapitalanleger: der sogenannte Finanzmarktkapitalismus.¹⁸ Im Gegenzug wurde die enge Verknüpfung zwischen Industrieunternehmen und Banken aufgelöst. In bislang nicht gekanntem Maße bestimmten nun internationale Finanzmärkte über Investitionsentscheidungen und Anlagestrategien.

Eine wesentliche Rahmenbedingung für den Erfolg dieses neuen Modells war die Entwicklung digitaler Technologien in Produktion, Kommunikation und Datenvernetzung, die Rationalisierungen und Produktivitätssteigerungen in zahlreichen Sektoren ermöglichte. Aber auch die Veränderungen gesellschaftlicher Leitvorstellungen spielten eine Rolle: Der sogenannte Wertewandel der westlichen Gesellschaften hatte seine Grundlage in der Verschiebung der Koordinaten im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Die erwarteten Spielräume, aber auch die Zumutungen an Eigenverantwortung und autonome Handlungsfähigkeit wurden für den Einzelnen größer. Diesem Wandel im Menschenbild entsprach ein Wandel im Gesellschaftsbild: Soziale Einbindungen, kollektive Zusammenhänge traten in den Hintergrund. Betont wurden die Flexibilität sozialer Arrangements und die Chancen individueller Gestaltungskraft. Zur kritischen Norm guter sozialer und politischer Ordnung mit universellem Geltungsanspruch stiegen nun die „Menschenrechte“ auf, die zu einem Schlüsselbegriff der westlichen Werteordnung wurden. Angesichts des weiter wachsenden Reichtums und Konsums in den westlichen Industriezentren kam den sym-

¹⁸ Vgl. Paul Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus*, Wiesbaden 2005.

bolischen Umdeutungen und den kulturellen Dynamiken, die mit dieser Verschiebung verbunden waren, große Bedeutung zu.

Für unsere Frage nach dem Platz der 1980er Jahre in diesem längerfristigen Prozess ist die Beobachtung zentral, dass sich die genannten Großtrends in unterschiedlichem Tempo vollzogen: Manche Länder, manche Branchen und Berufe waren stärker und früher davon berührt als andere, entsprechend lösten sie ganz unterschiedliche politische, soziale und kulturelle Begleitphänomene aus. Erst nach einem Zeitraum von etwa drei Jahrzehnten nahmen die neuen Ordnungsmuster feste Formen an: Die neuen „neoliberalen“ Welten (immer noch stark geprägt von regionalspezifischen Besonderheiten) der Globalisierung wurden sichtbar, und ihre Familienähnlichkeiten untereinander waren nunmehr größer als in der Übergangsphase „nach dem Boom“. Gerade das politökonomische Programm der Europäischen Union hat sich im Zuge von Osterweiterung, Aufbau liberaler Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa, Herstellung des europäischen Binnenmarktes und schließlich der Währungsunion zu einem regionalen Zentrum dieser neuen Ordnung entwickelt.¹⁹

Kontext der Strukturbrüche

Wie lassen sich die 1980er Jahre in diesen größeren Zusammenhang einordnen? In vielerlei Hinsicht können sie als „Durchgangphase“ oder „Normaljahre“ bezeichnet werden, in denen sich wichtige Trends weiterentwickelten, die ihre Wirkung dann aber erst in den nächsten zehn bis 15 Jahren voll entfalteten. Mehr als das, nämlich Schlüsseljahre, waren die 1980er Jahre aber auf dem Feld der politischen Ökonomie. Die Abkehr von einer inflationstoleranten Wirtschafts- und Währungspolitik vollzog sich vor allem überall dort dramatisch, wo die Inflation der 1970er Jahre besonders hoch gewesen und von niedrigem Wirtschaftswachstum begleitet worden war. In den USA und dem Vereinigten Königreich verlief dieser Wechsel zur Politik des harten Geldes besonders spektakulär, da er mit einer programmatischen Wende hin zu einer neoliberalen Wirtschafts-

¹⁹ Vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*, Berlin 2014; Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 226–269.

politik durch neue konservative Regierungen (Reagan/Thatcher) verbunden war. Weltweite Folgen hatte dabei insbesondere der Schwenk der US-Notenbank zu einer Hochzinspolitik. Er löste eine internationale Schuldenkrise aus, die zunächst die südamerikanischen und afrikanischen Länder traf.

Die 1980er Jahre waren denn auch die Jahre, in denen sich ein neues neoliberales Krisenbewältigungsszenario entwickelte, das am Ende des Jahrzehnts als „Washington Consensus“ programmatisch ausbuchstabiert wurde: Die Rettungskredite der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder einzelner westlicher Kreditgeber wurden nur noch gewährt, wenn sich die betroffenen Länder zu einschneidenden Sparprogrammen ihrer öffentlichen Haushalte, zur Deregulierung ihrer Märkte, zu Privatisierungen und zur freundlichen, wenn nicht bedingungslosen Aufnahme ausländischer Direktinvestoren bereitfanden. Anders als in der aktuellen Eurokrise spielte die Bundesrepublik bei der Durchsetzung dieser Weltkreditordnung keine führende Rolle, die Bundesbank trat aber in der Rolle des Musterschülers und frühesten Anhängers einer solchen stabilitätsorientierten Kredit- und Währungspolitik auf. In Europa hatte diese Politik unmittelbare Folgen für die sozialistischen Staaten Osteuropas: Die steigenden Zinsen verschärften die Zwangslagen, in denen sich Staatsökonomien von Polen, Ungarn oder der DDR ob ihrer Schuldenlast befanden. Niedergang des Staatssozialismus und Formierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells auf internationaler Ebene verliefen in diesem Jahrzehnt parallel und bereiteten den Boden für die radikalen Umbrüche beziehungsweise Zusammenbrüche, die wirtschaftlich auf die demokratischen Revolutionen 1989 in Mittel- und Osteuropa folgten.

Schlüsseljahre waren die 1980er Jahre auch mit Blick auf die vielfältigen kulturellen und sozialen Verschiebungen, welche darauf hinausliefen, die antiautoritären, antiinstitutionellen Impulse, die mit dem Jahr 1968 verbunden waren, in Richtung marktfreundlicher und stärker individueller, ja individualistischer Projekte zu lenken. Die Entdeckung von Individualität prägte in den 1980er Jahren auch immer größere Bereiche des Konsumverhaltens. Es fällt dennoch schwer, den 1980er Jahren eine besondere Rolle in einem längerfristigen Trend der westlichen Konsumgeschichte zuzuschreiben: Marketing und Produktdesign gewannen stetig an

Bedeutung, und es ist sicherlich kein Zufall, dass in diesem Jahrzehnt die Vielfalt der „Konsumstile“ als eigenständige Dynamik der aktuellen Gesellschaft „entdeckt“ und die bunte Welt individueller Kaufentscheidungen zu ordnen versucht wurde, um so für Unternehmer wie Soziologen gleichermaßen interessante Einsichten in „Lebensstile“ zu gewinnen, denen eine hinreichend große Zahl von Anhängern zuzuschreiben war. Die Bundesrepublik entdeckte sich als buntes und vielfältiges Konsumland neu, und die Mehrheit der Älteren machte nun ihren Frieden mit den in den 1970er Jahren noch als provokant empfundenen alternativen Lebensstilen. Jugendliche konnten nun auf größtes Verständnis und marktorientierte Aufmerksamkeit rechnen, wenn sie die Vielfalt ihrer musikbasierten Szenestile weiterentwickelten und ihnen ein breites Angebot konsumgestützter Jugendstile den Weg in die immer noch monotonere Erwachsenenwelt erleichterte.¹⁰

Fazit: „Normaljahre“ einer Übergangsphase

Welche Bedeutung kann man dem Jahrzehnt im hier skizzierten größeren Zeithorizont „nach dem Boom“ übergreifend also zuschreiben? „Schlüsseljahre“, deren Spuren bis zur Gegenwart hinein spürbar bleiben, das wäre sicherlich die angemessene Bezeichnung für die Ära Thatcher in Großbritannien oder die Zeit der Reagan-Präsidentschaft in den USA, wirkt aber für die Bundesrepublik für die erste Phase der Ära Kohl deutlich überzogen. Deren Bilanz ist viel stärker von Kontinuitäten und Kompromissen geprägt, als es die Zeitgenossen selbst wahrnahmen. Auch die gesellschaftlichen Entwicklungen folgten eher älteren Trends, oder aber neue Entwicklungen standen gerade mal am Beginn. Für die endgültige Verschiebung der Gewichte zwischen Neuem und Altem, zwischen Kontinuität und Bruch sorgten in der Bundesrepublik erst die 1990er Jahre mit den Folgen der Wiedervereinigung, der nächsten Konjunkturkrise und den sich inzwischen kumulierenden Prozessen des Wandels. Hier ist dem Historiker Philipp Ther zuzustimmen, der die wiedervereinigte Bundesrepublik in die Geschichte der Umbrüche der postsozialistischen Staaten einbezieht. Erst nach 1990 kam es europaweit zum Durchbruch der neuen neoliberalen

¹⁰ Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte*, München 2009, S. 405–424.

Ordnungsmuster, und diese zweite neoliberale Welle veränderte dann auch Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre zusehends.¹¹

Die 1980er Jahre lassen sich also eher als durchschnittliche Jahre der Ära „nach dem Boom“ bezeichnen. Sie waren „Normaljahre“, weil viele Trends eher unspektakulär weiterliefen, neue Entwicklungen wie die Verbreitung von PCs eher unauffällig begannen. Wer nach scharfen Zäsuren sucht, wird enttäuscht: In allen Bereichen war das Beharrungsvermögen derer, die in den 1970er Jahren dominante Positionen in ihren jeweiligen Bereichen erringen konnten, noch zu stark, um tief greifende Umbrüche oder Neuorientierungen zuzulassen. Normaljahre waren die 1980er Jahre auch insofern, als sich während dieser Zeit eine Pluralisierung von Lebensformen weiterentwickelte, die wesentlich zur Anpassungsfähigkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft an die sich beschleunigenden globalen ökonomischen Umbrüche beitrug. Viele dieser eher unspektakulären Geschichten pragmatischer Anpassung und Innovation lassen sich in westdeutschen Betrieben beobachten, die in den 1980er Jahren in eine Phase lang anhaltender Umstrukturierungen eintraten.

Am deutlichsten und lautesten setzten sich zweifellos die Protagonisten des Zeitgeistes von den vorangegangenen Jahrzehnten ab. Die Zeitgeistesdenker segelten nun gern unter der Flagge der Postmoderne und markierten damit zugleich ihre Abkehr von den vermeintlich schlichten und gescheiterten Fortschrittsprogrammen der Boomjahre wie auch von der marxistischen Kritik der 1970er Jahre. Häufig verharteten sie im Modus selbstreflektierter Ratlosigkeit oder programmatischer Offenheit angesichts der vielfältigen, aber noch keineswegs überschaubaren neuen und alten Trends.¹² Wie keiner anderen zeitgenössischen Sozialphilosophie gelang es den Vertretern der Postmoderne, die Auflösung „verkrusteter“ Ordnungsmuster, vor allem jedoch die Zwischenlage und den Schwebezustand zu artikulieren, in dem sich Gesellschaft, Kultur und Politik angesichts der widersprüchlichen Impulse seit dem Ende des Booms befanden.

¹¹ Vgl. P. Ther (Anm. 9).

¹² Vgl. Philipp Felsch, *Der lange Sommer der Theorie*, München 2015, S. 149–235.

Detlef Siegfried

Das Subversive retten. Eine Denkfigur der 1980er Jahre

Die 1980er Jahre waren für einen Großteil der westdeutschen Linken ein deprimierendes Jahrzehnt. Zwar war es die Blütezeit der neuen sozialen Bewegungen, die Hunderttausende Bundesbürger mobilisierten und dazu beitrugen, das partizipatorische Element in der politischen Kultur der Bundesrepublik zu verstärken.

Detlef Siegfried

Dr. phil. habil., geb. 1958;
Professor für Neuere Deutsche
und Europäische Geschichte
an der Universität Kopenha-
gen, Njalsgade 128, DK-2300,
Kopenhagen S/Dänemark.
detlef@hum.ku.dk

Doch gerade weil die Hoffnungen auf vermehrte politische Einflussnahme von unten so sehr gewachsen waren, empfand man die dann sichtbarer werdenden Grenzen als umso frustrierender: die Ablösung der SPD durch eine CDU-geführte Bundesregierung, das Scheitern der Massenbewegungen um das Kernkraftwerk Brokdorf, die Startbahn West des Frankfurter Flughafens, die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Auch im kulturellen Feld waren die Hoffnungen auf Liberalisierung, die sich in den vorangegangenen Jahrzehnten so markant zur Geltung gebracht hatten, erheblich gedämpft worden. Eine „Kultur für alle“, noch in den 1970er Jahren als Ort der Demokratie für alle Bevölkerungsschichten konzipiert, beschleunigte nur den Individualisierungsstrom. An die Stelle des gemeinsamen produktiven Tuns war eine hochgradig individualisierte „Erlebnisgesellschaft“ getreten. Was einstmals als Befreiung von den Fesseln einer vermeintlich traditionalistischen Gesellschaft gedacht war, entpuppte sich als Entsolidarisierung und Vereinzelung unter neoliberalen Vorzeichen. So oder ähnlich nahmen sich pessimistische Gegenwartsdeutungen der linksliberalen bis linksradikalen politischen Strömungen am Ende der 1980er Jahre aus.

Inwieweit sie zutrafen, steht hier nicht zur Debatte. Sondern es geht im Folgenden um Versuche, nach dem Kater der unerfüllten

Hoffnungen von „1968“ nicht aufzugeben, sondern Elemente des Widerständigen zu retten. Das Fortschreiten der Konsum- und Erlebnisgesellschaft und die politische Rechts- wende von 1982 forderten Akteure heraus, die aus politischer Opposition und Gegenkultur der 1970er Jahre kamen und nach Wegen suchten, eine linke Position unter widrigen Prämissen aufrechtzuerhalten und möglichst zu erneuern. Diese Suchbewegung soll hier außerhalb des unmittelbar politischen Feldes betrachtet werden, in der Sphäre der Kultur, wo sich linke Zielvorstellungen und Praktiken unterhalb des flüchtigen Gekräusels der Tagespolitik dauerhafter abgelagert hatten.

Trieb und Subversion: Die Debatte in der Sexualwissenschaft

Mit einer Riege junger Sexualwissenschaftler in Hamburg und Frankfurt am Main hatte sich seit den späten 1960er Jahren eine Sexualwissenschaft etabliert, die ihren Gegenstand nicht mehr von vorgefassten Moralvorstellungen her betrachtete, sondern vorbehaltlos empirisch untersuchte. Daraus resultierte ein Interesse an sozialwissenschaftlichen Methoden, die den Aspekt der Deutung und Bewertung weniger stark gewichteten. In dieser Bewegung gerieten psychoanalytische Konzepte in den Hintergrund. Volkmar Sigusch, seit 1972 Professor für Sexualwissenschaft (der erste in der bundesdeutschen Geschichte), mochte sich nicht auf das Definieren und Vermessen beschränken, sondern betrachtete Sexualforschung als „Subjektwissenschaft“ und wollte ihre komplexen Phänomene deutend erfassen.¹ Er bezog, wie es in einer Besprechung eines seiner Bücher in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hieß, eine „dezidiert antipositivistische Position“, die die Liebe ebenso wenig wie die Triebe für restlos erkennbar hielt, sondern ihnen ein Geheimnis zusprach – alles in allem fand sich hier das Lob „eines Trieblebens, das sich sozialer Kontrolle entzieht und eine subversive Qualität annimmt“, so der Rezensent begeistert.²

¹ Volkmar Sigusch, Thesen über Natur und Sexualität, in: Hermann M. Gremliza (Hrsg.), Sexualität konkret, Bd. 1, Hamburg 1980, S. 118–123, hier: S. 123.

² Vom Trieb und der Liebe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.10.1984, S. 26.

Mit diesem Ansatz stand Sigusch im Konflikt mit ihm nahestehenden Hamburger Kollegen. Gunter Schmidt hielt die Annahme innerlich sich akkumulierender Energien, die zur Entladung drängten – für ihn mit Eberhard Schorsch die „vulgäre Triebtheorie“ –, für Ideologie, die wissenschaftlich nicht zu beweisen war.³ Stattdessen ging Schmidt neutraler von Motiven aus, die nicht nur körperlich bedingt seien, sondern durch eine Vielzahl innerer wie äußerer Impulse gesteuert würden. Freuds Trieblehre hielt er für eine historisch bedingte Auffassung, die durch die Liberalisierung der Sexualität überholt sei. In der Gegenwart finde Kontrolle nicht mehr durch Repression statt, sondern, so sah er es in Anlehnung an Michel Foucault, durch Befriedigung der Suche nach Lust.⁴

Sigusch hingegen wollte den Abschied vom Trieb, der schon auf breite Akzeptanz stieß, aufhalten. Bei den „Motivationspsychologen“, so erklärte er bei seiner Attacke gegen Schmidt auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung 1982 in Hamburg, „hat das Sexuelle seine Sprengkraft verloren, mit Spannung, Dampf, Durchbruch, Explosion nichts mehr zu tun“, es war „saft- und kraftlos, bild- und klanglos, da entsubstanziert und entzaubert“. Für ihn war der Eros das große, mit rationalen Mitteln nicht ergründbare Geheimnis, dem eine rebellische Kraft innewohnte. Dieses Geheimnis konnte – Freud sei Dank – nicht gelüftet werden, so viel die Sexualwissenschaftler auch zählten und maßen. Der „Tyrannis und dem Spuk des Faktischen“ setzte er die „Anarchie der Lust“ entgegen, während für Schmidt theoretische Positionen in der Erklärung von Sexualität einem historischen Wandel unterlagen.⁵ Die Heftigkeit des Widerstandes, mit der seine Absage an den Trieb quittiert wurde, resultierte, Schmidt zufolge, nicht aus einem akademischen Streit um die richtige Lehre, sondern es ging „um Trauer“, „um die verlorene subversive Unschuld der Sexualität, um ihr nicht eingelöstes Freiheitsversprechen“.⁶

³ Vgl. Volkmar Sigusch, Lob des Triebes, in: ders., Vom Trieb und von der Liebe, Frankfurt/M.–New York 1984, S. 27–42. Schmidts Entgegnung auf Siguschs Kritik in: Martin Dannecker/Volkmar Sigusch (Hrsg.), Sexualtheorie und Sexualpolitik. Ergebnisse einer Tagung, Stuttgart 1984, S. 17ff., Zitat: S. 17.

⁴ Vgl. Gunter Schmidt, Drang und Lust, in: Helmut Kentler (Hrsg.), Sexualwesen Mensch. Texte zur Erforschung der Sexualität, Hamburg 1984, S. 300–317.

⁵ V. Sigusch (Anm. 3), S. 38, S. 41.

⁶ G. Schmidt (Anm. 4), S. 316f.

Siguschs Position war über die kleinen Kreise der Sexualwissenschaftler hinaus umstritten. Ihm traten andere entgegen, die ebenfalls etwas retten wollten – nämlich die Idee der Aufklärung vor der boomenden Rationalitätskritik. 1986 gab die Schriftstellerin Ulrike Heider einen Sammelband heraus, der den „Mythos neuer Sinnlichkeit“ einer kritischen Revision unterzog und als „Erwidern auf den erotischen Irrationalismus im zeitgenössischen Kulturbetrieb mit seiner antiaufklärerischen Rezeption von Denkern wie de Sade, Nietzsche und Bataille“ gedacht war. Hier klagte der Sexualforscher Ernest Borneman Sigusch an, sich „in peinlichster Weise mit der neuen Romantik“ assoziiert zu haben. Siguschs „Verhöhnung der Wissenschaft und der Ratio, diese Rechtfertigung des Irrationalen, geht Hand in Hand mit der neuen Gegenreform, mit der neuen Absage an die klassische Aufklärung, mit dem Verfall der großen französischen Tradition des klaren Denkens, mit der nostalgischen Nietzsche-Wagner-Hitler-Welle, mit der ‚poetischen‘ Unterwanderung des Verifizierbaren und Falsifizierbaren in der ‚neuen‘ französischen Philosophie.“¹⁷ Borneman sagte nicht, dass Sigusch zum Blut- und Boden-Ideologen geworden sei, aber im Kontext der Rehabilitierung des Antirationalismus in der Postmoderne und von Tendenzen der westdeutschen Kultur der Gegenwart, in der Ernst Jünger, Leni Riefenstahl und Arno Breker zu neuen Ehren kamen, hielt er derartige Aussagen, die ihm auf ein „romantisch-irrationales Weltbild“ hinzudeuten schienen, für gefährlich.¹⁸

Tatsächlich hatte Sigusch ein ambivalentes Bild der Liebe gezeichnet. In seinem „hohen Lied der Liebe“ skizzierte er die Utopie eines harmonischen Miteinanders – „leicht, heiter und kindlich wie ein Abendwind über Ägadien“, im „niederen Lied der Liebe“ die andere, „vielleicht vertrauter(e)“ Seite: „Unsere Liebe ist eine Orgie gemeinster Quälereien. Sie ist voll raffinierter Erniedrigung, wilder Entmächtigung, bitterer Enttäuschung, boshafter

¹⁷ Ernest Borneman, Vom Kismet der Zwei. Entstehung der Liebe und Rückkehr der Zeitgenossen zu Liebesidealen der Vergangenheit, in: Ulrike Heider (Hrsg.), Sadomasochisten, Keusche und Romantiker. Vom Mythos neuer Sinnlichkeit, Reinbek 1986, S. 55–72, hier: S. 70f.

¹⁸ Borneman an Norbert Mappes (Vorwärts), 28.2.1987, Akademie der Künste Berlin (AdK), Ernest-Borneman-Archiv.

Rache und gehässiger Aggression. (...) Unsere Liebe ist egozentrisch und asozial, eine nahe Verwandte des Wahnsinns und der Sucht.“¹⁹ Sigusch benannte nicht nur die Ambivalenzen der Liebe, für ihn überwogen klar die weniger idealen Aspekte. Der Aufstieg neuer sexueller Moden, die Faszination, die Gewalt in den sexuellen Beziehungen auslöste, bekräftigten Siguschs Befund ebenso wie die pessimistische Gegenwartsdiagnose derer, die ein auf Gleichheit und Gewaltfreiheit ausgerichtetes Ideal der „sexuellen Revolution“ entschwinden sahen.

„Salonbolschewisten“ von „Sounds“ und „Spex“

In den 1980er Jahren änderte sich auch die Art und Weise, in der über Pop gesprochen wurde. Während ein neuerer, subjektiv-intellektualistischer Schreibstil des Pop-Journalismus auch in breiter angelegten Zeitgeistmagazinen wie „Tempo“ oder „Wiener“ zu Wort kam, artikulierte sich ein politisch links kodiertes, elitäres Selbstbewusstsein in den Musikmagazinen „Sounds“ und „Spex“. Um diese Blätter herum pflegte die junge Pop-Intelligenz in Anknüpfung an Susan Sontag und andere Theoretiker des Profanen eine Verehrung der Oberfläche, die sie vom Eszenzialismus der „68er“ als Vorgängergeneration befreien sollte und Pop eher als Material denn als Substanz betrachtete. Protagonisten von „Sounds“ und „Spex“ wie Diedrich Diederichsen und Olaph Dante Marx adaptierten Ideen der britischen Cultural Studies, insbesondere Dick Hebdiges Theorie vom politischen Potenzial des Stils, und leiteten daraus ein Konzept ab, das die Aneignung von Popkultur als subversive Technik propagierte.¹⁰

Attackiert wurden die Konventionen einer etablierten Rockmusik, des Sozialismus, der neuen sozialen Bewegungen, aber – im Unterschied zur rechten Kritik an den 68ern – auch Staat, Nation und die von Helmut Kohl angestrebte „geistig-moralische Wende“. Es ging also, wie die „Sounds“-Redaktion im September 1982 verkündete, gegen „die immer gleichen Leitideen, die dir von allen Vertretern

¹⁹ Volkmar Sigusch, Das gemeine Lied der Liebe, in: H. M. Gremliza (Anm. 1), S. 11–20, hier: S. 11.

¹⁰ Vgl. Diedrich Diederichsen/Dick Hebdige/Olaph-Dante Marx, Schocker. Stile und Moden der Subkultur, Reinbek 1983.

der Herrschaft vorgeleiert werden. Dazu gehört auch, dass wir all die kleinen Teenie-Obsessionen fördern und ausleben, die wir damals wie heute haben und die wir uns nicht von rigider alternativer Moral zerstören lassen wollen, aber auch unsere ernsthafteren Erwachsenen-Obsessionen kommen nicht zu kurz. Trotzdem bleiben wir aufrechte Bolschewisten, bzw. Salonbolschewisten, je nachdem, nur in modernisierter Version.“¹¹

Im Rückblick erinnert sich Diederichsen, schon in den 1980er Jahren „hatte irgendeine politische Reflexion, wie irre auch immer, eigentlich jeden Text durchzogen. (...) In einem Text über eine Band wie die Bad Brains ging es dann halt auch um die RAF oder um die Volkszählung. Diese Verbindung fand ich ideal.“ Eine ganze Reihe der jungen Pop-Journalisten hatte, so Diederichsen weiter, „eine linke Vergangenheit, und zwar eine organisierte“.¹² Allerdings distanzieren sie sich von manchen Elementen dieser Vergangenheit. Die „punkaffine Intelligenz der 1980er Jahre“ verachtete identifikatorische Politiken, wie sie das musikalische Umfeld der Friedensbewegung repräsentierten.¹³ Sie lehnte Authentizitätsbehauptungen ab, wie sie der Rockmusik anfangs inhärent und durch das Engagement zahlreicher Bands für Friedens- und andere Bewegungen auf das politische Feld transportiert worden waren. Stattdessen wurde „Gegenkultur als Pop-Affirmation“ inszeniert.¹⁴ Anders noch als die „hedonistische Linke“ der frühen 1970er Jahre, die Lebensgenuss gegen Kommerzialisierung und eine galoppierende Hyperpolitisierung der marxistisch-leninistischen Gruppen gleichermaßen in Anschlag gebracht hatte, war der Hedonismus der „Salonbolschewisten“ mit einem ausdrücklichen Bekenntnis

zum Konsum verbunden. Die Konsumkultur lieferte das Material, das, eigensinnig gewendet, das kapitalistische System würde unterlaufen können – so, wie es die Birminghamer Sozialwissenschaftler vom Centre for Contemporary Cultural Studies mit ihren Arbeiten zu den britischen Subkulturen aus der Arbeiterklasse gezeigt hatten.

Der subjektive Schreibstil und die Ausbreitung popkulturellen und theoretischen Spezialwissens, das Musik, Politik, Film, Kunst und Mode mehr oder weniger assoziativ zusammenfügte, „erweitert(e) den popkulturellen Wunsch nach Distinktion um die Inszenierung des eigenen kritischen Denkens“.¹⁵ Sachkenntnis war damit nicht immer verbunden, stets aber ein autoritativer Gestus – die Anmaßung, bei bestenfalls vagen Anhaltspunkten darüber befinden zu können, was „gute“ oder „schlechte“ Musik sei. „Angeberei“, wie Diederichsen einmal eingestand und später hinzufügte: „Spex“ war „so obskur, wie es gerade noch ging“.¹⁶ Die hier durchgespielte Möglichkeit, Popmusik durch die Verkopplung mit anderen Künsten und Theorie anschlussfähig für hochkulturelle Diskurse zu machen und dadurch das eigene kulturelle Kapital auszustellen, erzeugte in den 1990er Jahren einen „Feuilletonisierungsschub“ (Diederichsen). Nun rächte sich, dass eine kapitalismuskritische Position in dieser Gegenpose zum alternativen Habitus eben nur als Postulat enthalten war.

Blickt man auf die Rezipienten von Popmusik, so mochte manchen die ostentative Lektüre von „Spex“ als Marker des gehobenen Andersseins dienen, vielen blieb der hier gepflegte Jargon wohl verschlossen – was für andere wiederum besonders anziehend wirkte. Vor allem aber blieb die Einlösung des politischen Anspruchs aus. Auf eine zu mobilisierende Masse hatte er sich niemals gerichtet – im Gegenteil –, aber in der Ironie und der Distanzierung von dem Gros der als identifikatorisch geschmähten Linken verflüchtigten

¹¹ Zit. nach: Thomas Hecken, Die verspätete Wende in der Kultur der 1990er Jahre, in: Olaf Grabienski/Till Huber/Jan-Noël Thon (Hrsg.), Poetik der Oberfläche. Die deutschsprachige Pöpliteratur der 1990er Jahre, Berlin u. a. 2011, S. 13–26, hier: S. 17.

¹² „So obskur, wie es gerade noch ging“, Interview mit Diederichsen, 28.2.2013, www.jungleworld.com/artikel/2013/09/47242.html (7.10.2015).

¹³ Alexa Geisthövel, Böse reden, fröhlich leiden: Ästhetische Strategien der punkaffinen Intelligenz um 1980, in: Jens Elberfeld (Hrsg.), Das schöne Selbst: Zur Genealogie des modernen Subjekts zwischen Ethik und Ästhetik, Bielefeld 2009, S. 367–399, hier: S. 386.

¹⁴ Thomas Hecken, Das Versagen der Intellektuellen. Eine Verteidigung des Konsums gegen seine deutschen Verächter, Bielefeld 2010, S. 148.

¹⁵ Nadja Geer, „If you have to ask, you can't afford it“. Pop als distinktiver intellektueller Selbstentwurf, in: Bodo Mrozek/Alexa Geisthövel/Jürgen Danyel (Hrsg.), Popgeschichte, Bd. 2, Bielefeld 2014, S. 337–357, hier: S. 338.

¹⁶ Ronald Strehl, Die Sounds-Story, NDR-Nachtclub 2006, in: Sounds-Archiv, o.D., www.sounds-archiv.at/styled-201/styled-206 (5.10.2015); Interview (Anm. 12).

sich die Maßstäbe eines Linksseins jenseits der für Außenstehende kaum mehr nachvollziehbaren, mehrfach gebrochenen Haltung der verinselten Pop-Intellektuellen.

Mag sein, dass die linke Pop-Intelligenz arrogant war und in einem Insiderduktus schrieb, den kein Mensch verstand. Aber manche Akteure passten sich dennoch nicht dem Zeitgeist an, sondern waren und blieben links – im Unterschied zu zahlreichen Zeitgeistsurfern unter Pop-Adepten und früheren Linksintellektuellen, die sich im Laufe der 1980er Jahre von ihrem Linkssein verabschiedeten und einem neuen Nationalgefühl huldigten oder sich ganz zum wirtschaftlichen und politischen Einzelkämpferideal à la Maggie Thatcher bekannten. Sie offensiv links zu verorten, war in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre keine Selbstverständlichkeit mehr. So hat „Spex“, gemeinsam mit den bekennenden linken Popbands versucht, Pop als Zentralelement eines kulturellen Linksblocks zu etablieren. Dass es in der Bundesrepublik für kulturelle Hegemonie nicht mehr reichte, demonstrierten schon vor den reaktionären neuen Pop-Literaten der 1990er Jahre Neonazi-Bands wie „Landser“, die mit dem Missverständnis aufräumten, dass Rockmusik per se links sein musste.

Rezeption von Peter Weiss’ „Ästhetik des Widerstands“

Das in den 1980er Jahren postulierte „Ende der Ideologien“ wurde von einer erstaunlichen Bewegung begleitet, die in der individuellen und gemeinschaftlichen Lektüre des dreibändigen Romans „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss bestand. Für zahlreiche Linke in West- und Ostdeutschland wurde der Roman – erschienen 1975, 1978 und 1981 – zu einem Schlüsselwerk, weil er die Geschichte der Arbeiterbewegung aus einer kommunistischen, aber antistalinistischen Perspektive reflektierte und dabei am Beispiel junger, selbst denkender Akteure die Legitimität eines Sozialismus von unten verfocht. Trotz des unablässigen Scheiterns, so Weiss, „war das Wesentliche nicht, dass da Mächte am Werk waren, Menschen in gewaltigen Mengen nieder zu metzeln, sondern dass einige sich daran gemacht hatten, diesen Taten entgegen zu wirken, und das Denkwürdige daran war wiederum nicht, dass sie kaum vernehmbar waren, sondern dass es sie

überhaupt gab“.¹⁷ Diese Konstellation war unmittelbar anschlussfähig für diverse linke Kreise, die Scheitern und Resignation erfahren hatten, aber an der sozialistischen Zielperspektive festhalten wollten.

Als Gegenstand der Krisenbearbeitung besonders attraktiv wurde das Werk durch die Verbindung von Politik und Kultur: das Aufbrechen der Verengung auf das Politische, das die linke Radikalisierung der 1970er Jahre mit sich gebracht hatte; die im Scheitern des Linksradikalismus evident gewordene Notwendigkeit, grundsätzliche Fragen wie das Verhältnis von Autoritarismus und Autonomie, von Kultur und Politik, von Offenheit und taktischem Schweigen neu zu denken; die Verteidigung der Legitimität des Sozialismus im Emanzipationsstreben des Einzelnen. Eine der bemerkenswertesten Wirkungen dieser Romantrilogie bestand im Entstehen zahlreicher Lesezirkel, die den diskursiven Gestus des Buches als Anleitung für die eigene Praxis aufnahmen.¹⁸ Sie lasen die „Ästhetik des Widerstands“ als kritisches Geschichtsbuch, das ihre Erfahrungen einer Krise der Linken widerspiegelte, aber an der Utopie der Aufklärung ebenso festhielt wie an der Idee des Ineinandergreifens von Kunst und Revolte, das im Aufschwung der Postmoderne und der kommerziellen Kodierung einer „Erlebnisgesellschaft“ in die Defensive geraten war.

Einer der aktivsten Propagandisten der „Ästhetik des Widerstands“ war Wolfgang Fritz Haug, der 1980 die erste „Volksuni“ in West-Berlin ins Leben gerufen hatte, um über die Grenzen der akademischen Institution hinauszugreifen. Ihm schwebte vor, wie er Peter Weiss schrieb, „die Ästhetik des Widerstands in unsere ‚zweite Kultur‘ einzubauen, zu benutzen, sie keinesfalls den Germanisten zu überlassen.“¹⁹ „Zweite Kultur“ oder auch „andere Kultur“, wie es mitunter hieß – damit war eine Alternativkultur gemeint, die einer vermeintlichen „ersten“ Hegemonial-

¹⁷ Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Bd. 3, Frankfurt/M. 1981, S. 48.

¹⁸ Vgl. Martin Rector, Fünfundzwanzig Jahre „Die Ästhetik des Widerstands“. Prolegomena zu einem Forschungsbericht, in: Arnd Beise/Jens Birkmeyer/Michael Hofmann (Hrsg.), Diese bebende kühne zähe Hoffnung. 25 Jahre Peter Weiss’ „Die Ästhetik des Widerstands“, St. Ingbert 2008, S. 13–48, hier: S. 20ff.

¹⁹ W.F. Haug an Peter Weiss, 17.11.1981, AdK, Peter-Weiss-Archiv (PWA), 483.

kultur entgegengestellt wurde. Hier wird erstens deutlich, dass Haug die „Ästhetik“ für die Reflexion und politische Praxis einer nach kultureller Hegemonie strebenden Linken heranziehen wollte. Zweitens sollten dezidiert Arbeiter, „Gewerkschafter“ einbezogen werden, wie er immer wieder postulierte. Haugs Absicht entsprach ganz Peter Weiss' Intention, der sich schon 1977 gegenüber dem Literaturwissenschaftler Klaus Scherpe auf Antonio Gramsci und dessen Ablehnung von „Grenzziehungen zwischen manueller und intellektueller Arbeit“ berufen hatte.^{f20} Das unterstützte Haugs Konzept, das sich ebenfalls auf Gramsci bezog. Inwieweit sich tatsächlich Arbeiter, Gewerkschafter, Betriebsräte über das Mammutwerk beugten, ist damit natürlich noch nicht gesagt.

Unter früheren Maoisten und anderen Angehörigen der „Neuen Linken“ war die Resonanz gemischt. Während einige, politisch gewendet, in der „Ästhetik“ eine Neuauflage kommunistischer Dogmatik erblickten, war sie für andere eine Gelegenheit, frühere Haltungen zu überprüfen, ohne das Ziel einer gerechten Gesellschaft aufzugeben. Ein Leser sah rückblickend zwei Phasen der Bewältigung seiner Loslösung von einer kommunistischen Gruppe: erstens die „radikale Trennung“, „seinen ganzen Hass und seine Wut abzureagieren, um für sich selber einen festeren Stand zu finden“, und zweitens, sich nach einigem Abstand „ein komplexeres Bild von der Sache zu machen“.f21 Für den einige Jahre jüngeren Bertolt, Mitglied einer achtköpfigen Lesegruppe von Studierenden im Grundstudium Germanistik – alle, wie sie bekundeten, „links der DKP“ –, stellte sich die Ausgangslage im selben Jahr, 1986, völlig anders dar. Ihn interessierte, „dass Weiss sich (...) mit der Frage der Resignation auseinandersetzt: der Alternative, Politik zu machen oder zu resignieren“. Aber anders als der vorgenannte Leser sah er das Entscheidende im Insistieren des Autors auf der Hoffnung auf ein besseres Leben. In Bertolts Worten: „Politische Hoffnung aufgeben hieße: verlieren.

Wer diese Hoffnung aufgibt, gibt letztendlich seine Beziehungen zu Gesellschaft und Umwelt auf.“ Auch bei der RAF fand die Trilogie Leser. Der Schriftsteller Christian Geissler berichtete Weiss von einer begeisterten Lektüre „in verschiedenen hochsicherheitstrakten hiesiger knäste“.f22

In der DKP und ihrem Umfeld stieß der Roman auf großes Interesse, allerdings vornehmlich unter Protagonisten der bald darauf entstehenden „Erneuerer“-Strömung, die den dogmatischen Kurs der Parteiführung attackierte und auf eine Revision des kommunistischen Geschichtsbildes drängte. Michael Ben, der bald darauf wegen Herausgabe der oppositionellen Zeitschrift „Düsseldorfer Debatte“ aus der DKP ausgeschlossen wurde, erklärte 1982, dieser Roman funktionierte „im Gebrauch“. Er „verweigert sich Dogmatikern der Halbheit, den Kämpfern *reiner* Politik und mehr noch Literaturbetrieblern, die sich mit den Maßstäben für liberalen Zwergwuchs anschleichen, um dem Kommunisten und Künstler abwechselnd das eine oder andere wegzustutzen“.f23 1987, im eskalierenden innerparteilichen Konflikt, kritisierte der Schriftsteller Erasmus Schöfer unter Berufung auf Weiss' Insistieren auf „Wahrhaftigkeit“ das Schweigen der DKP zu „Fehlentwicklungen“ in den sozialistischen Ländern.f24

Deutlich wird: In vielen Fraktionen der Linken hat es eine intensive Rezeption der „Ästhetik des Widerstands“ gegeben, die ausgelöst wurde und überformt war von der Krise des Linksradikalismus seit den späten 1970er Jahren, einem vermeintlichen „Ende der Ideologien“ und insbesondere einem gewachsenen Geschichtsbewusstsein, das den großen Meistererzählungen misstraute und stattdessen an alternativen Perspektiven „von unten“ interessiert war. Gleichzeitig wollten diejenigen, die sich so intensiv mit „der Ästhetik“ identifizierten, auch weiterhin am sozialistischen Projekt festhalten, allerdings in einer demokratisierten Form. Doch zu einer „Instandbesetzung des Sozialismus“, wie

f20 Peter Weiss an Klaus Scherpe, 2.7.1977, AdK, PWA 971.

f21 Gespräch mit Friedrich Timme, in: Günter Dunz-Wolff/Hannes Goebel/Jochen Stüsser (Hrsg.), Lesergepräche. Erfahrungen mit Peter Weiss' Roman *Die Ästhetik des Widerstands*, Hamburg 1988, S. 157–163, hier: S. 163.

f22 Christian Geissler an Peter Weiss, 10.3.1982, AdK, PWA, 387 (Kleinschreibung im Original).

f23 Michael Ben, Lenins Affe und Verschiedenes, in: *Literatur konkret*, 9 (1982/83), S. 29 f.

f24 Vgl. Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), *Herausforderung Peter Weiss*, Wuppertal 1987, S. 81.

Klaus Scherpe es formulierte, kam es nicht.¹⁵ Es folgte keine Erneuerung, sondern der Zerfall des „real existierenden“ Sozialismus.

Fazit

In der Krise der Linken der 1980er Jahre wurde versucht, zentrale Elemente des eigenen Welt- und Politikverständnisses zu retten – teils durch den Kampf gegen die Delegitimierung von Begriffen und Konzepten wie etwa Freuds Kategorie des „Triebes“, teils durch Umdeutung vormals abgelehnter Erscheinungen wie der Popmusik. Es ging darum, Wege einer Erneuerung zu suchen, die die revolutionäre Intention nicht verabschiedete, sondern die Aufrechterhaltung eines rebellischen Habitus ermöglichte – entweder durch ein Insistieren auf „linken“ Konzepten oder durch Neubewertung aktueller Erscheinungen.

Schon vor Michail Gorbatschow und lange vor der „Wende“ in der DDR zeichnete sich hier ein Neuformierungsprozess ab, der nicht nur im Politischen sichtbar wurde – dem Kampf gegensätzlicher Linien bei den Grünen und der DKP etwa –, sondern sehr markant im Feld der Kultur, das seit den 1960er Jahren bevorzugt zum Ort des Kampfes um Hegemonie geworden war. Mit Erneuerung war gleichzeitig ein Streit um die Legitimität „alter“ wie „neuer“ Positionen verbunden. Nach wie vor aber hielten die Protagonisten einer Erneuerung am Ziel des kritischen Bewusstseins und der sozialistischen Perspektive fest – nun allerdings gewendet auch gegen traditionelle linke Positionen. Der Impuls des Aufräumens wurde noch verstärkt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, als Gorbatschow „Glasnost“ und „Perestroika“ zu Leitlinien sowjetischer Politik erhob. Das Ende war ambivalent: der Sozialismus delegitimiert, der „Trieb“ Begründung kommerzialisierter Sexualität, die Popmusik Medium der verschiedensten politischen Richtungen. Das Vorhaben, in der Sphäre der Kultur eine linke Hegemonie zu begründen, war jedenfalls gescheitert.

¹⁵ Zit. nach: Wolfgang Fritz Haug, Die „Ästhetik des Widerstands“ lesen, in: Kürbiskern, (1982) 2, S. 107–113, hier: S. 109.

Axel Schildt

Die Renaissance der Nationalen Frage in den 1980er Jahren

Im letzten Jahrzehnt der Bonner Republik hatten sich die Westdeutschen an die Zweistaatlichkeit gewöhnt. Das „Provisorium“ war für sie längst keines mehr. Der von dem Politikwissenschaftler Dolf Sternberger ins Spiel gebrachte und von Jürgen Habermas übernommene Begriff des „Verfassungspatriotismus“¹ etablierte sich in der politischen Kultur der 1980er Jahre. Die sogenannte Nationale Frage schien in der Perspektive „normaler“ Staatlichkeit im Rahmen westeuropäischer Integration aufgehoben zu sein.²

Axel Schildt

Dr. phil., geb. 1951; Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Arbeitsbereich Deutsche Geschichte, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg. schildt@zeitgeschichte-hamburg.de

Vor dem Hintergrund einer postnationalen Gesellschaft, so das allgemeine Narrativ, konnten die dramatischen Ereignisse 1989/90 nur als „unverhoffte Einheit“³ in einem historischen Augenblick erscheinen, in dem sich die Öffentlichkeit bereits damit abgefunden hatte, dass die deutsche Einheit auf absehbare Zeit nicht stattfinden würde. Für eine Erosion

¹ Vgl. Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 5. 1979; Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: Die Zeit vom 11. 7. 1986; Florian Roth, Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990), Baden-Baden 1995, S. 294 ff.; Jan-Werner Müller, Verfassungspatriotismus, Berlin 2010.

² Vgl. Werner Weidenfeld, Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven, in: ders. (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 13–49; F. Roth (Anm. 1), S. 194 ff.; Karl-Ernst Jeismann (Hrsg.), Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die deutsche Frage im historisch-politischen Bewußtsein, Frankfurt/M.–New York 1988.

³ Konrad H. Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt/M. 1995.

des gesamtdeutschen Bewusstseins sprachen nicht zuletzt empirische Befunde. 1953 hatten 17 Prozent der Bundesbürger Verwandte ersten Grades in der DDR, 1982 waren es noch 8 Prozent. Die westdeutsche Bevölkerung war überwiegend zufrieden mit der Politik einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der DDR bei normativer Abgrenzung, der Kombination von Festhalten an Rechtspositionen und protokollarischer Auflockerung.^{f4}

Wer erwartet hatte, dass der Regierungswechsel von der sozial- zur christliberalen Koalition in dieser Hinsicht einen Unterschied machen würde oder zumindest neue Töne angeschlagen werden könnten, sah sich getäuscht. Das Postulat der Wiedervereinigung wurde mit der gemeinsamen Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden als „Koalition der Vernunft“ beschworen.^{f5} Die von vielen als peinlich empfundenen Parolen der Vertriebenenverbände – etwa „Schlesien bleibt unser“ – führten zwar zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und in der Union selbst,^{f6} konnten den Prozess der „Normalisierung“ der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aber nicht grundlegend stören.

Während die filigranen Verästelungen der Bonner Deutschlandpolitik hinreichend dokumentiert und analysiert worden sind, ist heute weithin vergessen, dass in den 1980er Jahren mit einiger Verwunderung eine „Renaissance der Deutschen Frage“^{f7} registriert wurde. Die Konjunktur des Nationalen, die in der Erinnerung gemeinhin mit dem Einigungsprozess 1989/90 verbunden wird, setzte bereits 1978/79 ein und ging in den frühen 1990er Jahren, nach vollzogener Einheit, bald wieder zurück.^{f8}

^{f4} Vgl. Manuela Glaab, Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Opladen 1999.

^{f5} Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.

^{f6} Vgl. Matthias Zimmer, Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989, Paderborn 1992, S. 128 ff.

^{f7} Jürgen C. Heß, Westdeutsche Suche nach nationaler Identität, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die Deutsche Frage in der Weltpolitik, Stuttgart 1986, S. 9–50, hier: S. 9.

^{f8} Die Zäsur 1978 betont Günther R. Mittler, Geschichte im Schatten der Mauer. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche Frage 1961–1989, Paderborn 2012, S. 182 ff.

Dabei handelte es sich zwar in erster Linie um einen Diskurs unter bildungsbürgerlichen Eliten. Aber festzustellen, dass die Nationale Frage weniger die allgemeine Bevölkerung als die Intellektuellen und ihre Medien umtrieb, mindert nicht ihre Bedeutung, gilt diese Diskrepanz doch für nahezu jeden öffentlichen Diskurs um allgemeine politische Themen. Und sicherlich diente die Nationale Frage auch als Projektionsfläche, als „Abladeplatz des kulturkritischen Unbehagens an der Bundesrepublik, mit der unermüdlich gesuchten Identität als Angelpunkt“.^{f9} Aber auch darin erschöpfte sich ihre Bedeutung nicht.

Im Fall der Wiederbelebung des Nationalen handelte es sich vor allem um den Versuch unter jüngeren Akademikern, im Bildungsbereich und in den Medien – der Schock von 1968 lag nur ein Jahrzehnt zurück –, ein alternatives Angebot für die Suche nach „Identität“ zu liefern. Insofern blieb die Wiederbelebung des Nationalen nicht in der Sphäre elitärer Selbstverständigung, mit den öffentlich vertretenen Positionen wurde um politisches Terrain gekämpft.

Im Folgenden werden Grundlinien der Diskussion des Nationalen auf der rechten beziehungsweise konservativen und auf der linken Seite des politischen Spektrums skizziert; daran schließen sich knappe Anmerkungen zu Einflüssen der Debatte auf die DDR an.

Nationale Frage auf der rechten Seite

Die traditionelle Verbindung von konservativer Politik und Nationalismus, zuletzt in der Koalition von Deutschnationalen und Nationalsozialisten, hatte nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Bestand mehr. Nun stilisierten sich Sozialdemokraten – und auch die Kommunisten – als Sprecher der nationalen Belange, während die meisten Konservativen in der Ära Adenauer aus realpolitischer Einsicht dem Kurs der Westintegration folgten, der die deutsche „Einheit in Freiheit“ nur als

^{f9} Hermann Rudolph, Deutsche Frage – deutsche Einheit. Die Deutschen und ihr wiedergewonnener Nationalstaat, in: Andreas Rödter/Thomas Hertfelder (Hrsg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 121–138, hier: S. 132.

ferne Zukunft vorstellen ließ. Auch in den 1980er Jahren stand die Nationale Frage nicht im Zentrum der Unionspolitik und nicht einmal der rechten „Denkfabriken“ am Rande und außerhalb der Union.¹⁰

Das Nationale wurde von den meisten Konservativen nur noch als notwendiges Element für ein „funktionales Staatsverständnis“ charakterisiert, das nicht ignoriert werden dürfe. „Wer das Thema der deutschen Identität politisch besetzt, ist einen großen Schritt im Kampf um die Macht vorgekommen“, schrieb Werner Weidenfeld, ein politischer Berater des Kanzlers Helmut Kohl.¹¹ Vor diesem Hintergrund diente die Polemik gegen „vaterlandslose“ Intellektuelle auf der Linken der Integration heterogener Positionen. In scharfem Ton wurden die realpolitisch-postnationalen Stellungnahmen der Historiker Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler und Hans Mommsen kritisiert, die sich gegen die Wiedererweckung der „Leiche“ des Bismarck-Reiches gewandt und damit insgesamt den Nationalstaat verabschiedet hätten. Im Januar 1981 wurde ein Interview mit dem Publizisten Günter Gaus, in dem dieser vorgeschlagen hatte, im innerdeutschen Dialog auf den „Begriff der Nation“ zu verzichten, von der Bonner Opposition zum Skandal erklärt.¹² Aber zugleich war nicht zu übersehen, dass eben auch viele Konservative in postnationalen Mustern dachten. Insofern bezog sich die Kritik zum Beispiel auch auf den Historiker und Publizisten Michael Stürmer, der davon ausging, dass in der deutschen Vergangenheit das „nationale Potenzial“ verspielt worden sei und nun die Verteidigung der westlichen Freiheit als die Raison der Bundesrepublik zu gelten habe.¹³

¹⁰ Vgl. Claus Leggewie, *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin 1987.

¹¹ Werner Weidenfeld, *Ratlose Normalität. Die Deutschen auf der Suche nach sich selbst*, Osnabrück–Zürich 1984, S. 40.

¹² Gaus gab das Interview kurz vor seinem Ausscheiden als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Vgl. Carl-Christian Kaiser/Hermann Rudolph/Theo Sommer, *Die Elbe – ein deutscher Strom nicht Deutschlands Grenze*. Interview mit Günter Gaus, in: *Die Zeit* vom 30. 1. 1981; zur publizistischen Reaktion vgl. F. Roth (Anm. 1), S. 184ff.

¹³ Vgl. Michael Stürmer, *Nation und Demokratie*. Zur Substanz des deutschen Nationalbewusstseins, in: *Die Politische Meinung*, 32 (1987), S. 15–27.

Dass die Bundesrepublik nicht als Teil, sondern als Kern Deutschlands anzusehen war, war aber längst im alltäglichen Bewusstsein ihrer Bürgerinnen und Bürger verankert, wenn etwa bei Sportwettkämpfen „Deutschland gegen die DDR“ antrat. Die bizarre Kampagne gegen die – vermeintliche – Herabwürdigung der Bundesrepublik als „BRD“ versinnbildlicht den Schwebzustand zwischen einer nationalen und einer spezifisch westdeutschen Position.¹⁴ Während in zahlreichen Beiträgen vor einer Rückkehr zu altem nationalstaatlichem Denken gewarnt wurde, blieb die Stärkung „nationaler Identität“, etwa im sogenannten Historikerstreit,¹⁵ ein wichtiges Anliegen der konservativen Seite, die kritisierte, dass die Bundesrepublik wegen ihrer NS-Vergangenheit „machtvergesen“ auf der internationalen Bühne auftrete.

Als gefährlich galten den meisten konservativen Publizisten allerdings als „nationalrevolutionär“ etikettierte Bewegungen, weil sie mit ihrer Flucht vor der Realität die „binnenstaatliche Integration in der Bundesrepublik“ schwächen würden.¹⁶ Gemeint waren Kräfte, die sich auf Traditionen der Konservativen Revolution der Zwischenkriegszeit bezogen und einen „Befreiungsnationalismus“ propagierten, der sich ebenso gegen den sowjetischen Imperialismus wie gegen die westliche Moderne und die „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik wandte. Hervorgehoben wurde, dass es keine Idee über der Idee der Nation gebe – eine markante Negation völkerrechtlicher Bindungen, wie sie die Neue Ostpolitik, der auch die christlich-liberale Koalition folgte, eingegangen war.

Diese Position, wie sie etwa der Bochumer Politikwissenschaftler Bernard Willms in seinen Schriften propagierte,¹⁷ bildete das

¹⁴ Vgl. „Wer BRD sagt, richtet Unheil an“, in: *Der Spiegel* vom 25. 9. 1978, S. 36–44; Helmut Berschin, *Deutschland – ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache*, München–Wien 1979, S. 74ff.

¹⁵ Vgl. F. Roth (Anm. 1), S. 254ff.

¹⁶ Peter R. Hofstätter, *Aus dem Provisorium heraus. Probleme sozialer und politischer Identität in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), *Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen*, Mainz 1984, S. 147–188, hier: S. 159.

¹⁷ Vgl. Bernard Willms, *Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend*, Tübingen 1986.

Leitmotiv für ein publizistisches Verlagsumfeld und einen Kreis von Autoren, der sich als rechtsnationalistische Strömung identifizieren lässt, wenngleich manche Vertreter sich dort nicht verorten lassen wollten. Dies gilt etwa für Wolfgang Venohr, Journalist bei „Stern-TV“, der 1985 den Sammelband „Ohne Deutschland geht es nicht“ veröffentlichte, in dem außer ihm selbst der Historiker Hellmut Diwald, der Publizist Wolf Schenke und der aus der DDR in die Bundesrepublik gewechselte Wolfgang Seiffert schrieben, herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung kultur- und sozialwissenschaftlicher Publizistik und Bildung im Sinus Verlag.¹⁸ Garniert mit krassen anti-amerikanischen Ausfällen gegen Umerziehung und Besatzer, präsentierte Venohr einen Stufenplan, der über eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zur Wiedervereinigung führen sollte – andernfalls werde Deutschland in einem von den Supermächten geführten dritten Weltkrieg ausgelöscht. Solche Ideen hatten in der Friedensbewegung durchaus Resonanz; dort schien sich geradezu eine Zwillingsgeburt von „neuem Patriotismus von links und Neo-Nationalismus von rechts“ zu vollziehen.¹⁹

Der Nationalismus hatte aber auch eine ästhetisch-kriegerische, nicht direkt mit der politischen Programmatik verbundene Dimension, nämlich den intellektuellen Ekel vor der außenpolitischen Regierungsroutine und pazifistischen Grundstimmung in der Bevölkerung. Im gleichen Jahr, 1982, als Ernst Jünger den Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main erhielt, rechnete sein Anhänger Karl Heinz Bohrer, der neue Herausgeber der Zeitschrift „Merkur“, mit der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik ab. Im Falkland-Krieg der Engländer erblickte er auf britischer Seite „Ehre, Gerechtigkeit und Patriotismus“, während westdeutsche Interpreten in dieser „Noblesse“ nur eine „Obszönität“ sehen könnten. Die „Friedensmentalität“, „Freizeitmentalität“ und „Händlergesinnung“,

¹⁸ Vgl. Wolfgang Venohr (Hrsg.), *Ohne Deutschland geht es nicht*. Acht Essays von sieben Autoren zur Lage der deutschen Nation, Krefeld 1985; im gleichen Verlag erschien zuvor ein Sammelband, in dem Beiträge von Autoren der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticón“ erschienen: Armin Mohler/Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), *Deutsche Identität*, Krefeld 1982.

¹⁹ F. Roth (Anm. 1), S. 219.

eine terminologische Anleihe Bohrers bei den „Ideen von 1914“, seien nicht in der Lage, ein solides „Staatsbewußtsein“ zu schaffen.²⁰

Nationale Frage von links

Auch auf der linken Seite des publizistischen Spektrums wurde seit dem Ende der 1970er Jahre wieder intensiv über die Nationale Frage diskutiert. Der von Jürgen Habermas herausgegebene, tausendste (Doppel-)Band der angesehenen Edition Suhrkamp präsentierte im ersten Abschnitt „Die nationale Frage, wiederaufgelegt“.²¹ Die Aufmerksamkeit der Feuilletons erhielt vor allem der Essay des Schriftstellers Martin Walser, der zur Gruppe 47 gehört und sich dann im kulturellen Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) politisch geäußert hatte. Walser beklagte, dass er unfähig sei, „nur als Bewohner der BRD zu denken und zu empfinden“. Und noch weniger könne er sich „die DDR zu eigen machen“. Seine Schlussfrage lautete: „Warum akzeptieren wir eine Teilung wie ein Naturgesetz, obwohl wir einsehen könnten, daß sie aus ganz und gar zeitlichen Bedingungen entstand?“²² Wie diffus und gefühlbestimmt auch immer, mit diesem Beitrag lag das Interesse an nationaler Einheit auch auf der linken Seite auf dem Tisch.

Ein breites Spektrum von Beiträgen, 18 Texte von 1978 bis 1980, dokumentierte ein Band des Rowohlt-Verlages (rororo-aktuell) – von Wolf Biermann und Peter Brückner bis zu Rudi Dutschke und Egon Bahr. Auch der „Befreiungsnationalist“ Henning Eichberg fand Aufnahme.²³ Er hatte bereits in den 1970er Jahren eine „Nationalrevolutionäre Aufbau-

²⁰ Zit. nach: Eberhard Rathgeb, *Die engagierte Nation. Deutsche Debatten 1945–2005*, München–Wien 2005, S. 299ff.

²¹ Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, S. 37ff.; der gesamte erste Band stand unter dem Titel „Nation und Republik“.

²² Martin Walser, *Händedruck mit Gespenstern*, in: ebd., S. 39–50, hier: S. 44, S. 48, S. 49.

²³ Vgl. Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), *Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945*, Reinbek 1981; Manuel Seitenbecher, „Wenn die Nationalisten vom revolutionären Mai sprechen, sagen sie: ‚wir‘“ – Henning Eichbergs Weg von der Rechten zur Linken über die 68er-Bewegung, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 25 (2013), S. 79–93.

organisation – Sache des Volkes“ gegründet und sah sich in der Tradition der Studentenbewegung, die er als national deutete.

Dass einige der Protagonisten der Revolte von 1968, darunter Bernd Rabehl, Horst Mahler und Reinhold Oberlercher, sich später nach rechtsaußen wandten, ist intensiv diskutiert worden; Rudi Dutschke, der eine weit fortgeschrittene „Amerikanisierung und Russifizierung“ konstatierte und das fehlende „nationale Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse“^{F24} beklagte, gilt in dieser Sicht als Nationalrevolutionär.^{F25} Tilman Fichter, ein Funktionär des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und später Propagandist der Nationalen Frage in der SPD, argumentierte, dass der Sozialismus ohne eine Wiedervereinigung in Deutschland keine Chance mehr hätte.^{F26}

Der Traum von einem sozialistischen Gesamtdeutschland blieb vage von revolutionierten Massen bestimmt, die über die Bürokraten und Verwalter von Supermachtinteressen hinweg die nationale Einheit herstellen würden. In diesem Denken begegneten sich nationalistische Züge, wie sie im Kampf einiger maoistischer Gruppen gegen den „Sowjetimperialismus“ als „Hauptfeind“ zum Ausdruck kamen,^{F27} mit nationalrevolutionären Konzepten auf der rechtsradikalen Seite.

Auf der linken Seite ergab sich eine ähnliche Konstellation wie auf der rechten. Der Betonung der Nationalen Frage stellten sich umgehend Kritiker entgegen, zum einen aus dem linkssozialistischen und sozialdemokratischen Umfeld. Arno Klönne, führend im Sozialistischen Büro, wies darauf hin, dass der Begriff des Nationalen „von rechts her besetzt“ sei und die „deutsche ‚National‘-

^{F24} Rudi Dutschke, Die Deutschen und der Sozialismus, in: Das da, (1977) 7, zit. nach: P. Brandt/H. Ammon (Anm. 23), S. 334.

^{F25} Vgl. Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links, Essen 2011; Matthias Stangel, Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden-Baden 2013, S. 364 ff.

^{F26} Vgl. Tilman Fichter, Die Russen kommen, in: Langer Marsch vom 7.12.1978, zit. nach: P. Brandt/H. Ammon (Anm. 23), S. 354 f.

^{F27} Vgl. M. Stangel (Anm. 25), S. 511 ff.

Entwicklung (...) nicht nachträglich nach links hin umgedreht werden“ könne. Eher sei festzustellen, dass rechte und „linke“ Nationalisten sehr ähnliche politische Denkmuster vertreten würden, die Überhöhung eines imaginären Volkes und die Abwertung repräsentativer Demokratie. Die Trennung des ehemaligen Deutschen Reiches könne nicht rückgängig gemacht werden. „Den Nachbarländern fällt es schwer genug, zwei solcher Nachfolgestaaten zu verkraften, würde wieder einer daraus, wär’s zuviel für sie.“^{F28}

Der Staatsrechtler und ehemalige Bundesminister Horst Ehmke hatte bereits im Habermas-Band darauf hingewiesen, dass überhaupt erst die Neue Ostpolitik die deutsch-deutschen Beziehungen erträglich gemacht habe. Das Gegenkonzept, auch auf der konservativen Seite von nicht wenigen akklamiert, hieß „Kulturnation“. Das gemeinsame kulturelle Erbe zu pflegen und den Austausch in der Gegenwart zu intensivieren, sollte langfristig eine Annäherung bewirken. Man müsse in diesem Zusammenhang keineswegs die „Rede vom Vaterland“ scheuen, so der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, soweit „wir sie vom Rausch fernhalten“.^{F29}

Die sogenannte Nebenaußenpolitik der SPD unter Brandt in den 1980er Jahren erweiterte die Parteikontakte mit der SED; das allein ein europäischer Entspannungsprozess eine langfristige Perspektive der Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen bewirken könnte, wurde dabei immer wieder herausgestellt. Vor diesem Hintergrund ist die große Zurückhaltung zu verstehen, mit oppositionellen Kräften in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR enge Kontakte zu unterhalten, weil dies den Entspannungsprozess unterminiert hätte. Brandt forderte: „Die fruchtlose Diskussion, wie offen wohl die Deutsche Frage sei, sollte beendet werden. Sie bringt nichts.“^{F30} Taktischer Höhe-

^{F28} Arno Klönne, Vorsicht, nationale Sozialisten, in: Das da – Avanti, (1978) 11, zit. nach: P. Brandt/H. Ammon (Anm. 23), S. 352 f.; vgl. ausführlich ders., Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen, Köln 1984.

^{F29} Willy Brandt, Deutscher Patriotismus, in: Der Spiegel vom 1.2.1982, S. 43.

^{F30} Ders., Die Chancen der Geschichte suchen (1984), in: ders., Berliner Ausgabe, Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, Bonn 2009, S. 188–203, hier: S. 200.

punkt der Zusammenbeitspolitik war das von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED und der Grundwertekommission der SPD im Sommer 1987 veröffentlichte Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, in dem dem jeweils anderen System Reformfähigkeit attestiert und festgehalten wurde, man wolle sich nicht gegenseitig die „Existenzberechtigung“ absprechen.

Einflüsse der Diskussion um die Nationale Frage in der DDR

Das von Konservativen, aber auch in der SPD angefeindete Papier wurde vereinbarungsgemäß auch im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, veröffentlicht und beförderte in der DDR die wachsende Kritik am „realsozialistischen“ System,^{f1} konnte man sich doch jetzt auf einen von diesem selbst autorisierten Text beziehen.

Mit der wachsenden Intensität des Kulturaustausches auf der Basis des Annäherungsprozesses im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE-Prozess) seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hatten sich westliche Einflüsse auf die DDR-Intellektuellen generell erhöht. Der oppositionellen Tradition – von Alfred Kantorowicz bis zu den Schülern von Ernst Bloch – folgend, neigten die wenigen Dissidenten zu neutralistischen Ideen, einer Herstellung der nationalen Einheit als Herauslösung aus den internationalen Machtblöcken;^{f2} eine Wiedervereinigung als simplen Anschluss an die Bundesrepublik stellte sich niemand vor, wollte sich auch niemand vorstellen. Das galt auch für das vom „Spiegel“ 1978 veröffentlichte dubiose Manifest eines „Bundes Demokratischer Kommunisten in der DDR“, in dem eine „offensive nationale Politik“ gefordert wurde, die Herstellung der deutschen Einheit durch den Aufbau vielfältiger Kooperationsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie der „Abzug

aller fremden Truppen im Gefolge der Entspannung, Austritt aus den Militärpakten, Friedensverträge in beiden deutschen Staaten, Neutralitätsgarantie durch den Sicherheitsrat der UN“.^{f3}

Um 1980 war die Nation auch in der DDR-Propaganda wieder allgegenwärtig. Der zeitgenössische Preußen-Hype war ein gesamtdeutsches Phänomen. Ausdrücklich wurde von der SED dekretiert, dass man sich die gesamte deutsche Geschichte aneignen müsse. Die Rückseite davon war die Thematisierung der Nationalen Frage in dissidentischen Kreisen. Das Unbehagen an der Zweistaatlichkeit wurde ebenso wie in der Bundesrepublik literarisch verarbeitet, Wolf Biermanns „Preußischer Ikarus“ kann durchaus in einem Zusammenhang mit Martin Walsers Bekenntnissen gesehen werden.

Bis zum Beginn der 1980er Jahre hatte sich das Kommunikationsnetz zwischen Intellektuellen beider Staaten weiter verdichtet.^{f4} Von der DDR-Führung nicht nur geduldet, sondern begrüßt wurden die deutsch-deutschen Schriftstellertreffen im Rahmen der Friedensbewegung, die sich als entscheidendes Medium für gesamtdeutsche Diskussionen über die Nationale Frage erwiesen. Den meisten Oppositionellen ging es allerdings vorrangig um die Einhaltung von Menschenrechten, um Verbesserungen der Lebensverhältnisse und um demokratische Reformen in der DDR,^{f5} wie dies eindrucksvoll noch auf der Massenkundgebung am 4. November 1989 in Ost-Berlin zum Ausdruck kam. Der Aufruf „Für unser Land“, unterzeichnet von 31 kritischen Intellektuellen und politischen Oppositionellen der DDR, darunter Christa Wolf, Stefan Heym, Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß, Ulrike Poppe und Sebastian

^{f3} Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten in der DDR, in Auszügen dokumentiert in: P. Brandt/H. Ammon (Anm. 23), S. 342–345.

^{f4} Vgl. Roland Berbig (Hrsg.), *Stille Post. Inoffizielle Schriftstellerkontakte zwischen West und Ost*, Von Christa Wolf über Günter Grass bis Wolf Biermann, Berlin 2005.

^{f5} Vgl. Rainer Eckert, *Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution: Widerstand, Opposition und Dissidenz in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, in: Oliver Bange/Bernd Lemke (Hrsg.), *Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*, München 2013, S. 245–263, hier: S. 253.

^{f1} Vgl. H. Potthoff (Anm. 5), S. 51 ff.

^{f2} Vgl. Dominik Geppert, *Auf dem Dritten Weg zu einem sozialistischen Gesamtdeutschland: Revisionistische Opposition und nationale Frage in der DDR*, in: ders./Udo Wengst (Hrsg.), *Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt*, München 2005, S. 79–95, hier: S. 92 f.

Pflugbeil, gewann in den beiden Wochen seit der Veröffentlichung am 28. November 1989 weitere 200 000 Unterschriften, die sich damit für eine „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ aussprachen.¹⁶

Erst in den letzten Wochen jenes Jahres erfolgte der dramatische Wandel der Oppositionsbewegung auf den Straßen, als aus der Parole „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“ hervorging. Zugleich wurde „Deutschland einig Vaterland“ skandiert, eine Verszeile der DDR-Nationalhymne von Johannes R. Becher, die freilich seit den 1970er Jahren nur noch instrumental präsentiert werden durfte. Es ist zwar bis heute nicht geklärt, wie dieser Parolenwechsel genau zustande kam und welche Rolle dabei Aktivisten aus Westdeutschland spielten. Aber das ist weniger erheblich als die Frage, welche Bedeutung die damit konnotierten nationalen Bezüge hatten. Vieles deutet darauf hin, dass die Teile der ostdeutschen Bevölkerung, die sich in diesen Demonstrationen artikulierten, einen Ausweg aus der letalen Krise der DDR, vor allem wirtschaftlich, nur in einer Vereinigung mit der Bundesrepublik sahen. Aber das spricht nicht für eine besondere Eindringtiefe nationalistischer Ideologie, sondern eher für eine nachvollziehbare rationale Entscheidung der Menschen.

Nach der Wiedervereinigung hielt sich die nationale Hochstimmung nicht sehr lange. Im Westen erinnerten sich Intellektuelle wehmütig an die „alte Bundesrepublik“,¹⁷ und in Ostdeutschland breitete sich zeitweise eine „Ostalgie“ aus, die sich zwar nicht auf das politische Regime der DDR, aber auf verlorene soziale und kulturelle Zusammenhänge bezog. Die schneidigen Töne von einer nationalen „Berliner Republik“ verklangen in der rasanten lebensweltlichen Veränderung des neuen globalen Zeitalters sehr rasch.

¹⁶ Zit. nach: Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer Revolution, Hamburg 1990, S. 240 f. Vgl. Andreas H. Apelt, Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90, Berlin 2009; Eckhard Jesse, Das Ende der DDR, in: APuZ, (2015) 33–34, S. 18–25.

¹⁷ Vgl. Otthein Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD adel! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern, Frankfurt/M. 1992.

Magdalena Beljan

Aids-Geschichte als Gefühlsgeschichte

Im Sommer 1981 berichtete die US-amerikanische Gesundheitsbehörde von einer mysteriösen Krankheit. Fünf junge Männer, die kerngesund schienen, litten plötzlich an einer Kombination von schwerer Pilzinfektion und Lungenentzündung – zwei von ihnen starben. Und immer mehr Menschen vor allem in Großstädten wie New

Magdalena Beljan

Dr., geb. 1981; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Forschungsbereich „Geschichte der Gefühle“, Lentzeallee 94, 14195 Berlin. beljan@mpib-berlin.mpg.de

York und San Francisco erkrankten. Die Ursache war unbekannt. Auffällig waren die dunklen Flecken auf der Haut der Betroffenen, das Kaposi-Syndrom, und die Tatsache, dass die meisten der Betroffenen jung und schwul waren. In der US-amerikanischen Presse geisterte bald die Bezeichnung „Gay-Related Immune Deficiency“ umher. Aber zunehmend, wenn auch weniger stark, waren auch Menschen betroffen, die nicht in das Muster passten. 1982 schlugen Ärzte schließlich den Namen vor, unter dem die Krankheit dann berühmt werden sollte: „AIDS“ – als Abkürzung für „Acquired Immune Deficiency Syndrome“, übersetzt: „erworbene Immunschwäche“. Im selben Jahr wurden die ersten Fälle in der Bundesrepublik beobachtet, ebenso vor allem bei schwulen Männern in Großstädten. „Der Spiegel“ berichtete über den damals noch namenlosen „Schreck von drüben“: „Eine Reihe geheimnisvoller, nicht selten tödlicher Krankheiten sucht Amerikas Homosexuelle heim. Jetzt wurden erste Fälle in Europa beobachtet.“¹ Mehr als 130 Tote habe es inzwischen in den USA gegeben, 200 weitere seien erkrankt. Zehntausende hätten sich vermutlich schon infiziert.

¹ Schreck von drüben, in: Der Spiegel vom 31. 5. 1982, S. 187ff., hier: S. 187.

Der Artikel stellte nur den ersten Anstoß zu einer wahren Flut an Medienberichten über Aids dar. Kaum eine andere Krankheit war in den 1980er Jahren in den Medien der westlichen Industrienationen so präsent. Noch heute ist pauschal von der damaligen „Aids-Angst“ die Rede. Angst nahm und nimmt in der Geschichten von Aids eine wichtige Rolle ein. Statt jedoch davon auszugehen, dass jeder Angst vor dieser Krankheit hatte, ist es aufschlussreicher zu schauen, wann von wem Angst wovor artikuliert wurde, oder allgemeiner formuliert: in welchem Kontext und zu welchem Zweck über Gefühle gesprochen wurde. Problematisch ist bei dieser Erzählung einer allgemeinen „Aids-Hysterie“, dass davon ausgegangen wird, der Umgang mit Aids sei in den ersten Jahren hochemotional und irrational gewesen, die zunehmende rationale Verwaltung des Risikos habe aber den Umgang mit der Krankheit „entemotionalisiert“. Bei genauerem Blick auf die Gefühlsgeschichte von Aids lässt sich sagen, dass es ein Kurzschluss ist, zu denken, dass Emotionen immer weniger eine Rolle gespielt hätten, je stärker die (staatliche) Politik auf Aids und die damit verbundenen Probleme reagierte.

Dagegen spricht zum Beispiel, dass in vielen frühen Presseberichten über Aids gerade die Abwesenheit von Angst ein großes Thema war: Menschen, die keine Angst vor Aids zu haben schienen, wurde ein irrationales und riskantes Verhalten unterstellt. In späteren Berichten wiederum, in denen Betroffene selbst zu Wort kamen, stand vielmehr die Angst vor einer gesellschaftlichen Stigmatisierung und Ausgrenzung im Vordergrund (Dies werde ich vor allem am Beispiel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ verdeutlichen).

Auch für die Mobilisierung und Institutionalisierung von Einrichtungen wie der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) war weniger Angst ein Thema als vielmehr Gefühle wie Trauer, Wut und Verzweiflung. Nicht nur die Betreuung von Erkrankten und Infizierten und ihre Gefühle, sondern auch die der Mitarbeiter gehörten zu den Aufgaben der Aids-Hilfen. So war es für diese wichtig, den „richtigen“ Umgang mit der Trauer über den Tod von Betroffenen zu finden.

Emotionen waren aber ebenso ein wichtiges Element staatlicher Aids-Politik. So wurde das „Betroffenheitsnarrativ“ immer wichti-

ger und zum tragenden Baustein. Kampagnen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die ab 1987 starteten, setzten ebenso wie die DAH von Anfang an nicht auf Schockeffekte oder die Erzeugung von Angst vor einer Erkrankung, sondern darauf, dass jeder sich von dem Risiko einer Infektion betroffen fühlen sollte, um sich und andere davor zu schützen.

„Aids-Angst“ in den Medien

Glaut man Zeitungen, Zeitschriften, aber auch Ratgebern der 1980er Jahre, so lebte eine ganze Nation in Angst und Schrecken: „Tödliche Seuche AIDS. Die rätselhafte Krankheit“, „Die Bombe ist gelegt“, „AIDS und unsere Angst“, „Wege aus der Angst“, „Wenn es dich trifft, stirbst du.“¹ Und auch in Geschichtsbüchern ist von einer „AIDS-Hysterie“² oder weniger dramatisch von einer „Aids-Angst“ zu lesen, die nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen westlichen Ländern geherrscht habe. Repräsentative Umfragen oder Untersuchungen, die das bestätigen oder widerlegen könnten, gab es in Deutschland aber erst ab 1987.³ Und auch diese zeichneten ein ambivalenteres Bild als das einer verschreckten Nation.

Ganz offensichtlich ist jedoch, dass sich vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Zeitungen und Zeitschriften in der Berichterstattung über Aids überschlugen. Vor allem in den ersten Jahren, als noch relativ wenig über die Übertragungswege und die Ursache der Erkrankung bekannt war, wurde Aids als Seuche und damit als massive Gefahr beschrieben. Auch wenn bereits 1983 das HI-Virus, das „Humane Immundefizienz-Virus“, entdeckt und als Ursache auffindig gemacht wurde: Die heute geläufige Unterscheidung zwischen Infektion und Er-

¹ Dies ist nur eine Auswahl an Titeln aus den Jahren 1983 bis 1987.

² Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 263.

³ Vgl. Gerhard Christiansen/Jürgen Töppich, *Aids – Wissen, Einstellungen und Verhalten 1987 bis 1999. Ergebnisse der jährlichen Repräsentativbefragung „Aids im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik“*, in: *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, (2000) 9, S. 669–676.

krankung, also zwischen „positiv sein“ und „Aids haben“, wurde erst mit sicheren HIV-Tests relevanter. Noch 1988 fragte „Der Spiegel“ auf seinem Titelblatt: „Wie sicher ist der Aids-Test?“⁵ Wirksame Therapien wiederum wurden erst in den 1990er Jahren entwickelt. Aids zu haben bedeutete in den 1980er Jahren also in der Regel noch, tödlich erkrankt zu sein.

Der Vergleich aber mit schweren Krankheiten wie der Pest oder Syphilis, an denen in der Vergangenheit Millionen von Menschen gestorben waren, suggerierte, dass Aids ähnliche Folgen haben würde. Angst vor Aids zu empfinden, so wurde medial nahegelegt, sei absolut sinnvoll. Schwulen Männern wurde die Fähigkeit zu dieser vermeintlich einzig „vernünftigen“ emotionalen Reaktion abgesprochen. Immer wieder wurde von einer schwulen Subkultur berichtet, in der Männer angeblich mit Hunderten von anderen Männern anonymen Sex hätten. Promiskuität, also häufiger Sex mit wechselnden Partnern, so wurde behauptet, sei für Schwule seit der „sexuellen Revolution“ ganz normal,⁶ in Zeiten von Aids aber der „Motor der Seuche“.⁷ Gefordert wurde, dass schwule Männer deswegen strikt enthaltsam oder zumindest monogam leben sollten. Prostituierte sollten aus demselben Grund stärker kontrolliert werden beziehungsweise ihre Arbeit ruhen lassen.

Schwule und Heroinabhängige wurden vielfach als selbstverschuldet Erkrankte dargestellt, im Kontrast zu infizierten Blutern (darunter vor allem viele Kinder), die bis Mitte der 1980er Jahre ebenfalls als „Risikogruppe“ galten. Die Verantwortung für Erkrankungen läge hier bei der Pharmaindustrie und im Versagen der Politik, da diese nicht rechtzeitig auf Kontrollen von Blutprodukten insistiert habe. Eine solche Unterscheidung in „schuldige“ und „unschuldige“ Opfer findet

⁵ Der Spiegel vom 25. 4. 1988.

⁶ Zur Normalisierung männlicher Homosexualität vgl. Benno Gammerl, Ist frei sein normal?, in: Peter-Paul Bänziger/Magdalena Beljan et al. (Hrsg.), Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren, Bielefeld 2015, S. 223–243; Magdalena Beljan, Rosa Zeiten? Eine Geschichte der Subjektivierung männlicher Homosexualität in den 1970er und 1980er Jahren der BRD, Bielefeld 2014.

⁷ Die Promiskuität ist der Motor der Seuche, in: Der Spiegel vom 12. 8. 1985, S. 144–154.

sich zum Teil noch heute. „Schuld“ wird dabei meist mit der „falschen“ – sorglosen und ungeschützten – Sexualität verknüpft.⁸

Diese Form der Berichterstattung wurde bereits zeitgenössisch kritisiert. Die Presse dramatisiere Aids, stigmatisiere schwule Männer und andere „Randgruppen“ und schüre damit Angst in der Bevölkerung, so die Kritiker. Dem entgegnete Hans Halter, Reporter beim „Spiegel“ und verantwortlich für eine Vielzahl an Artikeln über Aids, Angst sei keine Folge der dramatisierenden Berichterstattung, sondern der „Fakten“.⁹ Doch im Gegensatz zu bekannten Seuchen waren die Geschichte und vor allem der Verlauf von Aids, also die Fakten, alles andere als bekannt und höchst umstritten.

Die mediale Darstellung von Aids änderte sich deutlich um 1987. Mit zunehmendem medizinischen Wissen wurde zwischen Infektion und Erkrankung unterschieden: dass „positiv“ zu sein nicht bedeuten muss, Aids zu bekommen oder zu haben. Porträtiert wurden nicht sichtlich Erkrankte, sondern HIV-Positive, denen man ihre Infektion nicht anmerkte. Bezeichnend für diesen Wandel war die Reihe „Warum ausgerechnet ich? HIV-Positive schildern ihr Schicksal“, die 1987 im „Spiegel“ erschien. Zwar wurden auch hier die „klassischen Risikogruppen“ (männliche) Homosexuelle, Fixer, Prostituierte und Bluter vorgestellt, in der ersten Folge kamen jedoch infizierte Heterosexuelle zu Wort. Diese betonten allesamt, dass sie keiner dieser Gruppen angehörten und sich von daher fälschlicherweise nicht von Aids und HIV betroffen gefühlt hätten. Damit wurde betont, dass HIV nicht mehr nur einzelne Gruppen betraf, sondern ein allgemeines Risiko darstellte, das potenziell alle Menschen anging.

Mit dieser Verschiebung änderte sich auch die Emotionalisierung von Aids. Die Artikelserie, so die Autoren, sollte das in der Presse vorherrschende Manko der Beschreibung „des physischen und psychischen Elendes von HIV-Positiven, ihre Angst vor Arbeitsplatzverlust, vor Diskriminierung, vor Ver-

⁸ Vgl. Brigitte Weingart, Ansteckende Wörter, Frankfurt/M. 2002.

⁹ Der Motor der Seuche. Interview mit Hans Halter, in: Aids. Dimension einer Krankheit, Sonderheft Siegesäule, Dezember 1985, S. 33 f., hier: S. 33.

nichtung der bürgerlichen Existenz“ ausgleichen.¹⁰ Löste das positive Testergebnis bei vielen Todesängste aus, berichteten die meisten davon, wie es ihnen gelang, die Angst vor der Erkrankung in den Griff zu bekommen. Doch weniger regulierbar und durchaus begründet schien, was hier, aber auch in anderen Artikeln immer stärker betont wurde: die Angst der Betroffenen vor einer sozialen Ausgrenzung und Stigmatisierung.

So ist es nicht verwunderlich, dass der als Hardliner bekannt gewordene CSU-Politiker Peter Gauweiler Ende der 1980er Jahre im „Spiegel“ als „Bayerns Scharfmacher“ porträtiert und die von ihm verfolgte Aids-Politik scharf kritisiert wurde. Angst erschien Ende des Jahrzehnts auch im „Spiegel“ nicht länger als sinnvolle und logische Folge der „Fakten“, sondern als Resultat eines fragwürdigen politischen und sozialen Umgangs mit Aids und HIV.

Aids-Arbeit als Gefühlsarbeit

Doch noch bevor Aids in der Bundesrepublik zum Wahlkampfthema avancierte und die große staatliche Aufklärungskampagne „Gib Aids keine Chance“ 1987 startete, wurden vor allem in den Großstädten lokale Aids-Hilfen gegründet, die sich um Betroffene kümmerten, aber auch Informationsveranstaltungen und Ähnliches organisierten. So wurde rund ein Jahr nach Bekanntwerden der ersten Aids-Fälle in Deutschland, im September 1983, die DAH in Berlin gegründet. Schon zwei Jahre später fungierte sie als überregionaler Dachverband von rund 30 Selbsthilfegruppen bundesweit.¹¹ Die Aids-Hilfen sollten von Anfang an allen Betroffenen offen stehen, wandten sich aber vor allem in den ersten Jahren in ihren Broschüren und Aufklärungsmaterialien in erster Linie an schwule Männer. Als Selbsthilfen, zum großen Teil auch von schwulen Männern initiiert, schlossen sie eine Lücke. Sie informierten über die Erkrankung und Infektion, klärten über „si-

cheren“ und „unsicheren“ Sex auf, noch bevor „Safer Sex“ zur geläufigen Formulierung wurde, warnten vor einer Überforderung von Ärzten, kritisierten HIV-Tests und Testpraktiken, wandten sich gegen die Stigmatisierung von Menschen als „Risikogruppen“ und kritisierten vor allem eine allgemeine „Panikmache“. Im „Spiegel“ und in anderen Medien wurde ihnen deswegen nicht selten Verharmlosung unterstellt.

Im Gegensatz zu anderen forderten die Aids-Hilfen von niemandem sexuelle Enthaltensamkeit, sondern informierten über den aktuellen Wissensstand und die Risiken bei unterschiedlichen Praktiken. Häufig waren die Broschüren in sehr „lockeren“ Formaten wie den von Ralf König gezeichneten „Safer Sex Comics“ aufgemacht, zudem waren sie teilweise sehr explizit. In einer Anzeige in dem Schwulenzmagazin „Du & Ich“ von 1987 hieß es etwa: „Das Problem war die Angst und auch, daß man nichts Genaues wußte: darfst du nun oder nicht, und wenn: wie?“ Die Frage danach, wie Sex sicher sei, wurde präzise beantwortet: „Und wenn man sich an die zwei eisernen Regeln hält (‚hinten nicht ohne; in den Mund nehmen kannst du ihn schon, aber nicht kommen lassen‘), also dann ist die ganze Geschichte auch nicht risikoreicher als im Hechtsprung bei Grün über die Straße.“¹² Die Aids-Hilfen reagierten damit auf die häufig nur vagen Ratschläge und Handlungsanweisungen in anderen Ratgebern. Angst, so wurde in den DAH-Materialien argumentiert, resultiere allein aus mangelndem Wissen und fehlenden Handlungsoptionen – und sei somit überwindbar.

Die Aids-Hilfen leisteten aber von Anfang an nicht nur Aufklärungs- und Präventionsarbeit, sondern sie kümmerten sich in wachsendem Umfang auch um Betroffene, denen sie emotionale Unterstützung anboten. Im Gegensatz zum älteren Konzept der „Betreuung“ sollte der Begriff der „Unterstützung“ die Kooperation unterschiedlicher Bereiche betonen und den Netzwerkgedanken unterstreichen.¹³ Menschen mit Aids und HIV bildeten zwar die Hauptzielgruppe, einbezogen wurden aber auch Freunde und Familie sowie die eigenen Mitarbeiter. In der Berliner Aids-Hilfe arbei-

¹⁰ Aids: „Ich bin positiv“. Wie Infizierte leben und leiden (Vorspann zur Serie „Warum ausgerechnet ich?“ HIV-Positive schildern ihr Schicksal), in: Der Spiegel vom 17. 8. 1987, S. 58f., hier: S. 59.

¹¹ Vgl. Dieter Telge, Krise als Chance – Aids-Selbsthilfebewegungen in Wechselwirkung mit schwulen Emanzipationsbestrebungen, in: Andreas Pretzel/Volker Weiß (Hrsg.), Zwischen Autonomie und Integration, Hamburg 2013, S. 153–160, hier: S. 154.

¹² Deutsche Aids-Hilfe e. V., DAH-Werbung, in: Du & Ich, 3 (1987).

¹³ Vgl. Berliner Aids-Hilfe (Hrsg.), Jahresbericht 1989, Berlin 1990, S. 6f.

teten 1991 bereits 69 ehrenamtliche Mitarbeiter als „Begleiter“. Im Gegensatz zur professionellen Pflege oder auch Therapie ging es hier um ein partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter waren Gesprächspartner, Freunde und Familie: „So soll ermöglicht werden, mit der Krankheit verbundene Sorgen, Nöte, Ängste und Hoffnungen mitzuteilen, Fragen zu stellen und Themen anzusprechen, die sonst angstbedingt gemieden werden.“¹⁴ Über Gefühle zu reden, sie zu thematisieren und zu problematisieren, gehörte somit erklärtermaßen zum Arbeitsbereich der DAH. Und auch hier bezog sich die artikulierte Angst nicht allein auf die medizinisch möglichen Effekte von Aids, sondern auf die gesellschaftlichen Reaktionen und Folgen. Die Aids-Hilfen schufen einen Raum, Emotionen zu artikulierten und zu regulieren.

Menschen mit Aids zu betreuen, bedeutete aber bis in die 1990er Jahre hinein noch allzu häufig, Sterbenskranke in den Tod zu begleiten. Gerade für ehrenamtliche Mitarbeiter stellte diese Aufgabe oftmals eine große Belastung dar, zumal die Grenze zwischen Betroffenen und Ehrenamtlichen nicht selten fließend war. Tatsächlich waren sehr viele Mitarbeiter selbst HIV-positiv; Betreuer wurden so zu Betroffenen und erlebten mit, wie Freunde und Kollegen starben, noch bevor sie selbst erste Krankheitssymptome entwickelten. In den Jahresberichten der DAH und der lokalen Aids-Hilfen fanden sich regelmäßig Nachrufe, häufig auf junge Männer in ihren späten Zwanzigern. Der Tod der eigenen Mitarbeiter stellte die Aids-Hilfen auch vor ein praktisches Problem: Die hauptsächlich Ehrenamtlichen waren entweder überlastet oder irgendwann selbst unmittelbar bedroht. Trauer wurde entsprechend nicht als individueller Prozess definiert, sondern als strukturelles Problem erkannt und in Schulungen und Supervisionen, die einen vergemeinschaftenden Effekt hatten, angegangen.

„Aids geht uns alle an!“ Aids-Politik der späten 1980er

Während die Aids-Hilfen Mitte der 1980er Jahre bereits vielfältig aufklärten und berieten, reagierten staatliche Organe weitaus träger. Die erste Info-Broschüre „Was Sie über Aids wis-

¹⁴ Dies., Jahresbericht 1987/88, Berlin 1988, S. 30.

sen sollten“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ging im November 1985 an alle bundesdeutschen Haushalte. Ab 1987 kam es dann zur Arbeitsteilung zwischen der DAH und der BZgA: Die DAH wurde staatlich subventioniert und kümmerte sich auch weiterhin um die direkt Betroffenen, während sich die BZgA auf „die Allgemeinheit“ konzentrierte.

In der Bundesrepublik ist Aids-Politik vor allem mit dem Namen der von 1985 bis 1988 amtierenden Gesundheitsministerin Rita Süßmuth verbunden. Süßmuths politischem Gegner in der Frage, wie auf Aids reagiert werden sollte, Peter Gauweiler, wurde vorgeworfen, er verbreite mit seinem Ruf nach einer „harten“ Aids-Politik Angst. Doch auch Süßmuths Politik war alles andere als unemotional, auch wenn diese nicht auf direkten Zwang, sondern auf Prävention setzte. Sie stärkte damit eine allgemeine Tendenz im Gesundheitswesen, bei dem das Konzept der Vorsorge, das auf die Schaffung eines „präventiven Selbst“ abzielte,¹⁵ in den Vordergrund gestellt wurde.¹⁶ Was abstrakt klingt, lässt sich leicht zusammenfassen: Zunehmend wurden Menschen für ihre Gesundheit selbst verantwortlich gemacht – und damit auch für ihre Erkrankungen. Prävention ist in diesem Konzept nicht vornehmlich eine staatliche, sondern eine individuelle Aufgabe.

1987 startete im Auftrag des Gesundheitsministeriums die große Kampagne „Gib Aids keine Chance“, die unter anderem auf die Schaffung eines Gefühls allgemeiner Betroffenheit abzielte. Denn bei dem dort zugrunde gelegten Konzept der „Risikopraktiken“ wurde davon ausgegangen, dass eine HIV-Infektion nicht nur eine Gefahr für bestimmte Minderheiten darstellt, sondern ein Risiko, das jeden einzelnen (vor allem sexuell aktiven) Menschen betrifft und das somit jeder einzelne durch sein Verhalten regulieren kann.¹⁷

¹⁵ Martin Lengwiler/Jeanette Z. Madarász (Hrsg.), Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik, Bielefeld 2010.

¹⁶ Vgl. Raimund Geene, Aids-Politik, Frankfurt/M. 2000, S. 93–96, www.aids-politik.de (7.10.2015); Malte Thießen, Gesundheit erhalten, Gesellschaft gestalten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 10 (2013) 3, S. 354–365.

¹⁷ Vgl. Peter-Paul Bänziger, Vom Seuchen- zum Präventionskörper? Aids und Körperpolitik in der BRD und der Schweiz in den 1980er Jahren, in: Body Politics, (2014) 3, S. 179–214.

Diese Strategie ließe sich einerseits als *empowerment* lesen, durch das die Mündigkeit der Bürger bestärkt wurde.¹⁸ Andererseits täuscht diese neoliberale Lesart aber darüber hinweg, dass dieses *empowerment* auf Kosten der Betroffenen verlief. Denn nach dieser Logik war eine Infektion nicht Folge unglücklicher Umstände, sondern das Resultat eines Scheiterns: Wer sich beim Sex infizierte, hatte wohl keine Vorsorge betrieben, nicht genug aufgepasst oder einfach kein Kondom benutzt. Das Kondom stand synonym für „Safer Sex“ und sollte zur neuen Normalität werden.

Zwar wurden Kondome bereits „vor Aids“ genutzt – und dies keinesfalls nur zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften, sondern auch als Schutz vor Geschlechtskrankheiten –, aber während 1984 in einer Befragung nur 24 Prozent angaben, mit Kondomen bereits Erfahrungen gesammelt zu haben, waren es 1989 schon 75 Prozent (weitere zehn Jahre später gar 93 Prozent).¹⁹ Nun kann man aus Umfrageergebnissen sicher nicht einfach auf tatsächliche Praktiken von Menschen schließen – gerade im Bereich der Sexualität –, allerdings verweisen die Ergebnisse auf soziale Normen. Sex mit Kondom war zur neuen Norm geworden. Und wer erkrankte, schien nach den großen Aufklärungskampagnen selbst schuld zu sein, schließlich war er vorgewarnt worden: Denn „Aids geht uns alle an!“, so eine damals häufig genutzte Formulierung.²⁰ Dass Menschen sich aber schon vor dem Wissen über HIV infiziert haben konnten oder aus unterschiedlichsten Gründen keinen „Safer Sex“ betrieben – etwa, weil sie es für unwahrscheinlich hielten, sich zu infizieren, oder einfach unsicher im Umgang mit Kondomen waren – dafür hatte die staatliche Aids-Politik kaum Verständnis.

Ausblick

Während Aids in den 1980er Jahren noch einem Todesurteil glich, wurde die Differenzierung zwischen Infektion und Erkrankung immer wichtiger. Das Risiko schien verwalt-

bar, Hoffnungen schienen begründet. Doch erst die Einführung wirksamer Kombinationstherapien Mitte der 1990er Jahre verlängerte die Lebenszeit und vor allem die Lebensqualität der Betroffenen deutlich. Wie viele Menschen sich bislang in Deutschland tatsächlich angesteckt haben, kann niemand genau sagen, denn eine Meldepflicht gibt es bis heute nicht. Das Robert-Koch-Institut geht davon aus, dass sich zwischen 1982 und Ende 2004 etwa 73 000 Menschen in der Bundesrepublik mit HIV infiziert haben.²¹ In ihrer ganzen Dramatik reichen diese Zahlen längst nicht an die vergangenen Einschätzungen über die Folgen von Aids und HIV heran, und das Institut widerspricht damit den Einschätzungen, die von den eigenen Mitarbeitern in den 1980er Jahren im „Spiegel“ und anderen Medien geäußert wurden.

Dagegen erwiesen sich die Versprechen der späten 1980er Jahre, dass zwischen der Infektion und den ersten Krankheitssymptomen Monate oder auch Jahre liegen könnten, als immer realistischer. „Positiv leben“ heißt inzwischen nicht nur zu überleben, sondern lange beschwerdefrei zu leben. Mit der „Normalisierung“ von Aids war aber auch verbunden, dass die Krankheit in den 1990er Jahren immer stärker als bloßes „afrikanisches Problem“ dargestellt und wahrgenommen wurde.

Nichtsdestotrotz, manche Prozesse verliefen schleichend: Noch im Juli 1989 antworteten in einer repräsentativen Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach auf die Frage „Wissen Sie zufällig, ist Aids eigentlich heilbar, oder muß jemand, der an Aids erkrankt ist, daran sterben?“ 84 Prozent mit „Muß sterben“. Dagegen gaben nur 3 Prozent „ist heilbar“ an, 13 Prozent antworteten „Weiß nicht“. Dass Aids von vielen immer noch als tödliche Krankheit eingeschätzt wurde, heißt aber nicht, dass sich tatsächlich alle davon bedroht fühlten. Das taten laut einer Befragung im Juni 1989 ohnehin nur 6 Prozent der Bevölkerung.²²

¹⁸ Für eine solche, eindimensionale Lesart vgl. zum Beispiel Henning Tümmers, „Gib Aids keine Chance“. Eine Präventionsbotschaft in zwei deutschen Staaten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 10 (2013) 3, S. 491–501.

¹⁹ Vgl. G. Christiansen/J. Töppich (Anm. 4), S. 673.

²⁰ Vgl. z.B. Rita Süßmuth, AIDS. Wege aus der Angst, Hamburg 1987, S. 9, S. 15, S. 159.

²¹ Vgl. Robert-Koch-Institut (Hrsg.), HIV und Aids. Gesundheitsberichterstattung des Bundes 31/2006, S. 17, www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDDownloadsT/hiv_aids (7.10.2015).

²² Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, 1984–1992, München 1993, S. 237f.

Mit anderen Worten: Die Einschätzung des Krankheitsverlaufs korreliert nicht mit der individuell empfundenen Bedrohung. Entsprechend kann es einer Geschichte der Gefühle auch gar nicht darum gehen, was „tatsächlich“ wann und von wem empfunden wurde, sondern vielmehr sollte nachgezeichnet werden, was an Gefühlen artikuliert, problematisiert und politisiert wurde. So zeigt ein genauerer Blick, dass an vielen Punkten verbreitete Annahmen über Aids und Emotionen revidiert werden müssen. Angst war zwar im Zusammenhang mit Aids immer wieder ein Thema. Aber davon auszugehen, dass jeder, der über Aids und Angst redete, auch Angst vor Aids hatte, ist genauso unsinnig wie anzunehmen, dass jeder, der über Geld redet, reich ist.

Auch ist es wenig gewinnbringend, davon auszugehen, dass zunächst sehr viele Menschen große Angst vor Aids gehabt hätten und diese dann abgenommen habe. Dies sind meist Spekulationen. Deutlich nachzeichnen lässt sich indes, dass Angst zunehmend thematisiert wurde – und dass ebenfalls zunehmend diskutiert wurde, warum man keine Angst (mehr) vor der Erkrankung habe und wovor man viel mehr Angst haben müsse, nämlich vor den sozialen und politischen Folgen. Angst vor Aids wurde offensichtlich häufig verbalisiert, um zu betonen, dass diese Angst überwunden sei. In diesem Sinne war es keine spezifische „Aids-Angst“, die in den 1980er Jahren artikuliert wurde, sondern häufiger ein allgemeineres Gefühl: die Angst vor Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung.

So spricht vieles dafür, dass man nicht etwa von einer Entemotionalisierung des Aids-Diskurses im Laufe der 1980er Jahre ausgehen muss, sondern im Gegenteil von einer zunehmenden Emotionalisierung. Doch das Gerede einer allgemeinen „Aids-Angst“ in den 1980er Jahren vermeidet diesen genaueren Blick und ist nicht mehr als eine historiografische Platitudo, die den Quellen unkritisch nachplappert – und denkbar wenig erklärt.

Sebastian Berg

Politisches Handeln in multiethnischen Gesellschaften und das Erbe der 1980er Jahre: Beispiel Großbritannien

Anders als Deutschland erlebte Großbritannien bereits in den 1980er Jahren breite Debatten um Akzeptanz und Form einer multikulturellen Gesellschaft. Zugleich begann in dieser Zeit die Durchsetzung eines neoliberalen Regimes kapitalistischer Akkumulation; außerdem endete der Kalte Krieg. Das Verständ-

Sebastian Berg

Dr. phil. habil., geb. 1964;
Dozent am Englischen Seminar
der Ruhr-Universität Bochum,
Universitätsstraße 150,
44801 Bochum.
sebastian.berg@rub.de

nis von nationaler und internationaler Gesellschaft änderte sich, mit Konsequenzen auch für die Verhandlung von Multiethnizität, Multikulturalismus, In- und Exklusion. In ihrem Handeln versuchten die britischen Regierungen nun zunehmend, Widersprüche zwischen dem Primat der Wettbewerbsökonomie und Verlustängsten der Menschen zu entschärfen. Der politische Umgang mit Multiethnizität wurde zu einem Beispiel für ein „subordinate policy regime within neoliberalism“.¹ Dabei lassen sich in Großbritannien (und in ähnlicher Form auch anderswo) mehrere Phasen unterscheiden:

1. Die Durchsetzung der neoliberalen Ideologie in den 1980er und in den frühen 1990er Jahren verbrämte Individualismus mit einem nationalistischen Konzept von Gesellschaft.
2. Aufgrund der weiteren Ausdehnung des Neoliberalismus und fundamentaler geo-

¹ Gregory Albo, *The Limits of Eco-Localism*, in: Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.), *Coming to Terms with Nature*, London 2006, S. 337–363, hier: S. 357.

politischer Umbrüche befasste sich politisches Handeln in den 1990er Jahren außerdem mit Migrationsprozessen und mit dem Asylrecht.

3. Die zweite Hälfte der 1990er Jahre erlebte die Propagierung eines gemäßigten oder „dünnen“ Multikulturalismus als Teil einer Konsolidierung des Neoliberalismus.
4. 2001 erfolgte mit dem „War on Terror“ eine Wende zum Postmultikulturalismus.
5. Seit Beginn der Finanzkrise 2008 kam es zu einer Privilegierung wohlstandschauvinistischer Positionen.

Konzepte: Multikulturalismus und Neoliberalismus

Das Konzept des Multikulturalismus stammt aus Kanada. Es entstand in den 1970er Jahren in Abgrenzung zur assimilationistischen Schmelztiegelidee in den USA. Als Staaten mit ausgeprägten multikulturellen Politikansätzen galten in den 1980er Jahren auch Australien und die Niederlande. Dem Multikulturalismus liegt die Vorstellung zugrunde, dass Menschen nicht nur Individuen, sondern auch soziale Wesen sind: Sie entfalten ihre Identität in Gemeinschaften, die in diesem Prozess spezifische kulturelle Praxen entwickeln. Dem Staat kommt nicht nur die Aufgabe zu, Individuen zu schützen, sondern auch diese Gemeinschaften. Für die politische Theorie liegt das Hauptproblem darin, wie sich diese Gemeinschaften zum größeren Kollektiv des Staatsvolkes verhalten. Häufig erwähnen Theoretiker hier die Formel „Einheit in Vielfalt und Vielfalt in Einheit“, die nicht sehr präzise ist. Der Soziologe John Rex schlug vor, die öffentliche von einer privaten kulturellen Sphäre zu unterscheiden. In der öffentlichen müssten gleiche Rechte und Pflichten für alle gelten, in der kulturellen sollten nicht nur Individuen, sondern auch Gruppen tun können, was sie wollen.¹ Das Problem liegt auf der Hand: Wo endet die private und wo beginnt die öffentliche Sphäre? Wissenschaftliche Debatten kreisen daher noch immer um die Frage, ob multiethnische Gesell-

¹ Vgl. John Rex, *The Political Sociology of a Multi-Cultural Society*, in: *Institute of Commonwealth Studies* (Hrsg.), *Multiculturalism and the State*, Vol. 1, *Collected Seminar Papers No. 47*, London 1991, S. 26–35.

schaften einen Rahmen brauchen, der ihre verschiedenen kulturellen Gruppen zusammenhält.² Strittig ist, ob es sich dabei eher um eine kollektive politische Kultur handelt, der sich alle verpflichtet fühlen, oder um ein Mindestmaß an sozialer und materieller Gleichheit, das staatliches Handeln zu gewährleisten hat – für die von Rassismus und Diskriminierung Betroffenen auch als Kompensation.³

Praktisches politisches Handeln im Sinne des Multikulturalismus besteht vor allem darin, bestimmte Rechte kulturell definierter Gruppen zu schützen, statt nur die von Individuen – vor allem das Recht auf Sichtbarkeit in und gleichberechtigter Teilhabe an der öffentlichen Sphäre. Damit fordert der Multikulturalismus eine Haltung der wertschätzenden Solidarität verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ein. Solidarität allerdings steht in einem inhärenten Spannungsverhältnis zum Neoliberalismus, der prinzipiell Individuen gegenüber Gruppen privilegiert und allenfalls ein instrumentelles Interesse an Kollektiven hat.

Der Aufstieg des Neoliberalismus begann mit Ölkrise, Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und verlangsamten Produktivitätssteigerungen in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten ab Mitte der 1970er Jahre. Zunächst versuchten sich die Regierungen einiger Länder (etwa Frankreichs und Schwedens) auch an radikal-reformistischen Alternativen zur Überwindung der Krise, stießen aber auf Skepsis bei Institutionen wie Weltbank und Weltwährungsfonds sowie auf erbitterten Widerstand von Banken und Unternehmen. Unter politischen und ökonomischen Eliten setzte sich die Vorstellung durch, dass die Wirtschafts- und Sozialsysteme nach neoliberalen Prinzipien zu reorganisieren seien. Der Geograf David Harvey beschreibt das Projekt des Neoliberalismus folgendermaßen: „Neo-

² Vgl. Tariq Modood, *Introduction*, in: ders./Pnina Werbner, *The Politics of Multiculturalism in the New Europe: Racism, Identity and Community*, London 1997, S. 1–25; Hans Vorländer, *Der Kampf um die Deutungsmacht*, in: ders./Dietrich Herrmann, *Nationale Identität und Staatsbürgerschaft in den USA*, Opladen 2001, S. 15–54.

³ Vgl. Will Kymlicka, *Multicultural Citizenship*, Oxford 1995; Sivamohan Valluvan, *The Status of Multiculturalism and the Retreat from Difference*, in: Nisha Kapoor et al. (Hrsg.), *The State of Race*, Basingstoke 2013, S. 72–95.

liberalism is (...) a theory of political economic practices that proposes that human well-being can best be advanced by liberating individual entrepreneurial freedoms and skills within an institutional framework characterized by strong private property rights, free markets, and free trade. The role of the state is to create and preserve an institutional framework appropriate to such practices.¹⁵ Der Politikwissenschaftler Colin Crouch wendet jedoch ein, dass die politische Praxis des Neoliberalismus weniger mit der Installation freier Märkte als mit der Zufriedenstellung immer mächtiger werdender Großkonzerne zu tun habe.¹⁶

Das Resultat der Debatte darüber, wie viel Gestaltungsmöglichkeit einem Staat ihnen gegenüber verbleibt, steht noch aus. Generell beschränkt sich der neoliberale Staat freiwillig oder notgedrungen darauf, einen Rahmen zu organisieren, in dem alle Menschen so intensiv wie möglich zur Wertschöpfung herangezogen werden. Unterstützung gewährt er nur im Notfall und gegen strenge Auflagen. Diese Ökonomisierung von Gesellschaft basiert auf dem Konkurrenzprinzip und steht somit in einem Spannungsverhältnis zum auf Solidarität bauenden Multikulturalismus. Dies zeigt das britische Beispiel recht gut.

1980er Jahre: Neoliberale Reorganisation

In der Frühzeit der New Commonwealth Immigration nach dem Zweiten Weltkrieg erschien multikulturelle Politik unnötig. Immigrantinnen und Immigranten kamen in ihr „Mutterland“ und sollten sich an die dortige Kultur anpassen. Für African Caribbeans stellte dies angeblich kein Problem dar, da sie nach vorherrschender Meinung ohnehin nicht viel an Kultur mitbrachten. Aber auch von den South Asians wurde Assimilation verlangt. Beide Gruppen gemeinsam wurden als „Coloured Immigrants“ bezeichnet. Sie blieben trotz britischer Staatsbürgerschaft im politischen Leben des Landes isoliert. Parteien und Gewerkschaften zeigten wenig Interesse an ihnen. Protest brauchte daher Selbsthilfeorganisationen, die in den 1970er Jahren „Blacks“

¹⁵ David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005, S. 2.

¹⁶ Vgl. Colin Crouch, *The Strange Non-Death of Neoliberalism*, Cambridge 2011, S. viii.

als politischen Begriff für Caribbeans und South Asians verwendeten. Er sollte die gemeinsame Erfahrung von Rassismus betonen und ethnische Identifikationen bewusst überschreiten. Fremd- und Selbstbeschreibungen verwendeten vor den 1980er Jahren also Farbbegriffe und homogenisierten eher, als dass sie ethno-kulturelle Spezifika herausstellten.

Politisch Verantwortliche glaubten, eine Balance von Immigrationspolitik und Antidiskriminierungspolitik herstellen zu müssen, um „harmonious race relations“ zu schaffen. Daran änderte sich auch in den 1980er Jahren nicht viel. Immigration und Staatsangehörigkeit wurden mit dem British Nationality Act 1981 neu geregelt, und die ehemaligen Kolonien verloren die letzten Reste eines privilegierten Zugangs zum Mutterland. Premierministerin Margaret Thatcher begründete dies mit der Angst vor Überfremdung und der notwendigen Verteidigung der britischen Kultur; tatsächlich ging es aber auch darum, in einer Zeit, in der in großem Maße Arbeitsplätze verschwanden, Einwanderung zu minimieren. Das zentrale Projekt der Thatcher-Regierungen war jedoch die Reorganisation des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Während der ersten Regierungsjahre verschrieb sich Thatcher der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Als sie dies durch mehrere restriktive Gesetze und im Showdown mit den streikenden Bergarbeitern 1984/85 erreicht hatte, entmachtete die Regierung auch die großstädtischen City und Metropolitan County Councils, die meist Labour-geführt waren. Parallel setzte sie ein umfassendes Privatisierungs- und Deindustrialisierungsprogramm um, verfügte den Verkauf kommunaler Miethäuser, verpflichtete Arbeitnehmer zu privater Altersvorsorge, liberalisierte das Bankwesen und intensivierte die Stärkung des Finanz- gegenüber dem produzierenden Sektor.

Ideologisch wurde diese Neuausrichtung durch Diskurse unterfüttert, die die angeblich übergroße Macht der Gewerkschaften, die vermeintliche Kriminalität der schwarzen Jugendlichen, die Anspruchshaltung einer „arbeitsunwilligen“ Unterschicht und den „Extremismus“ der damaligen Labour Party beschworen. Während sie das Verhältnis von Gesellschaft und Staat radikal veränderten, gerieten sich die Conservatives – unterstützt von großen Teilen der britischen Medien – zugleich als Verteidiger eines angeblich gefähr-

deten traditionellen British Way of Life. Dies war der Hintergrund zum erwähnten British Nationality Act von 1981, aber auch zur Einführung eines nationalen Lehrplanes an Schulen gegen Ende des Jahrzehnts, der britische Geschichte und Anglikanismus betonte. Die Antidiskriminierungsgesetzgebung tasteten die Regierungen allerdings nicht an.

Nach den durch aggressives Polizeiverhalten ausgelösten Race Riots von 1981 bemühte sich die Regierung, die schlimmsten Verwerfungen der Deindustrialisierungspolitik für die überdurchschnittlich betroffenen ethnischen Minoritätengruppen abzumildern. Wie effektiv diese Maßnahmen waren, ist umstritten. Kritikern zufolge produzierten sie vor allem Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen: Die Sozialwissenschaftlerin Kalbir Shukra spricht in diesem Zusammenhang vom Aufkommen ethnozentrischer Perspektiven aufseiten der Minoritäten und von einer „Jagd auf ein Stück vom britischen Kuchen“.⁷ Diese Phänomene wurden womöglich noch verstärkt durch lokalpolitische Initiativen in vielen Labour-regierten Großstädten, durch die versucht wurde, in der örtlichen Bevölkerung Widerstand gegen die drastischsten Folgen neoliberaler Politik zu organisieren. Um zur Emanzipation diskriminierter Bevölkerungsgruppen beizutragen, entwickelten Lokalpolitiker Varianten eines sogenannten kommunalen Antirassismus, der Gleichstellungsprogramme bei der Vergabe öffentlicher Arbeitsplätze mit interkultureller Fortbildung der Bevölkerung und der Bekämpfung von (institutionellem) Rassismus verband. Diese Maßnahmen waren bei antirassistischen Aktivisten jedoch umstritten. Die konservative Regierung nahm sie zum Anlass, die politischen Handlungsspielräume der Großstädte einzuschränken.

Gegen die folgenreichsten Wandlungen der 1980er Jahre, die Konsequenzen der Deindustrialisierung, konnte die Lokalpolitik ohnehin wenig tun. Einerseits verschwanden Arbeitsplätze – und vor allem für die aus Südasien stammenden Communities in den altindustriellen Städten Nordenglands blieb meist nur der Weg in eine prekäre, unterkapitalisierte und auf Selbstausbeutung basierende Selbstständigkeit. Mit den Arbeitsplätzen in der Industrie verschwanden außerdem

⁷ Kalbir Shukra, A Scramble for the British Pie, in: Patterns of Prejudice, 30 (1996) 1, S. 28–35.

Begegnungsräume von weißen und nicht-weißen Arbeiterinnen und Arbeitern. Nach Meinung des Rassismusforschers Arun Kundnani führte dies zu zusätzlicher Entfremdung.⁸

Gegen Ende der 1980er Jahre führten die Proteste gegen den Roman „Die Satanischen Verse“, samt öffentlicher Bücherverbrennungen und des Aufrufs aus Teheran, den Autor Salman Rushdie zu töten, zu veränderten Konfliktlinien. Für die Linke wurde die Affäre zu einer Herausforderung, weil sie bemerkte, dass auch sie Probleme mit Teilen der Minoritätenbevölkerung haben konnte. Für die Rechte wurde sie ebenfalls zu einem Wendepunkt: Conservatives hatten die South Asian Communities gelegentlich hofiert, weil sie mit Kleinunternehmen und stabilen Familienstrukturen für ähnliche Werte zu stehen schienen wie die Conservatives selbst, und weil Islamisten (mit Ausnahme derer im Iran) als antikommunistische Freiheitskämpfer galten. Ab 1989 wurde im politischen Diskurs der Begriff „Asians“ rasch durch den der „Muslims“ ersetzt, und es wurde begonnen, die Kompatibilität ihrer „Kultur“ mit britischen Werten infrage zu stellen. Der britische Intellektuelle Ziauddin Sardar sieht in der Rushdie-Affäre das Ereignis, das auch bei vielen aus Südasien eingewanderten Muslimen und ihren Nachkommen die Identifikation mit einer britisch-islamischen Community auslöste, die sich weniger rassistisch als religiös diskriminiert sah.⁹

Insgesamt gewannen in den 1980er Jahren die Immigranten und ihre Nachkommen in der Politik an Sichtbarkeit. Dabei wurden allerdings kulturell-ethnische Selbst- und Fremdzuschreibungen immer wichtiger. Es ging nicht mehr, wie in den 1970er Jahren, um schwarzen Widerstand gegen weißen Rassismus, sondern um die Akzeptanz von ethno-kulturellem Pluralismus. Einige, wie der Kultursoziologe Stuart Hall, begrüßten dies prinzipiell als Aufbrechen essenzialistischer Identitätskonzepte.¹⁰ Andere, wie der Leiter des radikalen Institute of Race Relations, A. Sivanandan, sahen es als bedenkliche Ent-

⁸ Vgl. Arun Kundnani, The End of Tolerance. Racism in 21st Century Britain, London 2007, S. 47f.

⁹ Vgl. Ziauddin Sardar, Desperately Seeking Paradise, London 2004, S. 278–293.

¹⁰ Vgl. Stuart Hall, New Ethnicities, in: David Morley/Kuan-Hsing Chen (Hrsg.), Stuart Hall: Critical Dialogues in Cultural Studies, London 1996 (1989), S. 441–449.

wicklung, da dies Differenz statt interethnischer und Klassensolidarität betonte.¹¹

Außerdem war die britische Gesellschaft am Ende der 1980er Jahre tief gespalten zwischen jenen, die von der neoliberalen Reorganisation profitiert oder sie zumindest einigermaßen überstanden hatten, und jenen, die die Verlierer dieser Entwicklung waren. Das dem Wohlfahrtsstaat zugrunde liegende Prinzip der Solidarität war weitgehend durch das der individuellen Verantwortung ersetzt worden. Einer der berühmtesten Sätze Thatchers lautet: „There is no such thing as society.“ Perspektivisch musste die individualistische Konzeption Konsequenzen für eine Gesellschaft haben, die gerade begonnen hatte, sich Gedanken über die Koexistenz verschiedener ethno-kultureller Gruppen zu machen.

Nachwirkungen der 1980er Jahre

Die Umbrüche in Osteuropa ab Ende der 1980er Jahre führten dazu, dass die globale geopolitische Lage neu bewertet wurde. In diesem Kontext verloren Islamisten ihren Status als asylwürdige Kämpfer gegen die Expansion des Ostblocks. Zugleich hatte der Neoliberalismus auch den globalen Süden verändert. Die Strukturanpassungsprogramme, die Weltbank und Währungsfonds in den 1980er Jahren zur „Hilfe“ postkolonialer Gesellschaften organisiert hatten, gewährten Kredite als Gegenleistung für die Öffnung der lokalen und nationalen Ökonomien. Die Überschwemmung mit Exportprodukten aus dem Norden, die Zerstörung regionaler Produktionskreisläufe und die Einflussnahme internationaler Konzerne verschärften materielle Not und soziale und politische Konflikte in vielen Teilen der Welt und führten zu wachsenden Flüchtlingszahlen. In Großbritannien wurde die Asylgesetzgebung von der konservativen Regierung John Majors in den 1990er Jahren zweimal verschärft. Die Regelungen glichen denen, die zeitgleich auch anderswo in Europa eingeführt wurden: Unterbringung in Sammelunterkünften, enge Zeitrahmen für Widersprüche bei Ablehnung des Asylantrags, Restriktionen bei Arbeitserlaubnissen und keinerlei materielle Unterstützung für die, die ihren Antrag erst auf britischem Staatsgebiet gestellt hatten.

¹¹ Vgl. A. Sivanandan, *Communities of Resistance*, London 1990.

Zugleich intensivierte sich auch die Debatte um britische Muslime. Ein Kristallisationspunkt von Auseinandersetzungen wurde der Wunsch nach staatlicher Förderung muslimischer Schulen. Es gab bereits christliche und jüdische Schulen, die dem nationalen Lehrplan folgten und daher mit öffentlichen Geldern unterstützt wurden. Muslime verlangten nun Gleichbehandlung. Die konservative Regierung war misstrauisch, und die Anerkennung und Unterstützung der ersten Schulen erfolgte erst nach der Regierungsübernahme der Labour Party 1997.

Tony Blairs New Labour Party hatte sich der Konsolidierung des Neoliberalismus verschrieben, die sie als „dritten Weg“ zwischen sozialdemokratischem Wohlfahrtsstaat und neoliberaler Minimalstaat deklarierte. Dieser hatte eine kommunitaristische und multikulturelle Dimension: Es galt, nicht nur Individuen zu unterstützen, sondern sie in Communities einzubetten, deren Mitglieder sich, wo nötig, gegenseitig helfen sollten. Dies schloss auch ethnische Communities ein. In ihrer Rhetorik begann die Regierung, Multiethnizität als bereichernd zu präsentieren. Sie erkannte das Problem des institutionellen Rassismus an und ergänzte die Antidiskriminierungsgesetzgebung. Sie bestellte zudem eine Kommission, die sich unter Leitung des Politikwissenschaftlers Bhikhu Parekh mit der Zukunft des multiethnischen Großbritanniens auseinandersetzen und ein multikulturelles Projekt entwickeln sollte, ignorierte deren Vorschläge aber weitgehend. Vor allem aber änderte sie nichts an der Umverteilung der Macht von unten nach oben, die in den 1980er Jahren durch restriktive Gewerkschaftsgesetze und Schwächung der City Councils stattgefunden hatte, und verschärfte ein weiteres Mal die Asylgesetzgebung.

Nach Unruhen in nordenglischen Großstädten, die durch Aufmärsche faschistischer Gruppen verursacht worden waren, und den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA verlegte sich die zweite Blair-Regierung auf eine autoritärere Version des Kommunitarismus. Der Begriff „Community Cohesion“ wurde eingeführt, um die Grenzen multikultureller Toleranz zu verdeutlichen. Politiker und andere Figuren des öffentlichen Lebens (darunter auch einige, die selbst einen minoritären Hintergrund hatten) kritisierten die angebliche Selbstisolation der Musliminnen und

Muslime und verlangten einen für alle Britinnen und Briten verbindlichen Wertekatalog. Es meldeten sich nun vermehrt Postmultikulturalisten zu Wort – Menschen wie der damalige Innenminister David Blunkett, der sich als geläuterter, ehemals naiver Multikulturalist beschrieb. Die Diskussion darum, was britische Werte nun eigentlich sein sollten, intensivierte sich nach den Anschlägen in London 2005 und wurde nach 2007 vor allem von Blairs Nachfolger, Gordon Brown, vorangetrieben. Als zentrale Begriffe tauchten immer wieder „Tolerance“ und „Liberty“ auf, nicht jedoch „Solidarity“. Es ließ sich also ein Abrücken vom Kommunitarismus und Multikulturalismus beobachten.

Zwischen den späten 1990er Jahren und 2008 erlebte Großbritannien eine lange Phase wirtschaftlichen Aufschwungs mit entsprechendem Bedarf an Arbeitssuchenden. Die Regierung verschrieb sich einerseits einer Politik der „Managed Migration“, die gezielt nach Arbeitskräften suchte, und verhängte andererseits, anders als Deutschland, keinerlei Restriktionen für Migrantinnen und Migranten aus den EU-Beitrittsstaaten von 2004. Sowohl Gordon Brown als auch Oppositionsführer David Cameron erklärten zu jener Zeit, Großbritannien sei ein Beispiel dafür, dass multiethnische Gesellschaften funktionieren können, allerdings nur, wenn sich keine Gruppe isoliere (ein Hinweis an die muslimische Community und naive Multikulturalisten).¹² Der Staatstheoretiker Bob Jessop argumentiert, dass in der Durchsetzungsphase des Neoliberalismus in den 1980er Jahren die Gesellschaft radikal umgebaut wurde. In der Konsolidierungsphase ging es nun darum, Menschen wieder ein gewisses Maß an Teilhabe zu gewähren, um den sozialen Frieden zu bewahren. Wichtig war auch, eine Reserve arbeitswilliger und arbeitsfähiger Menschen zu schaffen, die benötigt wurde, um relativ niedrige Lohnabschlüsse zu gewährleisten.¹³

Mit der 2008 beginnenden Krise des Neoliberalismus änderte sich die Haltung zur Immigration. David Cameron – mittlerwei-

le Premierminister – meinte, billige Arbeitskräfte eher durch weitere Disziplinierung der „Arbeitsunwilligen“ als durch Migration erschließen zu können.¹⁴ 2011 erklärte er, dass der Multikulturalismus gescheitert sei, weil er Selbstisolation fördere und jugendliche Muslime in die Arme von Extremisten getrieben habe.¹⁵ Konfrontiert mit einer erstarkten radikalen Rechten, bestehend vor allem aus UKIP und English Defence League, hat die postmultikulturelle Position der Regierung eine wohlstandschauvinistische Ergänzung erhalten: Einwanderung verursacht Kosten, und gegenüber der Einordnung der Individuen in die neoliberale Arbeitsgesellschaft sind die Anerkennung der Rechte von Gruppen und Gemeinschaften einmal mehr nachrangig. Wer dem Staat individuell oder kollektiv zur Last fällt, finanziell oder durch ungebührliches Verhalten, wird bestraft. Frances Webber, eine ehemalige Menschenrechtsanwältin, spricht von „increasingly naked attacks on the living standards and rights of demonised groups – a category which seems to be ever expanding to include all poor people“.¹⁶

Vor diesem Hintergrund war es nur konsequent, dass die Regierung auf die sozialen Unruhen 2011 drakonisch reagierte, die Gerichte anwies, hart gegen Plünderer vorzugehen und eine professionelle Ursachenforschung, wie es sie nach den Unruhen von 1981 und 2001 gegeben hatte, unterließ. Nach einer kurzen kommunitaristischen Konsolidierungsphase des Neoliberalismus setzte sich disziplinarisches politisches Handeln durch, das Menschen lediglich als eigenverantwortliche Individuen definiert.

Europäische Konvergenz?

Staatlicher Multikulturalismus war in Großbritannien ein Intermezzo, das etwa von 1997 bis 2001 dauerte. Das heutige Großbritannien ist ein postmultikultureller Staat, der oft behauptet, postrassistisch zu sein. Der gegenwärtige

¹² Vgl. Michael White, Cameron Faces Multicultural Bear Trap, 28.2.2008, www.theguardian.com/politics/2008/feb/28/conservatives (9.10.2015).

¹³ Vgl. Bob Jessop, From Thatcherism to New Labour, in: Henk Overbeek (Hrsg.), *The Political Economy of European Employment*, London 2003, S. 157–173.

¹⁴ Vgl. David Cameron on Immigration, 1.7.2013, www.theguardian.com/politics/2011/apr/14/david-cameron-immigration-speech-full-text (9.10.2015).

¹⁵ Vgl. David Cameron on Radicalisation and Islamic Extremism, 5.2.2011, www.newstatesman.com/blogs/the-staggers/2011/02/terrorism-islam-ideology (9.10.2015).

¹⁶ Frances Webber, *Europe's Pariah State?*, IRR UK Briefing Paper 8/2013, S. 8.

tig hegemoniale politische Diskurs beschreibt die Gesellschaft als meritokratisch und radikal individualistisch. Alle sind ihres Glückes Schmied und für sich selbst verantwortlich. Wer sich dem verweigert, wird diszipliniert.

Gleichzeitig aber wird versucht, durch staatliches Handeln den gesellschaftlichen Frieden so weit wie möglich zu wahren. Daher kommt es zu Balanceakten: So wird versucht, zum Beispiel durch organisierte Einwanderungsprogramme, die ökonomischen Eliten zufriedenzustellen, die an gut ausgebildeten, billigen Arbeitskräften (und einem Optimum an Arbeitslosen) interessiert sind. Zugleich wird versucht, zum Beispiel durch Verhinderung von Einwanderung, die alteingesessene Bevölkerung zu beruhigen, die sich an Zeiten größerer wohlfahrtsstaatlicher Sicherheit erinnert und für deren Verlust allzu oft Migranten verantwortlich macht. Es wird zudem versucht, zum Beispiel durch Antidiskriminierungsgesetze, die etablierten Minoritätengruppen vor rassistischer Gewalt zu schützen. Und schließlich wird versucht, zum Beispiel durch die Verbreitung von Wertekanons, eine hegemoniale politische Kultur zu erzeugen. All dies dient der Stärkung der britischen Position im sogenannten globalen Wettbewerb auf der Basis eines politischen Wertesystems, das Disziplinierung und Assimilationsforderungen gegenüber Solidarität, Unterstützung oder zumindest Toleranz privilegiert.

Diese Dynamik ließ und lässt sich auch in anderen europäischen Gesellschaften beobachten: in der Debatte um die angebliche Selbstisolation der französischen Muslime in der laizistischen Gesellschaft, in der postmultikulturalistischen Wende in den Niederlanden, im ausgeprägten Wohlstandschauvinismus Skandinaviens oder in der periodisch gestellten Frage nach der „Leitkultur“ in Deutschland. Überall korreliert diese Dynamik mit der Durchsetzung des Neoliberalismus und reagiert gleichzeitig auf das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen. Unterschiede erklären sich aus den Spezifika politischen Handelns zur Durchsetzung und Konsolidierung des Neoliberalismus. Wie weit sich als Resultat beispielsweise Großbritannien seit den 1980er Jahren vom Solidaritätsprinzip entfernt hat, zeigt sich nicht zuletzt im Umgang mit den Flüchtlingen des Jahres 2015.

David E. Barclay

Kein neuer Mythos. Das letzte Jahrzehnt West-Berlins

West-Berlin ist seit einiger Zeit wieder „in“. Die versunkene Teilstadt hat wieder Konjunktur, sowohl als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung als auch als Objekt rückblender Erinnerung oder gar „Westalgie“. Diese Tendenz ist umso bemerkenswerter, da vor Kurzem das allgemeine Thema „Berlin“ aus den globalen Geschichten des Kalten Krieges fast verschwunden war, während das spezifische Thema „West-Berlin“ nach wie vor eine Lücke in der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung bildet.

David E. Barclay

Ph. D., geb. 1948; Professor für Geschichte sowie Margaret and Roger Scholten Professor of International Studies am Department of History, Kalamazoo College, 1200 Academy Street, Kalamazoo, MI 49006-3295/USA. director@thegsa.org

In den vergangenen zwei Jahren haben sich jedoch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Tagungen mit West-Berliner Themen befasst, und 2014/15 erfreute sich die Ausstellung „West:Berlin. Eine Insel auf der Suche nach Festland“ beträchtlicher Besucherzahlen – und zwar im Ephraim-Palais, ausgerechnet im ehemaligen Ost-Berlin. Vielleicht noch bemerkenswerter: Das neue Interesse an West-Berlin gilt unter anderem den 1980er Jahren, einem Jahrzehnt, das im Berliner Kontext nicht gerade als hervorstechend erscheint, vor allem nicht im Vergleich zur „heroischen“ Phase der Zeit vor dem Zustandekommen des Viermächteabkommens 1971. Dieses stellte eine Zäsur dar, die nach den Jahren der harten Ost-West-Konfrontation eine Art „anormale Normalität“ einführte – mit dem Ergebnis, dass Berlin in den 1970er und 1980er Jahren immer mehr aus

¹ Vgl. Stefanie Eisenhuth/Martin Sabrow, „West-Berlin“. Eine historiographische Herausforderung, in: *Zeithistorische Forschungen*, 11 (2014) 2, S. 165–187.

² Vgl. Winfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009.

³ Vgl. Franziska Nentwig/Dominik Bartmann (Hrsg.), *West:Berlin. Eine Insel auf der Suche nach Festland*, Berlin 2014.

den internationalen Schlagzeilen verschwand.[¶] Das West-Berlin der 1970er und vor allem der 1980er Jahre trat im öffentlichen Bewusstsein immer weniger als „Schaufenster der Systemkonkurrenz“ oder „Vorposten der Freiheit“ hervor, galt vielen Beobachtern eher als Sumpf der Filzokratie, Korruption und Mittelmäßigkeit, zunehmend provinziell, von Subventionen abhängig und dabei künstlich am Leben gehalten, mit einer alternden Bevölkerungsstruktur und wenig Aussicht auf Verbesserung.

Äußere Ruhe, innere Unruhe

Dass die Einwohnerzahl West-Berlins in den späten 1980er Jahren relativ stabil bei etwa zwei Millionen blieb, deutet darauf hin, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung aus Zuzüglern bestand: Neben Migrant*innen kamen vor allem Studenten, Kriegsdienstverweigerer und sonstige „Alternativler“ aus dem Bundesgebiet, die mit dem alten Frontstadtmythos jedoch nicht mehr viel anfangen konnten, sondern sich eher mit der aufblühenden alternativen Kultur identifizierten. Der Autor Peter Schneider bemerkte treffend: „In der Mitte der achtziger Jahre beschlich mich das Gefühl, dass die Geschichte aus Westberlin ausgewandert war und sich nur noch in kaum gelesenen Schlagzeilen am Zeitungskiosk bemerkbar machte. Unseren politischen Leidenschaften war die Luft ausgegangen, die Entspannungspolitik machte leise, zähe Fortschritte.“[¶]

Die Amerikaner neigten Anfang der 1980er Jahre dazu, West-Berlin einfach zu vergessen.[¶] Als 1980 die Kongresshalle – heute das Haus der Kulturen der Welt, entworfen vom amerikanischen Architekten Hugh Stubbins und 1956/57 als Symbol der *special relationship* zwischen den USA und „Amerikas Berlin“[¶]

entstanden – einstürzte, versuchten West-Berliner Behörden, die Amerikaner für einen Wiederaufbau zu interessieren. Dafür waren sie aber nicht mehr zu gewinnen. Der Diplomat und spätere US-Botschafter John Kornblum war über die zunehmende Gleichgültigkeit seiner Landsleute so besorgt, dass er ein Memorandum zum Thema „Why Are We in Berlin?“ entwarf, worin er das State Department daran erinnerte, dass der Viermächtestatus der geteilten Stadt nach wie vor eine stabilisierende Rolle in Mitteleuropa spiele.[¶]

Während West-Berlin außenpolitisch kein Krisenherd mehr darstellte, war die Lage innerhalb der Teilstadt alles andere als ruhig. Anfang der 1980er Jahre schien sie fast unregierbar geworden zu sein: „Zahlreiche Probleme auf politischer, sozialer, städtebaulicher und wirtschaftlicher Ebene bündelten sich um 1980 zu einer manifesten Sinnkrise der ‚Insel‘.“[¶] Der sozialliberalen Koalition unter dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) waren die Zügel so weit entglitten, dass verschiedene Bauskandale im Januar 1981 zum Rücktritt des Senats führten – und damit mehr oder weniger zum Kollaps der altehrwürdigen Berliner SPD, die „Der Spiegel“ als „SPD-Ruine“ darstellte.[¶] Das Resultat war das „Drei-Bürgermeister-Jahr“, in dem binnen weniger Monate zunächst Hans-Jochen Vogel (SPD) und dann Richard von Weizsäcker (CDU) das Bürgermeisteramt übernahmen.[¶]

Hinzu kam ein handfester Konflikt mit der Hausbesetzerbewegung, die dem Wohnraum-mangel durch die Besetzung leerstehender Altbauten begegnete. Bereits im Dezember 1980 war es in Kreuzberg zwischen Polizei und Hausbesetzern zur „Schlacht am Fraenkelufer“ gekommen, in deren Folge sich die Bewegung rasch ausgebreitet hatte. Bis Juni 1981 gab es in West-Berlin 165 besetzte Häuser. Es folgten Aktionen wie der „Tuwat-Kongress“

¶ Zum Begriff „anormale Normalität“ vgl. Ann Tusa, *The Last Division. Berlin and the Wall*, London 1996, S. 31.

¶ Peter Schneider, *An der Schönheit kann's nicht liegen. Berlin – Porträt einer ewig unfertigen Stadt*, Köln 2015, S. 107f.

¶ Vgl. David E. Barclay, *On the Back Burner. Die USA und West-Berlin 1948–1994*, in: Tilman Mayer (Hrsg.), *Deutschland aus internationaler Sicht*, Berlin 2009, S. 25–36.

¶ Vgl. Dominik Geppert, „Proclaim Liberty Throughout All the Land“. *Berlin and the Symbolism of the Cold War*, in: ders. (Hrsg.), *The Postwar Challenge*, Oxford 2003, S. 339–363.

¶ Interview des Verfassers mit John Kornblum, 22.3.2007.

¶ Krijn Thijs, *West-Berliner Visionen für eine neue Mitte*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 11 (2014) 2, S. 235–261, hier: S. 235.

¶¹⁰ Zu Hausbesetzungen und Sorgen um den „Tod“ West-Berlins vgl. Emily Pugh, *Architecture, Politics, and Identity in Divided Berlin*, Pittsburgh 2014, S. 204–224, S. 232–240.

¶¹¹ Vgl. Dirk Rotenberg, *Berliner Demokratie zwischen Existenzsicherung und Machtwechsel*, Berlin 1995, S. 487–536.

beziehungsweise das „Tuwat-Spektakel“, die sich gegen die angekündigten Räumungen richteten, weitere gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie schließlich der Tod des 18-jährigen Hausbesetzers Klaus-Jürgen Rattay unter umstrittenen Umständen. Kurzum: Auf den ersten Blick bot West-Berlin Anfang der 1980er Jahre kein schönes Bild. Das alte, „heroische“ West-Berlin der Zeit Ernst Reuters und Willy Brandts, der Luftbrücke und des Kennedy-Besuchs schien weit entfernt und völlig verflogen zu sein.

Aber dieses Bild trägt. Denn das West-Berlin der 1980er Jahre war trotz Stagnation und Marginalisierung wesentlich vielfältiger, vitaler, kreativer und interessanter als manchmal angenommen. Zudem wäre der Vergleich mit dem „alten“ West-Berlin ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Die Lage der Stadt hatte sich im Laufe der Jahre fast vollständig geändert, und eine adäquate Beschreibung der Geschichte West-Berlins in den 1980er Jahren muss diesen Änderungen Rechnung tragen. Die folgenden Thesen sollen dies unterstreichen.

Sechs Thesen zur Geschichte West-Berlins in den 1980ern

1. Es ist durchaus möglich, die Geschichte West-Berlins in den 1980er Jahren bereits mit einer gewissen historischen Distanz zu betrachten.

Schon seit Längerem ist eine Reihe historischer Quellen zugänglich. Diese umfassen unter anderem Memoiren und Interviews von Politikern, Künstlern und anderen Zeitzeugen; darüber hinaus gibt es Archivalien und eine ganze Reihe von Sekundärliteratur. Diese erlauben ein Vierteljahrhundert nach ihrem Dahinschwinden ein nuancierteres Bild der Teilstadt. Allerdings müssen noch viele archivalische Akten geöffnet und ausgewertet werden, insbesondere zu den Ereignissen um 1989/90, ehe man ein abgerundetes Bild des Jahrzehnts zeichnen kann.¹²

2. Die „Normalität“, ja sogar das Idyllische im West-Berlin der 1970er und 1980er Jahre sollte nicht unterschätzt werden.

West-Berlin war nicht nur ein Ort der Korruption und Krawalle, sondern für viele auch

¹² Vgl. Stefanie Eisenhuth, *West-Berlin und der Umbruch in der DDR*, Berlin 2012, S. 94.

ein Ort der Bequemlichkeit, der Milieus und der Nischen. Der von 1967 bis 1977 Regierende Bürgermeister Klaus Schütz hat einmal gesagt, die West-Berliner, die nach 1960 geboren waren, hätten ganz andere Perspektiven und Erfahrungen gehabt, als diejenigen, die sich an die Zeit vor 1971 erinnerten. Und für viele jüngere West-Berliner war das Leben alles andere als unangenehm. Chronisten wie Kerstin Schilling (Jahrgang 1962) und Ulrike Sterblich (Jahrgang 1970) beschreiben dieses Leben eindringlich, ohne in eine unreflektierte Nostalgie zu verfallen; ihre Kindheitserinnerungen rufen uns auch ins Gedächtnis, dass West-Berlin nicht nur aus Kreuzberg, sondern auch aus Reinickendorf und Lankwitz sowie anderen Bezirken, Kiezen, Nachbarschaften und Milieus bestand – mit Einwohnern, die unterschiedliche Lebenserfahrungen und -horizonte hatten. Die Teilstadt vereinte eine Vielfalt von Lebensstilen: von Punks und Wählern der Alternativen Liste bis hin zu Stammlesern der Springer-Presse.¹³ Peter Schneider beschrieb West-Berlin gar als „Welthauptstadt der Minoritäten.“¹⁴

Mit der Mauer konnten viele sich abfinden. Der Journalist Claus Christian Malzahn (Jahrgang 1963) berichtet, das Leben im Schatten der Mauer sei „eine sonnige Sache“ gewesen, und zwar, als direkter Grenzanhänger, im wörtlichen Sinne.¹⁵ Aus westlicher Perspektive war sie eine wichtige Touristenattraktion, oder, wie Malzahn schreibt, wie ein hässliches Möbelstück, das man nicht wegwerfen kann, aber gerade deswegen ein kaum wegzudenkender Bestandteil West-Berlins wie der Kurfürstendamm oder der Funkturm. Zwar wurde manchmal über eine „Berliner Mauerkrankheit“ spekuliert, aber die meisten West-Berliner hatten sich in den 1980er Jahren schon längst mit dem Monstrum abgefunden.

3. Auch die politische Kreativität und der Leistungswillen West-Berlins in den 1980er Jahren darf nicht unterschätzt werden. Hier

¹³ Vgl. Kerstin Schilling, *Insel der Glücklichen. Die Generation West-Berlin*, Berlin 2004; Ulrike Sterblich, *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt. Eine Kindheit in Berlin (West)*, Reinbek 2012.

¹⁴ P. Schneider (Anm. 5), S. 108.

¹⁵ Claus Christian Malzahn, *Über Mauern. Warum das Leben im Schatten des Schutzwalls eine sonnige Sache war*, Berlin 2009, S. 8, S. 22. Vgl. auch Jürgen Scheunemann/Gabriela Seidel, *Was war los in West-Berlin 1950–2000*, Erfurt 2002, S. 83; Olaf Leitner, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)!*, Berlin 2002, S. 16.

spielen auch die intensivierten Kontakte und die Zusammenarbeit mit der DDR eine Rolle.

Im Laufe des Drei-Bürgermeister-Jahrs 1981 standen zwei imposante Gestalten – Hans-Jochen Vogel und Richard von Weizsäcker – auf der politischen Bühne. Trotz enormer Schwierigkeiten und Probleme gelang es dem Weizsäcker-Senat, die „Berliner Linie“, die Vogel in seiner kurzen Amtszeit eingeführt hatte, weiter durchzusetzen und damit die Krise der Hausbesetzungen allmählich zu einem vorläufigen Ende zu bringen, auch wenn es noch im Herbst 1981 zu schweren Tumulten kam. Gemäß der „Berliner Linie“ konnten für besetzte Häuser nach einer Räumungsfrist von 24 Stunden Mietverträge ausgearbeitet werden, zudem durfte die Polizei nur dann eingreifen, wenn der Hausbesitzer einen Strafantrag stellte und sich zugleich verpflichtete, das Haus zu sanieren. Dieses Konzept gilt zum Teil bis heute.

Im Rahmen der Normalisierung der Beziehungen kam es auch zu wichtigen Verhandlungen zwischen dem West-Berliner Senat und der Regierung der DDR, so zum Beispiel anlässlich des Treffens Weizäckers mit Erich Honecker 1983, vor allem aber 1984 im Zusammenhang mit der westlichen Übernahme der maroden S-Bahn, die bis dahin auch im Westteil von der DDR-eigenen Deutschen Reichsbahn betrieben worden war.¹⁶ In der Rückschau fällt es manchmal allzu leicht, die Bedeutung der damaligen Entspannungspolitik herunterzuspielen; aber in einer Zeit zunehmender Spannungen im Kalten Krieg waren Verhandlungen dieser Art außerordentlich wichtig, symbolisch wie realpolitisch. Und Treffen zwischen Honecker und den jeweiligen Regierenden Bürgermeistern von West-Berlin blieben an der Tagesordnung, bis hin zu den Gesprächen zwischen Honecker und Walter Momper im Juli 1989.

Allerdings sollte man den Aufschwung West-Berlins in den 1980er Jahren auch nicht überbewerten. Die politische Landschaft der Teilstadt blieb stark zerklüftet, wie etwa zwischen der CDU und der neuen Alternativen Liste; wirtschaftliche und städtebauliche Probleme blieben ungelöst, ebenso die Situation ausländischer Mitbürger. Die Gewalt-

¹⁶ Vgl. Norbert Kaczmarek, „... statt immer nur herumzudenken“. Richard von Weizsäcker und Berlin 1978–1984, Berlin 2012.

bereitschaft in West-Berlin blieb hoch, und Korruptionsskandale wie die Affäre um den Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Anthes (1985/86) ließen viele Beobachter immer noch von einem „Berliner Sumpf“ reden.

4. Trotz „Normalisierung“ und vermehrter Kooperation mit Ost und West: Es gab immer noch Kalten Krieg. Entsprechend kompliziert gestalteten sich die Beziehungen West-Berlins zur DDR und zu den Westalliierten.

Die Beziehungen West-Berlins zur DDR stellten in den 1980er Jahren eine Mischung aus Kooperation und Konkurrenz dar. Zwar gab es eine ganze Reihe von direkten Verhandlungen zwischen West- und Ost-Berlin, die auch meistens nüchtern und sachlich verliefen,¹⁷ aber zum Beispiel im Zusammenhang mit den 750-Jahr-Feierlichkeiten 1987 lagen die Dinge anders. West-Berliner Vertreter wie der seit 1984 amtierende Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hätten engere Kontakte gewünscht, mussten aber mit der Skepsis der Westalliierten wie auch mit den SED-Thesen zur Berliner Geschichte, „die von unveränderter ideologischer Starrheit zeugten“, rechnen.¹⁸ Gleichzeitig sollte die in West-Berlin stattfindende Internationale Bauausstellung (IBA) 1987 mit Ideen für die Gestaltung der „neuen Mitte“ Berlins glänzen.¹⁹ Auch wenn diese Konzepte zum Teil an ihren eigenen Widersprüchen scheiterten, bestand eine Hauptfunktion der IBA darin, das verblasste „internationale Profil West-Berlins“ wieder zu schärfen, was am Ende durchaus gelang.²⁰ Hierbei sollte man die fortgesetzte Rolle der Konkurrenz zwischen den beiden Systemen nicht außer Acht lassen.²¹

Auch die Berlin-Besuche des US-Präsidenten Ronald Reagan 1982 und vor allem im Juni

¹⁷ Vgl. Detlef Stronk, Berlin in den achtziger Jahren, Berlin 2009.

¹⁸ Krijn Thijs, Party, Pomp und Propaganda. Die Berliner Stadtjubiläen 1937 und 1987, Berlin 2012, S. 76. Vgl. auch Eberhard Diepgen, Zwischen den Mächten. Von der besetzten Stadt zur Hauptstadt, Berlin 2004, S. 85–98.

¹⁹ K. Thijs (Anm. 9).

²⁰ Emily Pugh, Beyond the Berlin Myth. The Local, the Global and the IBA 87, in: Philip Broadbent/Sabine Hake (Hrsg.), Berlin Divided City, 1945–1989, New York 2010, S. 156–167, hier: S. 163.

²¹ Vgl. Paul B. Jaskot, Daniel Libeskind's Jewish Museum in Berlin as a Cold War Project, in: P. Broadbent/S. Hake (Anm. 20) S. 145–155.

1987 zeugen davon. Der Reagan-Besuch 1987 – mit den damit verbundenen Demonstrationen und Polizeiaktionen – symbolisiert geradezu die komplizierten Beziehungen West-Berlins mit den Westalliierten in den 1980er Jahren. Denn trotz der erwähnten Gleichgültigkeit vieler Amerikaner bestanden die Alliierten nach wie vor auf ihren Statusrechten. Dabei gab es gerade unter den Amerikanern eine gewisse Skepsis gegenüber den Regierenden Bürgermeister Weizsäcker und Diepgen, die ihrer Meinung nach „fast and loose“ mit Statusfragen spielten.²² Aber wie Diepgen 1985 bemerkte: „Wenn auch Berlin am Ende des vierten Jahrzehnts nach Kriegsende immer noch unter ausländischer Oberhoheit steht, so wird man indessen in der Geschichte schwerlich ein anderes Beispiel für ein ‚Besatzungsregime‘ finden, das dem demokratischen Willensbildungsprozess innerhalb des kontrollierten Gemeinwesens so wenig Fesseln wie hier anlegt.“²³ Laut Meinungsumfragen aus jenen Jahren durfte er mit der Zustimmung der überwiegenden Mehrzahl der West-Berliner rechnen: 69 Prozent fühlten sich 1985 in ihrem täglichen Leben durch die Anwesenheit der Alliierten nicht beeinträchtigt; 85 Prozent meinten, die Alliierte Anwesenheit wäre für die Stadt vorteilhaft, und 58 Prozent meinten, die Alliierten spielen eine wichtige Rolle als Schutzmächte, wobei erhebliche Generationsunterschiede wie auch Unterschiede unter Anhängern der verschiedenen politischen Parteien zu verzeichnen waren.²⁴

5. West-Berlin war eine Hauptstadt alternativer Kulturen und Lebensformen.

Dass West-Berlin eine Hauptstadt alternativer Kulturen und Lebensformen war, liegt auf der Hand. Diese Kulturen waren vielseitig, kreativ und lebhaft, obgleich all diesen Gruppen „eine Neigung zur Selbstfeier und zur Abschottung gegen die Außenwelt gemeinsam“ war.²⁵ Und sie entwickelten sich im Rahmen einer merkwürdigen Symbiose mit

²² Vgl. David E. Barclay, A „Complicated Contrivance“: West Berlin behind the Wall, 1971–1989, in: Marc Silberman/Karen E. Till/Janet Ward (Hrsg.), *Walls, Borders, Boundaries*, New York 2012, S. 113–130, hier: S. 121.

²³ Eberhard Diepgen an Sven Riese, 14.3.1985, Landesarchiv Berlin, B Rep. 002 Nr. 24624.

²⁴ Vgl. Institut für Markt- und Medienforschung, Meinungsumfrage im Auftrag des SFB, 21.10.1985, Landesarchiv Berlin, B Rep. 002 Nr. 24624.

²⁵ P. Schneider (Anm. 5), S. 108.

den Westalliierten. Gerade dieser Aspekt des Themas „West-Berlin in den 80er Jahren“ hat jüngst wieder größere Aufmerksamkeit gewonnen: Der zurecht gepriesene Dokumentarfilm „B-Movie. Lust & Sound in West-Berlin“ wirft ein zum Teil nostalgisches, aber bezeichnendes Licht auf die „sleazy, druggy, boozy, late-night arty-party culture“ der 1980er Jahre.²⁶ Auch auf einem gut besuchten Podiumsgespräch im Juli 2015 zum Thema „Cold War Night Life – The Sound of East and West Berlin“ mit Protagonisten aus jenen Jahren wurde an die kulturellen und künstlerischen „Freiräume“ erinnert, was wiederum den alten Ruf Berlins als „Experimentierfeld der Moderne“ in Erinnerung rief.²⁷

Trotz aller Kritik der linksalternativen Kulturen vor allem an den USA: Ohne die Anwesenheit der Alliierten hätte es die Kreuzberger und ähnliche Freiräume nie gegeben. Und in der Tat gab es gerade auf kulturellem Gebiet eine merkwürdige Symbiose zwischen der alternativen Szene in West-Berlin und den Westalliierten: Man denke etwa an die Impulse, die vom RIAS, vom American Forces Network (AFN) oder vom British Forces Broadcasting Service (BFBS) ausgingen, auch in den 1980er Jahren. Wie der Journalist Peter Bender 1987 in seinem berühmten Essay „Wenn es West-Berlin nicht gäbe“ schrieb, wäre die Geschichte der ganzen Nachkriegszeit ohne die Teilstadt ganz anders verlaufen, und nicht nur auf dem Gebiet der alternativen Kulturszenen.

6. West-Berlin war 1989 nicht nur Ort der Freude, sondern auch der Angst.

Dann kam das Ende 1989/90. Kaum jemand in West-Berlin – auch nicht die Westalliierten – war auf die Ereignisse von 1989 in der DDR und anderswo vorbereitet. Das ist hinlänglich bekannt. Der Anfang 1989 konstituierte West-Berliner Senat unter Walter Momper wie auch die Bundesregierung und die Westalliierten standen wegen des unsicheren Ausgangs der Ereignisse in der DDR und des einzigartigen Status West-Berlins unter Zugzwang, denn irgendwie *mussten* sie ja handeln.

²⁶ Stephen Dalton, „B-Movie: Lust & Sound in West-Berlin“: *Berlin Review*, 13.2.2015, www.hollywoodreporter.com/review/b-movie-lust-sound-west-773108 (6.10.2015).

²⁷ Vgl. Jan Russezki, *Heiße Partys, Kalter Krieg*, in: *Der Tagesspiegel* vom 9.7.2015.

Deswegen, so die Zeithistorikerin Stefanie Eisenhuth, wurde deutlich, dass West-Berlin 1989 „nicht nur der Ort der Freude, sondern auch der Ort der Angst war. (...) Spätestens ab November 1989 betrafen alle Entwicklungen in Ost-Berlin auch West-Berlin.“²⁸

Glücklicherweise nahmen diese Entwicklungen ein relativ glimpfliches Ende. Allerdings ist die Rolle West-Berlins dabei immer noch nicht genügend verstanden worden – was ein weiteres Zeichen dafür ist, dass die spezifische Geschichte West-Berlins bis vor Kurzem vernachlässigt wurde. Mompers Memoiren sind eine wichtige Quelle,²⁹ und auch britische Akten zu West-Berlin sind inzwischen veröffentlicht worden. Quellen aus den USA und anderen Ländern fehlen indes noch immer, ebenso wie eine adäquate Sekundärliteratur (mit der wichtigen Ausnahme von Eisenhuths Analyse). Wie eingangs gesagt: Auf dem Gebiet der West-Berliner Geschichtsschreibung bleibt viel zu tun.

Schluss

In einer Geschichte des „untergegangenen“ West-Berlins kommt den 1980er Jahren eine besondere Bedeutung zu. Dieses „unheroische“ Jahrzehnt, wie auch das Jahrzehnt davor, hat tiefere Spuren hinterlassen, als man manchmal meinen könnte, gerade im gegenwärtigen Berlin. Die Spuren finden sich sowohl in der Politik und in der Kultur als auch in der spezifischen Erinnerungskultur der vereinten Hauptstadt. Der Journalist Hermann Rudolph beschrieb das versunkene West-Berlin als ein „Glitzerding“, und gerade in den 1980er Jahren behielt jenes Glitzerding seine Eigenheit, wenn nicht weltpolitisch, dann doch kulturell und kulturpolitisch als das berühmte „Biotop“, wie es so oft beschrieben wird. West-Berlin war eine „Unmöglichkeit, die Realität war“, so schrieb Rudolph, vielleicht gerade in den merkwürdig bemerkenswerten 1980er Jahren.³⁰

²⁸ St. Eisenhuth (Anm. 12), S. 91f.

²⁹ Vgl. Walter Momper, „Berlin, nun freue dich!“ Mein Herbst 1989, Berlin 2014.

³⁰ Hermann Rudolph, Das Glitzerding. Abschied von der geteilten Stadt (1): West-Berlin – ein Lebensgefühl, das (vielleicht) weiterlebt, in: Der Tagesspiegel vom 30. 8. 1999.

Patricia M. Clough

Ära Kohl? Eine Kanzlerschaft in den 1980er Jahren

Essay

Es war auf einem Empfang Ende 1982 in Bonn, als mir erste Anzeichen eines gewissen Wandels auffielen. Vertreter der neuen CDU/FDP-Koalition und diverse Patricia M. Clough Personen aus ihrem Umfeld waren zugegen, und zu meinem Erstaunen begrüßten mehrere von ihnen Damen mit Handkuss. Nun, ich wusste, dass der Handkuss in traditionelleren, vornehmen Kreisen, besonders im Süden, nicht überaus ungewöhnlich war. Aber es war das erste Mal, dass ich ihn in Bonn sah. Ein Handkuss wäre bei den Sozialdemokraten, die bis dahin 13 Jahre lang den Ton angegeben hatten, unvorstellbar gewesen.

Diese Beobachtung mochte nebensächlich sein, aber sie führte mir plastisch vor Augen, dass in der kleinen Hauptstadt Westdeutschlands Veränderungen bevorstanden. Es ging nicht nur um neue Namen und Gesichter in den Ministerien oder auch nur um neue politische Strategien. Es gab eine merkliche Veränderung in der Atmosphäre, im Stil, in den Einstellungen, und mehr als alles andere verkörperte der neue Kanzler Helmut Kohl persönlich die neue Stimmung. Ironischerweise handelte es sich dabei nicht um die „geistig-moralische Wende“, die Kohl im Sinn hatte. Dennoch waren es ein Veränderungen, die die 1980er Jahre in Westdeutschland prägen sollten.

Übersetzung aus dem Englischen: Sandra H. Lustig, Hamburg.

Von Brandt zu Schmidt zu Kohl

Der erste große Gezeitenwechsel der Nachkriegsjahre hatte, natürlich, 1969 stattgefunden, als Willy Brandt mit der ersten sozialliberalen Koalition an die Regierung gekommen war. Angesichts der heutigen Politikverdrossenheit ist es schwierig, sich das Ausmaß an Begeisterung und Hoffnung vorzustellen, das dadurch bei progressiv und liberal Gesinnten sowie Intellektuellen in der Bundesrepublik und anderswo ausgelöst wurde. Das galt insbesondere für die junge, nach dem Zweiten Weltkrieg geborene Generation, die gegen die spießige, autoritäre, bürgerliche und häufig vom Nazismus beeinflusste Generation ihrer Eltern aufbegehrte und sich bereits an massiven Studentenprotesten beteiligt hatte. „Ein ganz neues Lebensgefühl hatte sich eingestellt“, schrieb Marion Gräfin Dönhoff, Herausgeberin der „Zeit“, später.¹

Willy Brandt selbst, unbelastet vom Nazismus und mit einer heroischen Vergangenheit als Bürgermeister West-Berlins während einiger der angespanntesten Jahre des Kalten Krieges, einschließlich des Mauerbaus 1961, war für viele eine inspirierende Figur und erfreute sich größter Beliebtheit. Er versprach eine neue, freiere, offenere und egalitäre Gesellschaft, umfassende Reformen und, besonders aufregend, in Form seiner Ostpolitik einen neuen außenpolitischen Ansatz gegenüber der Sowjetunion und den östlichen Nachbarn. Gleichzeitig aber war er höchst umstritten und polarisierte die Gesellschaft: Konservative und insbesondere ältere Menschen waren von den Veränderungen, für die er sich einsetzte, entsetzt oder zumindest befremdet. Rechtsaußenparteien schossen aus dem Boden.

Im Laufe der 1970er Jahre ließ die Begeisterung allmählich nach. Das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit versandete in den Ölkrisen, die Arbeitslosenquote stieg an, und die Finanzierung der vielen geplanten Reformen erwies sich als schwierig. Teile der außerparlamentarischen Opposition glitten in den Terrorismus ab und verübten furchtbare Anschläge; die Bevölkerung war entnervt und verunsichert, und die Regierung sah sich 1972 gezwungen, den höchst umstrittenen „Radikalenerlass“ zu beschließen, der mutmaßlich verfassungsfeindli-

¹ Marion Gräfin Dönhoff, Von gestern nach übermorgen. Zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1984², S. 229.

chen Personen jegliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst verbot. 1974 trat Brandt zurück. Der Auslöser war die Enttarnung eines seiner engsten Mitarbeiter, Günter Guillaume, als DDR-Spion. Allerdings kaschierte dies die Tatsache, dass ihm und seiner Partei bereits klar geworden war, dass er mit den vielen Herausforderungen, mit denen er konfrontiert war, nicht fertig werden würde. Helmut Schmidt – kompetent, pragmatisch, erfahren – übernahm das Amt.

Im September 1977 nahm ich als Korrespondentin für die Londoner „Times“ meine Tätigkeit in Bonn auf. Gleich mein erster Artikel behandelte die Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer am 5. September, und so lernte ich Schmidts Regierungsstil rasch kennen: intensiv, wortgewandt, streng, sachlich, effizient, meisterlich wie arrogant. Und *tough*. Er hatte bereits mit den Attentaten auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback und den Bankmanager Jürgen Ponto fertig werden müssen, die Entführung der vollbesetzten Lufthansamaschine „Landshut“ und die Ermordung Schleyers sollten bald folgen. Krisenmanagement war an der Tagesordnung. Die berausenden Tage unter Brandt waren vorbei, die Atmosphäre in Bonn (und wie ich empfand: auch anderswo) glich einer bis zum Äußersten gespannten Saite: Durch jede neue Entwicklung konnte sie bedenklich in Schwingung geraten.

Dann kam die schwierige Frage nach der Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland auf; Schmidt hatte darauf bestanden, diese mit Verhandlungen der Supermächte über eine beidseitige Reduzierung solcher Waffensysteme zu verknüpfen. Hinzu kamen weitere „Baustellen“ wie steigende Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und andere schwerwiegende wirtschaftliche Probleme, die größere Teile der FDP weg von der SPD und hin zur CDU zogen, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen ihren eigenen näherlagen. Schließlich waren es diese Themen, die 1982 zum Ende der sozialliberalen Koalition führten.

In acht Jahren Kanzlerschaft hatte Schmidt mit seiner Persönlichkeit und seinem Stil die bundesdeutsche Hauptstadt derart stark geprägt, dass es für mich und viele andere quasi unvorstellbar war, dass ein anderer das Ruder übernehmen würde, am allerwenigsten der provinziell und linkisch erscheinende Helmut Kohl. Später schrieb ich: „Wir hatten uns alle an eine Kanzlerschaft gewöhnt, die Probleme in

einem flotten, managementartigen Stil anging – Analyse, Entscheidung, Handeln – natürlich verbunden mit einem politischen Verkauf der Ergebnisse. Hochbegabte Helfer arbeiteten Tag und Nacht, während ihr Vorgesetzter – geschäftig, spöttisch, manchmal unsympathisch – die internationale Szene mit sicherem Schritt durcheilte, ein exzellentes Englisch sprechend, eine neue Weltvision dartuend, Aufmerksamkeit für sich reklamierend. Es schien, als gäbe es keinen anderen Weg, Deutschland zu regieren. Der große, unbekümmerte, scheinbar lethargische Oppositionsführer schien zu jener Zeit eine unwahrscheinliche Alternative.“^f

Erneuerung?

Aber ebenjener Oppositionsführer wurde tatsächlich Kanzler, und man könnte behaupten, dass die 1980er Jahre in Westdeutschland tatsächlich am 1. Oktober 1982 begannen, als Helmut Kohl den Amtseid ablegte. Dieser konservative Gezeitenwechsel war in vielerlei Hinsicht das Gegenteil von 1969. Er war nicht das Ergebnis eines Wahlsiegs zugunsten inspirierender neuer Ideen, sondern einfach eines Seitenwechsels der FDP. Die elektorale Bestätigung des Wechsels folgte erst im Jahr darauf – fiel dafür aber umso durchschlagender aus. Brandt war ein extrem charismatischer Kanzler gewesen, Kohl war alles andere als das. Und während die Politik der sozialliberalen Koalition eine dramatische Abkehr vorheriger Regierungspolitik bedeutet hatte, setzte Kohl in wichtigen Bereichen auf Kontinuität. So setzte er etwa die Ostpolitik seiner Vorgänger fort, die die CDU zuvor noch so bitter bekämpft hatte. Zugleich versuchte er aber auch, konservative Werte aus der Vergangenheit zurückzuholen – möglicherweise in der Hoffnung, seinerseits ein „neues Lebensgefühl“ befördern zu können.

Kohl forderte nichts weniger als eine „geistig-moralische Wende“. Als Oppositionsführer hatte er Schmidt vorgeworfen, dem Land keine „geistige Führung“ zu geben. Kurz nach seiner Amtsübernahme verkündete er in seiner Regierungserklärung: „Die schweren materiellen Probleme, vor denen wir stehen, sind (...) nur zu lösen, wenn wir uns den geistig-moralischen Herausforderungen unserer Zeit stellen. Wir stecken nicht nur in einer wirtschaftlichen Kri-

se. Es besteht auch eine tiefe Unsicherheit, gespeist aus Angst und Ratlosigkeit – Angst vor wirtschaftlichem Niedergang, Sorge um den Arbeitsplatz, Angst vor Umweltzerstörung, vor dem Rüstungswetlauf, Angst vieler junger Menschen vor ihrer Zukunft.“^f

Er griff das Thema auch in anderen Reden immer wieder auf und sah die Hauptursache für die beschriebenen Missstände in „einer seit über einem Jahrzehnt betriebenen Verunsicherung im Verhältnis zu unserer Geschichte, zu unseren grundlegenden ethischen Werten und sozialen Tugenden, zu Staat und Recht und letztlich auch in einer Verunsicherung in unserem nationalen Selbstverständnis“. Viele Werte, so behauptete er, seien im „Abfalleimer der Geschichte“ gelandet, darunter Religion, Autorität, Familie und Respekt vor dem Alter. „Immer mehr Menschen wurden im letzten Jahrzehnt der ethischen und moralischen Orientierungspunkte für ihr Handeln beraubt. Wachsende Verunsicherung und zunehmende Orientierungslosigkeit führten zu einem weitverbreiteten Kultur- und Fortschrittspessimismus und Zukunftsangst.“ Er kündigte einen „historischen Neuanfang“ an, eine „Politik der Erneuerung“ sowie der „Freiheit, Dynamik, Selbstverantwortung“. Ungeachtet aktueller Trends sprach er von „Heimat“, „Vaterland“ und „Liebe zu Deutschland“ und forderte Klugheit, Mut, Maßhalten und vor allem Optimismus.^f

Kohls „geistig-moralische Wende“ wurde in der Bundesrepublik mit beträchtlichem Spott aufgenommen. In seinem Bemühen um eine Renaissance konservativer Werte war er jedoch keineswegs allein. In den USA betrieb Präsident Ronald Reagan eine konservative Konterrevolution und forderte Patriotismus, Autorität, Freiheit vor staatlicher Einmischung und eine Rückkehr zu Familienwerten. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher setzte sich im Vereinigten Königreich für eine Rückkehr zu den „viktorianischen Werten“ des 19. Jahrhunderts ein. Auch ihre Ideen wurden breit kritisiert.

Tatsächlich erwies sich die „geistig-moralische Wende“ als Misserfolg. Nach und nach stellte sich heraus, dass Kohl zwar über zahlreiche Stärken verfügte, aber „the vision thing“, wie der erste Präsident Bush es abfällig nannte, gehörte

^f Zit. nach: Patricia Clough, Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht, München 1998, S. 88.

^f Zit. nach: ebd., S. 88f.

^f Zit. nach: ebd.

nicht dazu – dies wurde später auch mit den Versprechen „blühender Landschaften“ in der ehemaligen DDR und einer europäischen Währung ohne die erforderlichen Grundlagen augenfällig. Mit der Zeit musste er erkennen, dass sich Werte, insbesondere in einer Demokratie, nicht durch die Regierung oktroyieren lassen, sondern dass Änderungen von Anschauungen aus der Gesellschaft selbst erwachsen müssen.

Es zeigte sich, dass viele der gesellschaftlichen Entwicklungen, die bereits vor und während der sozialliberalen Ära eingesetzt hatten, tief greifend und letztlich unumkehrbar waren. Junge Leute würden ihre Haare nicht plötzlich wieder kurz schneiden, ihre Wohngemeinschaften oder „wilden Ehen“ aufgeben und wieder zu ihren Eltern ziehen. Frauen würden ihre Karrieren nicht aufgeben und an den Herd zurückkehren. Menschen, die sich von alten autoritären Konventionen emanzipiert hatten, waren nicht länger geneigt, anderen zu gehorchen, die ihnen vorschrieben, wie sie ihr Leben gestalten sollten. Die Friedens-, Antiatomkraft-, Umwelt- und Frauenbewegungen setzten ihr Engagement ungebrochen fort. Die Heilung der Beziehung der Deutschen zu ihrer eigenen nationalen Identität stand noch in ferner Zukunft.

Mehr als auf den ersten Blick erkennbar

Gleichzeitig hielt sich unter linken Politikern und Intellektuellen, so meine ich, nach ihrer eigenen bahnbrechenden Zeit an der Macht ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber der neuen Regierung. Und dieses fand in der Person Helmut Kohls nur eine allzu leichte Zielscheibe. Obwohl er ein höchst erfolgreicher Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz gewesen, in der CDU kometenhaft aufgestiegen und mit überwältigender Mehrheit zum CDU-Vorsitzenden gewählt worden war, kam Kohl in Bonn zunächst nicht besonders gut an. Als Kanzler erschien er im Vergleich zu Brandt und Schmidt provinziell, unbeholfen und unfähig, sich auszudrücken. Auch seine äußere Erscheinung war unglücklich: Neben seiner Schwerfälligkeit und Größe hatte er die Angewohnheit zu blinzeln, als werde er von grellem Licht geblendet, dazu ein seliges Lächeln, das Menschen, die nicht zu seinen Anhängern gehörten, extrem reizen konnte. Wie ein Berater einräumte, war seine größte Schwäche eine „leichte sprachliche Ungenauigkeit“, und auch

Gräfin Dönhoff merkte an: „Die Leichtfertigkeit, mit der Kohl zuweilen mit dem Wort umgeht, hat etwas Erschreckendes.“¹⁵

In ihrer harmlosesten Form waren es amüsante oder unglückliche Schnitzer, aber manchmal kam es auch zu schwerwiegenden internationalen Ärgernissen. In diesem Kontext erwies sich das enorme Selbstvertrauen, mit dem Kohl Spott abschüttelte, als weiteres Problem. Obgleich diese Selbstsicherheit zweifellos zu seinem Erfolg beitrug, nahm sie ihm auch die Fähigkeit, sich selbst so zu sehen, wie andere es taten. Zum Beispiel sah ich 1986, wie er mit Margaret Thatcher eine britische Militärbasis besuchte, in einen Panzer kletterte und dabei einen unförmigen grauen Overall trug, in dem er sich der ganzen Welt wie ein übergroßes Baby in einem Strampler präsentierte. Vollkommen unbefangen und glücklich lächelnd strahlte er eine ungeheure Selbstzufriedenheit aus.

Später las ich, dass ein solcher Auftritt den Karikaturisten und Mitbegründer des Satiremagazins „Titanic“ Hans Traxler inspiriert hatte, Kohl den Beinamen „Birne“ zu verpassen. Der Spottname war ein Geschenk des Himmels für Komiker, Kabarettisten und andere Karikaturisten – und Inspiration für zahllose Bücher und Anthologien über Kohls Stilblüten. Während der ersten Jahre seiner Kanzlerschaft lenkte die Flut von Hohn und Spott, die sich über den Kanzler ergoss, von seinen tatsächlich vorhandenen, tieferen Stärken ab. Nach und nach aber verebbte diese Welle, und die Witzfigur „Birne“ erhielt spätestens 1987 den Todesstoß, als die Junge Union „I like Birne“ als Wahlslogan benutzte.

Wenige seiner Kritiker verstanden, oder wollten verstehen, dass Kohl damals mehr als jeder andere westdeutsche Politiker einen direkten Draht zu den „gewöhnlichen Deutschen“ hatte, natürlich insbesondere zu CDU-Wählern. Was später als „System Kohl“ bezeichnet wurde, war ein umfangreiches, fein verästeltes Netzwerk persönlicher Kontakte, durch das er ständig mit dem Denken und Fühlen seiner Wählerbasis verbunden war und auf das er sich im Allgemeinen weitaus stärker verließ als auf das, was er von Meinungsforschern oder Kollegen hörte. Der „Zeit“-Journalist Gunter Hofmann sprach deshalb auch von einer „osmotischen Kanzlerschaft“.

¹⁵ Zit. nach: ebd., S. 115.

Als er ins Amt kam, repräsentierte Kohl fast die Hälfte der Wählerschaft, nämlich diejenigen, die von den Veränderungen der 13 Jahre zuvor genug hatten und sich nach Sicherheit und Stabilität sehnten, die Kohl und seine Koalition verhiessen. Es handelte sich dabei um Menschen, die nicht darüber spöttelten, dass Kohl ein Aquarium mit Zierfischen in seinem Büro hatte, dass er seinen Urlaub jedes Jahr im selben Bilderbuchdorf in den österreichischen Alpen verbrachte oder dass sein Leibgericht der einfache pfälzische Saumagen war. Er war „gewöhnlich“ wie sie. Die streitbaren und wortgewandten Roten mochten ihn mit Hohn überschütten, aber mein Eindruck war, dass die Masse der „Durchschnittsdeutschen“ erleichtert war, dass Kohl an die Macht gekommen war. Insofern polarisierte er auf seine Art die deutsche Gesellschaft genauso wie zuvor Willy Brandt.

Und vielen passte sein Stil. Anders als der Krisenmanager Schmidt entschärfte Kohl Konflikte instinktiv, spielte Schwierigkeiten herunter und verbreitete eine Atmosphäre der Ruhe und Normalität. Seine Reaktionen auf jegliches Thema wurden vorhersehbar: „Das ist für mich überhaupt kein Problem“, „Ich sehe keinen Grund warum ...“, „Ich brauche keine Belehrung in ...“, „Ich bin gelassen.“ Irgendwie wurde der Politik damit ein Großteil der Spannung genommen, sie wurde langweilig und banal.

Kohls Wähler hatten bald guten Grund, beruhigt zu sein. Dank der Regierungspolitik gab es in der Bonner Republik wieder einen Wirtschaftsaufschwung, und 1985 konnte Elisabeth Noelle-Neumann, die Leiterin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, berichten, dass 55 Prozent der Westdeutschen dem kommenden Jahr mit Hoffnung und nur 14 Prozent mit Angst entgegensahen – das war das größte Maß an Optimismus seit sieben Jahren. Kohl hatte die Krise um den NATO-Doppelbeschluss gemeistert und einige bedeutende Reformen auf den Weg gebracht, etwa in der Gesundheits- und in der Steuerpolitik.

Kein Kanzlerbonus

Dennoch blieb Kohl als Person lange Zeit ungewürdigt. Während des größten Teils der 1980er Jahre wurde ihm kein „Kanzlerbonus“ zugebilligt. Seine Stärken und Leistungen wurden häufig von Fehlritten in politische

Fettnäpfchen überschattet oder von der Kritik an seiner Gewohnheit, Probleme „auszusitzen“. Vielen war es regelrecht peinlich, dass er der Kanzler der Bundesrepublik war. So begann eine andere Art Kohl-Witz die Runde zu machen, die gleichermaßen seine eingefleischtesten Kritiker aufs Korn nahm: Kohl steht am Rhein und betet zu Gott um ein Wunder, damit die Menschen endlich an ihn glauben. Das Wunder geschieht und Kohl schreitet über den Rhein. Am Ufer hat sich eine Menschenmenge eingefunden, die ihm dabei zuschaut. Einer der Zuschauer meint höhnisch: „Seht ihr, er kann noch nicht mal schwimmen.“

Bei der Bundestagswahl 1987 sank der Stimmenanteil der CDU auf 44,3 Prozent ab, zudem musste die Partei in einer alarmierenden Serie von Landtagswahlen Verluste und Niederlagen hinnehmen. Viele Christdemokraten waren gegen Ende der 1980er Jahre unzufrieden; in ihren Augen war die Führung schwach und uninspiriert, und so formierte sich unter führenden CDU-Mitgliedern sogar eine Art Verschwörung, die darauf abzielte, Kohl als Parteichef abzusetzen. Doch mit seiner immensen politischen Gerissenheit und seinem Machtinstinkt setzte Kohl sich im September 1989 auf dem Bremer Parteitag gegen die internen Kritiker durch.

Politisch betrachtet waren die 1980er Jahre in Bonn hauptsächlich eine Periode der Konsolidierung, in der die Aufbruchsstimmung der frühen 1970er Jahre endgültig verebbte, und somit eine Übergangsphase zwischen zwei wichtigen Wendepunkten der Nachkriegsgeschichte: dem Wechsel 1969 von einer CDU-geführten zu einer SPD-geführten Koalition einerseits und der Wiedervereinigung 1990 andererseits. Hätte Kohl vor 1989 gehen müssen, wäre seine Kanzlerschaft in den Geschichtsbüchern wohl eher überblättert worden. Aber am 9. November jenes Jahres, nicht einmal zwei Monate vor dem Ende der 1980er, fiel die Berliner Mauer. Zwei Wochen später ergriff er mit seinem Zehn-Punkte-Programm für die Vereinigung Deutschlands die Initiative und verwandelte mit einem Schlag sowohl seine Karriere als auch die deutsche Geschichte. Aber das ist die Geschichte der 1990er Jahre.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 47–48/2015 · 16. November 2015

Visegrád-Staaten

Tom Thieme

Die (post)kommunistischen Eliten und der Systemwechsel

Stephanie Weiss

Zivilgesellschaft nach 1989: Das Beispiel Tschechien

Kai-Olaf Lang

Innen-, außen- und wirtschaftspolitische Setzungen des „Systems Orbán“

Axel Wolz · Aaron Grau · Heinrich Hockmann · Inna Levkovych

Zur Entwicklung der polnischen Land- und Ernährungswirtschaft

Gerit Schulze

Dank Autobranche im Turbomodus: Die slowakische Wirtschaft

Hans-Jörg Schmidt · Edit Inotai · Justyna Segeš Frelak

Positionen zur europäischen Flüchtlingspolitik

Dieter Segert

Von Musterschülern zu Problemkindern?



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
30. Oktober 2015

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefstraße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg) werden mit 5,00 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Angela Siebold

3–8 **So nah und doch so fern?**

Die 1980er Jahre waren ein spannungsgeladenes Jahrzehnt, in dem viele Veränderungen zwar nicht initiiert, aber allmählich relevant wurden. Das Jahrzehnt ist daher prädestiniert für transnationale und transkulturelle historische Betrachtungen.

Lutz Raphael

8–13 **Typische Jahre „nach dem Boom“**

Die Mechanik der Zehnjahresschritte bietet nur trügerische Sicherheit. Historische Zusammenhänge erschließen sich erst, wenn man die 1980er Jahre in den größeren Kontext der Übergangsjahre „nach dem Boom“ (1970–2000) einordnet.

Detlef Siegfried

13–19 **Das Subversive retten. Eine Denkfigur der 1980er**

Die 1980er waren für viele westdeutsche Linke deprimierende Jahre. In ihrer Krise versuchten sie, zentrale Elemente des eigenen Welt- und Politikverständnisses zu retten – das zeigt sich etwa in Debatten über Sexualität, Pop und Literatur.

Axel Schildt

19–25 **Die Renaissance der Nationalen Frage**

Anfang der 1980er Jahre hatte sich die Öffentlichkeit mit der deutschen Teilung längst abgefunden. Dennoch gab es in der Bundesrepublik auf rechter wie linker Seite eine Renaissance der Nationalen Frage, mit Einflüssen auch auf die DDR.

Magdalena Beljan

25–31 **Aids-Geschichte als Gefühlsgeschichte**

Vielfach ist von einer „Aids-Angst“ in den 1980er Jahren die Rede. Doch wurde weniger eine spezifische Angst vor der Krankheit artikuliert, als viel häufiger ein allgemeineres Gefühl: die Angst vor Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung.

Sebastian Berg

31–37 **Multiethnische Gesellschaften und das Erbe der 1980er**

In Großbritannien gab es bereits in den 1980er Jahren Debatten um Akzeptanz und Form einer multikulturellen Gesellschaft. Zugleich begann eine gesellschaftliche Reorganisation unter neoliberalen Vorzeichen. Die Folgen sind bis heute spürbar.

David E. Barclay

37–42 **Das letzte Jahrzehnt West-Berlins**

In einer Geschichte des „untergegangenen“ West-Berlins kommt den 1980er Jahren eine besondere Bedeutung zu. Dieses „unheroische“ Jahrzehnt hat tiefere Spuren hinterlassen, als man manchmal meinen könnte, gerade im gegenwärtigen Berlin.

Patricia M. Clough

42–46 **Ära Kohl?**

Als Kanzler prägte und verkörperte Helmut Kohl die lethargische, konservative Bonner Republik der 1980er Jahre. Erst ganz am Ende des Jahrzehnts gab er seiner Karriere und der deutschen Geschichte eine entscheidende Wendung.